



# Landtag von Baden-Württemberg

100. Sitzung

14. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 6. Oktober 2010 • Haus des Landtags

Beginn: 12:34 Uhr

Schluss: 17:55 Uhr

## INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten . . . . .	7079	2.2 <b>Umsetzung einer bundeseinheitlichen VOB</b> . . .	7122
Glückwünsche zum Geburtstag des Abg. Walter Krögner . . . . .	7079	Abg. Dr. Rainer Prewo SPD . . . . .	7122, 7124
Absetzung der Tagesordnungspunkte 7 und 8 . . . . .	7125	Minister Willi Stächele . . . . .	7123, 7124, 7125
1. Regierungserklärung – <b>Stuttgart 21 – Zukunft und Chance für Baden-Württemberg</b>		Minister Ernst Pfister . . . . .	7123, 7124
und Aussprache . . . . .	7079	Abg. Beate Fauser FDP/DVP . . . . .	7123
Ministerpräsident Stefan Mappus . . . . .	7079	Abg. Edith Sitzmann GRÜNE . . . . .	7123, 7124
Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE . . . . .	7089	Abg. Walter Heiler SPD . . . . .	7125
Abg. Peter Hauk CDU . . . . .	7097	3. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – <b>Gesetz zur Änderung des Architektengesetzes</b> – Drucksache 14/6567	
Abg. Dr. Nils Schmid SPD . . . . .	7103	Beschlussempfehlung und Bericht des Wirtschaftsausschusses – Drucksache 14/6915 . . . . .	7125
Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP . . . . .	7109	Abg. Winfried Mack CDU . . . . .	7125
Ministerin Tanja Gönner . . . . .	7113	Abg. Dr. Rainer Prewo SPD . . . . .	7125
Abg. Claus Schmiedel SPD . . . . .	7116	Abg. Edith Sitzmann GRÜNE . . . . .	7126
Beschluss . . . . .	7116	Abg. Beate Fauser FDP/DVP . . . . .	7126
2. <b>Regierungsbefragung</b>		Minister Ernst Pfister . . . . .	7126
2.1 <b>Aufbau eines Fachbereichs für Islamische Studien an der Universität Tübingen</b> . . . . .	7118	Beschluss . . . . .	7126
Minister Dr. Peter Frankenberg . . . . .	7118, 7119, 7120, 7121, 7122	4. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – <b>Gesetz zur Änderung des Landespersonalausweisgesetzes</b> – Drucksache 14/6695	
Abg. Renate Rastätter GRÜNE . . . . .	7118, 7122	Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses – Drucksache 14/6944 . . . . .	7127
Abg. Christoph Palm CDU . . . . .	7119	Abg. Monika Bormann CDU . . . . .	7127
Abg. Rita Haller-Haid SPD . . . . .	7120	Abg. Walter Heiler SPD . . . . .	7127
Abg. Hagen Kluck FDP/DVP . . . . .	7120, 7122	Abg. Hans-Ulrich Seckerl GRÜNE . . . . .	7128
Abg. Theresia Bauer GRÜNE . . . . .	7121	Abg. Hagen Kluck FDP/DVP . . . . .	7129
Abg. Gunter Kaufmann SPD . . . . .	7121	Minister Heribert Rech . . . . .	7130
		Beschluss . . . . .	7130

<p>5. a) Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – <b>Gesetz zur Änderung des Kindertagesbetreuungsgesetzes</b> – Drucksache 14/6696</p> <p>Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Schule, Jugend und Sport – Drucksache 14/6946</p> <p>b) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – <b>Verbindliche Einführung des Orientierungsplans für die Kindertageseinrichtungen erfordert Qualitätsoffensive</b> – Drucksache 14/4633</p> <p>c) Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – <b>Implementierung des Orientierungsplanes und Sicherung der Qualität</b> – Drucksache 14/4807 . . . . . 7131</p> <p>Abg. Andreas Hoffmann CDU . . . . . 7131</p> <p>Abg. Dr. Frank Mentrup SPD . . . . . 7132</p> <p>Abg. Brigitte Lösch GRÜNE . . . . . 7133</p> <p>Abg. Dr. Birgit Arnold FDP/DVP . . . . . 7135</p> <p>Ministerin Dr. Marion Schick . . . . . 7135</p> <p>Beschluss . . . . . 7136</p>	<p>6. Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum – <b>Wald und Waldwirtschaft in Baden-Württemberg</b> – Drucksache 14/4339 . . . . . 7125</p> <p>Beschluss . . . . . 7125</p> <p>7. a) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst – <b>Abschlussbericht der unabhängigen Expertenkommission zur Untersuchung der Dopingpraktiken am Universitätsklinikum Freiburg</b> – Drucksache 14/4470</p> <p>b) Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst – <b>Entwicklungsstand der Dopingbekämpfung in Baden-Württemberg – Konsequenzen aus dem Bericht der Expertenkommission zur Untersuchung der Dopingpraktiken am sportmedizinischen Institut des Universitätsklinikums Freiburg im Breisgau</b> – Drucksache 14/6331 (geänderte Fassung) . . . . . abgesetzt (7125)</p> <p>8. Große Anfrage der Fraktion GRÜNE und Antwort der Landesregierung – <b>Sportunterricht in Baden-Württemberg</b> – Drucksache 14/4461 . . abgesetzt (7125)</p> <p>Nächste Sitzung . . . . . 7136</p>
--	---

## Protokoll

### über die 100. Sitzung vom 6. Oktober 2010

Beginn: 12:34 Uhr

**Präsident Peter Straub:** Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 100. Sitzung des 14. Landtags von Baden-Württemberg und begrüße Sie. Ich darf Sie bitten, die Plätze einzunehmen und die Gespräche einzustellen.

Urlaub für heute habe ich Frau Abg. Wonney und Herrn Abg. Behringer erteilt.

Krankgemeldet sind die Herren Abg. Ehret und Ernst.

Aus dienstlichen Gründen haben sich Herr Minister Professor Dr. Goll, Herr Minister Professor Dr. Reinhart und Herr Staatssekretär Drautz entschuldigt.

Dienstlich verhindert ist Frau Staatsrätin Dr. Ammicht Quinn.

Meine Damen und Herren, Herr Kollege Walter Krögner hat heute Geburtstag. Im Namen des ganzen Hauses gratuliere ich ihm herzlich und wünsche ihm alles Gute.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Meine Damen und Herren, eine Zusammenstellung der E i n g ä n g e liegt Ihnen vervielfältigt vor. Sie nehmen davon Kenntnis und stimmen den Überweisungsvorschlägen zu. – Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Es ist so beschlossen.

\*

Im Eingang befinden sich:

1. Mitteilung des Finanzministeriums vom 4. August 2010 – Vierteljährliche Unterrichtung über Steuereingänge und Staatsausgaben (Beschlüsse des Landtags vom 15. März 1973, DS 6/1993, und vom 20. Dezember 1973, DS 6/3910 Ziff. II Nr. 6); Haushaltsjahr 2010 (Januar bis Juni) – Drucksache 14/6804

Kenntnisnahme, keine Ausschussüberweisung

2. Antrag des Rechnungshofs vom 1. September 2010 – Prüfung der Rechnung des Rechnungshofs (Epl. 11) für das Haushaltsjahr 2008 durch den Landtag – Drucksache 14/6879

Überweisung an den Finanzausschuss

3. Mitteilung der Landesregierung vom 17. September 2010 – Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK); hier: Anmeldung des Landes zum Rahmenplan 2011 bis 2014 – Drucksache 14/6936

Überweisung an den Ausschuss Ländlicher Raum und Landwirtschaft und federführend an den Finanzausschuss

4. Mitteilung der Landesregierung vom 23. September 2010 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Kulturwirtschaft in Baden-Württemberg – Drucksache 14/6918

Überweisung an den Wirtschaftsausschuss

5. Antrag der Landesregierung vom 28. September 2010 – Zugehörigkeit von Mitgliedern der Landesregierung zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen – Drucksache 14/6965

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

6. Mitteilung der Landesregierung vom 28. September 2010 – Bericht über die Europapolitik der Landesregierung in den Jahren 2009/2010 – Drucksache 14/7000

Überweisung an den Europaausschuss mit der Ermächtigung, den anderen davon berührten Fachausschüssen Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben

7. Mitteilung der Landesregierung vom 29. September 2010 – Bilanzbericht zum Chancengleichheitsgesetz (2005 bis 2009) – Drucksache 14/6985

Überweisung an den Sozialausschuss

\*

Zum Schluss meiner einleitenden Bemerkungen weise ich noch auf Folgendes hin: Der Innenausschuss hat in seiner gestrigen Sondersitzung angeregt, die dort gezeigten Videos des Polizeieinsatzes am Donnerstag, 30. September 2010, auch allen interessierten Abgeordneten vorzuführen. Das Innenministerium hat zugesagt, die Videos morgen früh um 8:30 Uhr im Johann-Jakob-Moser-Saal zu präsentieren. Auf dieses Angebot darf ich Sie aufmerksam machen.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

### **Regierungserklärung – Stuttgart 21 – Zukunft und Chance für Baden-Württemberg**

#### **und Aussprache**

Ich erteile dem Herrn Ministerpräsidenten das Wort.

**Ministerpräsident Stefan Mappus:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Stuttgart 21 hat in den vergangenen Wochen viele Menschen im Land bewegt. Der Konflikt über dieses für ganz Baden-Württemberg entscheidende Bahnprojekt hat starke Emotionen erzeugt. Im Schlossgarten hat es Szenen gegeben, die sich nicht wiederholen dürfen.

(Ministerpräsident Stefan Mappus)

Auch mich haben die Bilder berührt, und ich bedaure, dass es dazu hat kommen müssen. Ich will alles dafür tun, dass der Einsatz der Polizei am vergangenen Donnerstag objektiv und fair bewertet wird. Deshalb war es mir wichtig, dass der Innenausschuss dieses Hauses schnellstmöglich über die Geschehnisse beraten konnte.

Unser Mitgefühl ist heute bei den Verletzten auf beiden Seiten.

Meine Damen und Herren, der Streit um ein Eisenbahnprojekt darf nicht dazu führen, dass Menschen verletzt werden – weder Demonstranten noch unsere Polizistinnen und Polizisten.

(Beifall bei der CDU, der SPD und der FDP/DVP sowie des Abg. Eugen Schlachter GRÜNE)

Für mich ist klar: Ich habe großen Respekt vor den Bürgerinnen und Bürgern, die in dieser oder in jener Frage friedlich und mit legalen Mitteln für ihre Meinung auf die Straße gehen. Und ich akzeptiere, dass es wie bei allen großen Vorhaben natürlich auch an Stuttgart 21 Kritik gibt. Doch wir müssen dafür Sorge tragen, dass bei aller Kritik und bei aller Auseinandersetzung in der Sache Menschen nicht mehr zu Schaden kommen.

Ich sehe uns hier alle gemeinsam in der Verantwortung – auch die Initiatoren und die Veranstalter von Protestaktionen. Ich bitte alle Akteure um ihre Mitarbeit. Die Protestaktionen müssen friedlich und legal bleiben. Die legitimen Demonstrationen dürfen keine Bühne für Rechtsbrüche bieten, und es muss deutlich werden, dass auch Beleidigungen und Bedrohungen keine Mittel der demokratischen Auseinandersetzung sind.

(Beifall bei der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Deshalb sage ich auch: Wer nach dem letzten Donnerstag noch eine Verschärfung von Protesten oder Ähnlichem fordert, der tut der ganzen Entwicklung nichts Gutes.

Ich empfehle uns allen, die Debatte heute sowie in den kommenden Tagen zu nutzen, um Atem zu holen, um in uns zu gehen. Geben wir uns die Chance, die Atmosphäre zu beruhigen.

Es ist richtig: Die Konfrontation um Stuttgart 21 tut unserem Gemeinwesen nicht gut. Lassen Sie uns deshalb darüber sprechen, was wir alle gemeinsam dafür tun können, um Maß und Besonnenheit zu fördern.

Meine Damen und Herren, ich setze mich sehr sorgfältig mit den Argumenten der Projektgegner auseinander – und das nicht erst seit ein paar Wochen, sondern schon seit vielen Jahren. Gerade deshalb bleibe ich bei meiner Überzeugung: Baden-Württemberg braucht Stuttgart 21.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD)

Wir wollen dieses Projekt, weil wir vor allem die großen Chancen sehen, die es der Stadt Stuttgart, der Region und unserem ganzen Land bringt. Aber genauso deutlich sage ich: Unsere Hand bleibt zum Dialog ausgestreckt.

Unsere Haltung war immer: Wir nehmen nur die Arbeiten vor, die für die Realisierung des Projekts zum jeweiligen Zeitpunkt notwendig sind. Die Projektträger sind deshalb bereit, ein klares Signal zu geben, und werden deshalb mit dem Abriss des Südflügels vorerst nicht beginnen.

(Unruhe bei der SPD)

Ich habe nach wie vor auch große Achtung davor, dass Kollege Kretschmann bereit war, gemeinsam mit mir zu einem ersten Gespräch einzuladen.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Super!)

Leider wurde unser gemeinsames Angebot ausgeschlagen. Ich habe es ebenfalls sehr bedauert, dass die Funktionäre der Gegenbewegung den Dialog auch im zweiten Anlauf unmittelbar wieder abgebrochen haben.

Meine Gesprächsbereitschaft gilt. Deshalb werde ich mich morgen mit einigen Schülerinnen und Schülern aus Stuttgart treffen, die am vergangenen Donnerstag im Schlossgarten mit dabei waren. Ich sehe dieses Treffen als eine Chance dafür, eine erste Brücke zu bauen und gegenseitiges Verständnis zu begründen.

Ich erneuere heute meine Einladung an alle Projektkritiker zu einem Gespräch. Mein Aufruf lautet: Schaffen wir gemeinsam einen Rahmen dafür, dass der Dialog möglich wird und dass wieder die Sachargumente die Diskussion bestimmen. Ich bin zuversichtlich, dass es einen solchen Weg zur Versöhnung gibt.

Um zusätzliches Vertrauen aufzubauen, führt dieser Weg aus meiner Sicht über einen unparteiischen Vermittler, der ohne Vorbedingungen alle Seiten einbezieht – so, wie ich es mehrfach vorgeschlagen hatte. Vor allem anderen geht es jetzt darum, dass geredet wird.

Herr Kretschmann, ich greife Ihren Vorschlag auf. Ich habe deshalb Herrn Bundesminister a. D. Dr. Heiner Geißler gebeten, Fachleute, Projektgegner, Projektbefürworter und andere mehr an einen Tisch zu bringen. Er ist bereit, als objektiver Vermittler aufzutreten.

Herr Dr. Geißler verfügt über langjährige Erfahrungen im Bereich des Interessenausgleichs und der Schlichtung. Heiner Geißler stammt aus Baden-Württemberg, und er kennt Land und Leute. Er genießt hohes Ansehen über alle Parteigrenzen hinweg. Ich danke ihm, dass er diese schwierige Aufgabe übernimmt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen)

Ich bin davon überzeugt, dass es ihm gelingen wird, einen guten Gesprächsfaden zu knüpfen. Mein Angebot ist und bleibt: Lassen Sie uns über alle offenen Fragen diskutieren. Sorgen wir gemeinsam dafür, dass sich die Bürger bei all diesen Fragen einbringen können und an der Zukunft ihrer Stadt mitarbeiten.

Sprechen wir ganz konkret über die Architektur im Rosensteinviertel. Wir wollen dort keine bauliche Gigantomanie, sondern die Architektur behutsam entwickeln.

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

(Ministerpräsident Stefan Mappus)

Sprechen wir ganz konkret über die neuen Bäume im vergrößerten Schlossgarten. Sprechen wir ganz konkret über die Nutzerfreundlichkeit des neuen Bahnhofs. Ich kann mir dazu eine umfassende „Dialogagenda Stuttgart 21“ vorstellen.

(Lachen der Abg. Theresia Bauer GRÜNE – Unruhe bei den Grünen)

Neben den Gesprächen auf Spitzenebene könnten wir viele einzelne, thematisch klar zugeschnittene Informations- und Gesprächskreise zu allen Diskussionspunkten und Gestaltungsfragen einrichten.

(Unruhe bei der SPD und den Grünen)

Hier sollen dann Projektgegner, -befürworter und Fachleute zusammenkommen und öffentlich über die konkreten Einzelfragen sprechen. Dies können u. a. die Gestaltung des Schlossgartens, Aspekte der Geologie, der Schutz der Mineralquellen, technische Fragen – vor allem auch Sicherheitsthemen –, Optimierungen im künftigen Nahverkehr, das Baustellenmanagement und der Anwohnerschutz, das Kostenmanagement sowie die Barrierefreiheit an Bahnsteigen und Gebäuden sein. Das ist mein Vorschlag an alle, die guten Willen haben und die sich konstruktiv beteiligen wollen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Meine Damen und Herren, manche haben mir geraten, das Projekt infrage zu stellen. Vermutlich hätte mir dies sogar manchen Beifall eingebracht. Ich könnte es mir tatsächlich leicht machen und diesen Ratschlägen folgen. Aber, meine Damen und Herren, es muss doch darum gehen, dass wir die Zukunft in Baden-Württemberg und in der Landeshauptstadt weiterentwickeln. Machen wir also Stuttgart 21 gemeinsam zu einem echten Bürgerprojekt. Nutzen wir das Engagement der Menschen nicht, um Verhinderungsdenken zu mobilisieren, sondern um diese Jahrhundertchance für Stadt und Land gemeinsam zu ergreifen und zu gestalten.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Dass unser Land Stuttgart 21 und die Neubaustrecke nach Ulm braucht, haben die Industrie- und Handelskammern Bodensee-Oberschwaben, Ostwürttemberg und Ulm vor Kurzem demonstriert. Sie organisierten eine Fahrt mit einer historischen Dampflok von Stuttgart nach Ulm. Diese historische Dampflokomotive bewältigte die Filstaltrasse zwischen Stuttgart und Ulm stellenweise nur mit Tempo 70. Genauso schnell fährt dort ein moderner ICE mit über 10 000 PS, gebaut für Spitzengeschwindigkeiten von über 300 km/h. Warum fährt der Zug so langsam?

(Zuruf des Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE – Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Unsäglich!)

Das ist so, meine Damen und Herren, weil der ICE auf einer Trasse fährt, die zwischen 1844 und 1850 errichtet wurde, 40 Jahre vor der Erfindung des Automobils,

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: So ist es!)

30 Jahre, bevor Thomas Edison seine Patente für die Glühlampe anmeldete, in einer Zeit, in der in Preußen gerade das Dreiklassenwahlrecht eingeführt wurde.

Sehr geehrte Damen und Herren, Baden-Württemberg zählt zu den wirtschaftsstärksten Regionen Deutschlands und Europas. Wir sind stolz auf unseren Wohlstand, auf unsere Innovations- und Schaffenskraft. Wir blicken stolz auf Weltmarktführer, wir blicken stolz auf Erfindungen, Patente und Talente. Kann es sich dieses moderne Land leisten, an einer Schlüsselstrecke des Landes eine Infrastruktur vorzuhalten, die rund 160 Jahre alt ist?

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD)

Aber noch viel mehr: Kann es sich unser Land leisten, dass der Zugverkehr der Zukunft wegen dieser veralteten Gleise Baden-Württemberg bald einfach links liegen lässt

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

und uns auf der schnelleren Strecke über Frankfurt, Würzburg, Nürnberg, München umfährt? Meine Antwort ist Nein. Deshalb braucht Baden-Württemberg Stuttgart 21.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD)

Das Bahnprojekt Stuttgart–Ulm mit Stuttgart 21 und der Neubaustrecke hat für die Zukunft des Lebens-, Wirtschafts- und Arbeitsstandorts Baden-Württemberg aus meiner Sicht eine überragende strategische Bedeutung. Europäische Partner im Westen bis Paris und Zukunftsmärkte in Osteuropa bis Bratislava werden durch kürzere Reisezeiten näher an Baden-Württemberg heranrücken.

(Unruhe bei den Grünen – Zuruf des Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE)

Die Anbindung von Flughafen und Messe schafft eine Zentralität, wie es sie in Deutschland nirgendwo sonst gibt.

Viele Regionen des Landes gewinnen.

Das Projekt schafft und sichert Wachstum und Beschäftigung. Das belegen solide wissenschaftliche Untersuchungen. Die verbesserte Erreichbarkeit schafft für die Wirtschaft im Land zusätzliche Umsätze von rund 500 Millionen € im Jahr. 10 000 neue Arbeitsplätze werden geschaffen, Arbeitsplätze, die Familien ernähren, die Sozialbeiträge und Steuern erwirtschaften. Allein in der Bauzeit werden Investitionen in Baden-Württemberg ermöglicht, die das Vierfache des Engagements des Landes ausmachen.

Denken wir einmal an die vielen Bau-, Metall-, Transport- oder Elektronunternehmen im ganzen Land, die von diesen Aufträgen profitieren. Wer will ihnen ernsthaft sagen, dass ihr Wachstum schlechtes Wachstum ist, dass die Arbeitsplätze, die sie schaffen, schlechte Arbeitsplätze sind?

Meine Damen und Herren, Baden-Württemberg hat nach den neuesten Zahlen das stärkste Wirtschaftswachstum aller Bundesländer in diesem Jahr: 5,0 % reales Wachstum allein im ersten Halbjahr.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Auch ohne Stuttgart 21!)

(Ministerpräsident Stefan Mappus)

Unser Wachstum braucht Wege. Deshalb braucht Baden-Württemberg aus wirtschaftlicher Sicht das Bahnprojekt Stuttgart-Ulm, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU:  
Sehr gut!)

Hinzu kommt: Gerade für Stuttgart bietet das Bahnprojekt eine historische städtebauliche Chance: die Entwicklung neuer Stadtquartiere im Herzen dieser Stadt. Wie kaum eine andere Großstadt wird Stuttgart von seiner topografischen Lage bestimmt. Mit Stuttgart 21 kann die Stadt moderne Urbanität gestalten, und zwar ohne Flächenverbrauch. Statt im Umland weiteren Wohn- und Lebensraum auf der grünen Wiese zu schaffen, ermöglichen die frei werdenden Gleisflächen, dass Stuttgart im Zentrumskern wächst. Rund 100 ha Fläche stehen für die städtebauliche Entwicklung der Stuttgarter Innenstadt zur Verfügung. 50 ha werden für Wohnen und Arbeiten genutzt.

Über die nächsten zwei Jahrzehnte entwickeln sich hier neue Quartiere zum Leben, zum Arbeiten und zum Wohnen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Genau!)

Es entstehen rund 20 000 Arbeitsplätze und 11 000 Wohnungen. Die Stadtteile im Stuttgarter Norden und Osten, die noch heute von der Gleiswüste zerschnitten sind, wachsen wieder zusammen. Der Rosensteinpark und das Rosensteinviertel gehen zukünftig direkt ineinander über.

Meine Damen und Herren, so viele städtebauliche Chancen im innersten Kern für eine Großstadt gab es in Deutschland zuletzt in Berlin nach der Wende.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD)

Deshalb lade ich Sie ein: Arbeiten Sie mit an der Gestaltung dieses neuen Stadtviertels. Es war im Jahr 1927, als mit der auf dem Stuttgarter Killesberg errichteten Weißenhofsiedlung ein wichtiges Architekturzeugnis für ganz Deutschland entstand. Lassen Sie uns gemeinsam auf dem neuen Gelände von Stuttgart 21 eine neue Weißenhofsiedlung bauen: modellhaftes und vorbildliches Wohnen und Arbeiten im Kontext des beginnenden 21. Jahrhunderts.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD)

Ich biete nochmals den Dialog zu all diesen spannenden Gestaltungsfragen an. Ich sage aber auch: Für mich gehört zu den Merkwürdigkeiten dieses Konflikts, dass sich der Protest in dieser Härte ausgerechnet gegen einen Bahnhofsumbau richtet.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP:  
So ist es! – Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

Seit jeher sind Bahnhöfe Gebäude, die Menschen zusammenbringen, die offene Mittelpunkte für die aktive bürgerliche Gesellschaft sind,

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Jeden Montag und Freitag!)

die allen gehören und von allen genutzt werden – und die damit gerade demokratische Orte sind. Wenn wir jetzt in den Stuttgarter Bahnhof investieren und ihn mit einer zeitgemäßen Architektursprache in unsere Zeit und unser gesellschaftliches Selbstverständnis holen, dann spricht dies gerade dafür, dass wir diese demokratische Qualität des Bahnhofs sehen und bekräftigen. Auch das will ich für heute deutlich machen: Der neue Bahnhof wird für die Menschen da sein, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Zu diesem zeitgemäßen Verständnis passen auch die ökologischen Vorteile des Bahnhofsumbaus und der Neubaustrecke. Es geht bei Stuttgart 21 darum, Straßen- und Luftverkehr auf die Schiene zu bringen und damit die Umwelt zu schonen.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Andere Länder sind diesen Weg längst gegangen. Das zeigen die Beispiele Frankreich oder Japan. Die japanischen Schnellzüge bewältigen heute rund 30 % des Fernverkehrsaufkommens in Japan. Das ist praktizierter Umweltschutz.

Auch mit Stuttgart 21 und der ICE-Neubaustrecke Wendlingen-Ulm werden pro Jahr insgesamt über 1 Milliarde Pkw-Kilometer vermieden.

(Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Aber kein Lkw-Kilometer!)

Das entspricht einer Einsparung von über 175 000 t CO<sub>2</sub> pro Jahr.

Schließlich bekommt Stuttgart durch die frei werdenden Gleisflächen 20 ha zusätzliche Parkanlagen. Das sind 30 Fußballfelder. 33 der insgesamt 57 Streckenkilometer werden unter der Erde verlaufen. Auch die Minimierung des oberirdischen Flächenverbrauchs bedeutet praktischen Anwohner- und Umweltschutz.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: So ist es!)

Lassen Sie mich aber noch einen weiteren ökologischen Aspekt von Stuttgart 21 erwähnen. Das Fällen von Bäumen bewegt viele. Ich weiß dies, und ich respektiere dies. Ich habe es mir deshalb nicht leicht gemacht und darauf gedrängt, dass wir ein aufwendiges Baumkonzept vorgelegt haben. In allen Planungen war das Ziel immer, möglichst viele Bäume zu erhalten. Deshalb werden einige Bäume auch mit großem Aufwand versetzt. Bis zum nächsten Sommer werden im Schlossgarten keine weiteren Bäume mehr fallen.

Ich verstehe die Emotionen, die rund um die Bäume ins Spiel kommen. Aber, meine Damen und Herren, für die 282 Bäume, die im Zuge der Bauarbeiten insgesamt entfernt werden müssen, werden rund 5 300 neue Bäume gepflanzt. Ich glaube, dieses Verhältnis spricht für sich, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

(Ministerpräsident Stefan Mappus)

In jedem normalen Jahr fällt die Stadt Stuttgart auf ihrer Gemarkung 800 Park- und Straßenbäume. Dass Bäume gefällt und wieder aufgeforstet werden ist bekanntermaßen keinesfalls außergewöhnlich. Das kommt auch in anderen Städten vor. In Hamburg werden nach den Plänen der Senatorin Anja Hajduk für den Bau einer Stadtbahnlinie

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Aha!)

mehr als 280 Bäume gefällt.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Die darf das! – Abg. Klaus Herrmann CDU: Von welcher Partei ist sie? – Unruhe)

Allerdings werden dort 120 Bäume neu gepflanzt. Das ist keine Kritik am Hamburger Senat.

(Zurufe der Abg. Reinhold Pix und Bärtl Mielich GRÜNE)

Es zeigt aber, dass wir uns in diesem Punkt, wie ich finde, ganz besonders angestrengt haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie des Abg. Martin Rivoir SPD – Zuruf von der CDU: Sehr gut! – Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

Meine Damen und Herren, das Kernelement des Bauprojekts ist ganz klar der verkehrliche Aspekt. Eine bald 160 Jahre alte Trasse und ein über 90 Jahre altes Bahnhofskonzept bieten längst nicht die Chancen, die das Bahnprojekt Stuttgart 21 bietet. Den neuen Hauptbahnhof können ohne Rangieraufwand mehr Züge schneller anfahren als bisher; die Umsteigewege sind kurz.

(Zurufe von den Grünen, u. a. Abg. Brigitte Lösch: Keine Ahnung!)

Flughafen und Landesmesse werden Bestandteil des Fernverkehrsnetzes. Es wird wesentliche Fahrzeitverkürzungen und bessere Angebote im Fernverkehr geben. Baden-Württemberg wird zum Herzstück der europäischen West-Ost-Magistrale. Unser Land wird Kreuzungspunkt der großen kontinentalen Entwicklungsachsen Rotterdam–Turin und Paris–Budapest. Vor allem der gesamte Raum Mittelbaden mit dem Zentrum Karlsruhe wird davon profitieren.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: So ist es! – Unruhe bei den Grünen)

Ich erinnere noch einmal daran, was ursprünglich für genau dieses Konzept ausschlaggebend war und warum es überhaupt zu Stuttgart 21 kam, meine Damen und Herren: Anfang der Neunzigerjahre wollte die Deutsche Bahn – damals hieß sie Deutsche Bundesbahn – den Stuttgarter Hauptbahnhof nicht mehr mit ICE-Zügen anfahren und stattdessen einen neuen ICE-Bahnhof in Stuttgart-Bad Cannstatt bauen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Genau so ist es! – Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Die Schnellbahnstrecke sollte von dort aus durch das Neckartal über Plochingen zur Autobahn führen. Die Innenstadt,

meine Damen und Herren, wäre vom Fernverkehr abgekoppelt worden. Außerdem hätte die neue Strecke die Menschen entlang der Trasse massiv belastet –

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

genauso, wie es übrigens die angebliche Alternative K 21 vorsieht.

(Anhaltender Beifall bei der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Auch der Flughafen hätte keine direkte Anbindung an die Fernbahn bekommen. Das Land und die Stadt Stuttgart haben sich damals – wie ich finde, sehr zu Recht – für eine bessere Lösung für Stuttgart eingesetzt. Diese bessere Lösung heißt Stuttgart 21. Es ist gut, dass sie jetzt endlich verwirklicht werden kann.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stuttgart 21 macht die Bahn attraktiver. Jeden Tag werden Zehntausende auf der Fahrt zum Flughafen, im Fernverkehr oder auf dem täglichen Weg zur Arbeit wertvolle Zeit sparen.

Stuttgart 21 schafft neue Direktverbindungen und kürzere Fahrzeiten: Von Ulm nach Köln ist man 80 Minuten schneller, von Sigmaringen zum Flughafen Stuttgart 55 Minuten schneller, von Karlsruhe zum Flughafen Stuttgart 45 Minuten schneller.

(Zurufe von den Grünen – Gegenruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ganz ruhig bleiben! – Unruhe)

Wichtig sind mir ganz persönlich vor allem die Chancen, die Stuttgart 21 für den Nahverkehr bietet. Denn wir schaffen damit die Vernetzung der Verkehrsregionen in ganz Baden-Württemberg.

Stuttgart 21 ermöglicht über den Hauptbahnhof umsteigefreie Direktverbindungen im Regionalverkehr. Das bietet völlig neue Entwicklungschancen für den Nahverkehr.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

Umsteigefreie Direktverbindungen haben klare Vorteile. Sie ermöglichen die Bedienung jedes Knotenbahnhofs zu jeder Stunde in jede Richtung:

(Abg. Martin Rivoir SPD: Sehr gut!)

von Aalen umsteigefrei über die Remstalbahn nach Tübingen oder Reutlingen,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

von Heidelberg umsteigefrei über Stuttgart und den Flughafen nach Tübingen, von Schwäbisch Hall umsteigefrei nach Horb, Rottweil oder Singen. Nach der Elektrifizierung der Südbahn gibt es auch eine umsteigefreie stündliche Direktverbindung Lindau–Friedrichshafen–Ulm–Göppingen–Stuttgart–Karlsruhe.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie des Abg. Fritz Buschle SPD)

(Ministerpräsident Stefan Mappus)

Wir wollen, dass die Bahn es vom Komfort und von den Reisezeiten her mit dem Auto aufnehmen kann und dass unser Land zusammenwächst: alle Menschen, alle Regionen, alle Unternehmen.

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Stuttgart 21 ist ein Konzept zukunftsweisender Mobilität. Diese Vision sollten wir noch weiterentwickeln und um einige Aspekte ergänzen. Ich schlage deshalb vor, die Region Stuttgart zu einer Musterregion für nachhaltige Mobilität zu machen.

(Lachen bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Ist das ein Gelaber!)

Die Region Stuttgart ist schon heute eine Modellregion der Elektromobilität. Darüber hinaus werden wir neue Projekte zur intelligenten Steuerung des Verkehrs starten und die Vernetzung der Verkehrsträger weiter verbessern. Dazu werden wir im Nachtragshaushalt einen namhaften Betrag bereitstellen. Ich möchte, dass die Region Stuttgart großflächig demonstriert, wie die Mobilität der Zukunft aussehen kann.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Großprojekte bringen hohe Kosten mit sich. Das war immer so, und daran wird sich auch nichts ändern. Aber Großprojekte bringen auch große Chancen mit sich, und darum geht es.

Wir wollen mit diesen Investitionen eine handfeste und solide Infrastruktur für unser Land bauen, echte Werte für eine jahrzehntelange Nutzung.

Stuttgart 21 rechnet sich, denn es ist ein Generationen-, ein Jahrhundertprojekt.

Meine Damen und Herren, Baden-Württemberg hat eine enorme Wirtschaftsleistung von rund 345 Milliarden € im Jahr. Da ist eine Investition des Landes für Stuttgart 21 und die Neubaustrecke von 1,77 Milliarden € in zehn Jahren darstellbar. Wir dürfen uns nicht unter Wert verkaufen. Wo in Deutschland, wenn nicht in Baden-Württemberg, kann und sollte ein solches Zukunftsprojekt entstehen?

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

Der Vorwurf, dass das Bahnprojekt Stuttgart–Ulm andere wichtige Schienenvorhaben im Land kannibalisiere, ist an den Haaren herbeigezogen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Der Bund beteiligt sich an der Finanzierung des Teilprojekts Stuttgart 21 mit einem gedeckelten Anteil

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

von 563 Millionen €.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Nicht mehr!)

Der Bundeshaushalt wird damit über die Bauzeit von elf Jahren mit durchschnittlich 50 Millionen € jährlich belastet.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es! Genau!)

Das sind gerade einmal rund 4 % der jährlichen Mittel des Bundes für Schienenbauvorhaben.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

Man kann nicht behaupten, dass mit einem Mittelanteil in Höhe von 4 % die restlichen 96 % kannibalisiert würden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD)

Der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bahn AG hat am 10. September Bad Krozingen besucht. Ich selbst werde mit ihm in den nächsten Wochen zusätzliche Termine in Südbaden wahrnehmen.

(Zuruf von den Grünen: Oh nein!)

Seine Gespräche mit den dortigen Bürgerinitiativen haben gezeigt, dass Stuttgart 21 gerade nicht auf Kosten eines bürgerfreundlichen Rheintalbahnausbaus geht.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Gundolf Fleischer CDU: Sehr gut!)

Gleiches gilt für den Nahverkehr.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Das Land Baden-Württemberg wendet für Stuttgart 21 im Gesamtzeitraum von elf Jahren insgesamt 286 Millionen € aus seinen Nahverkehrsmitteln auf. In jedem Jahr investiert Baden-Württemberg aber 170 Millionen € in den Nahverkehr. Bei einer Bauzeit von elf Jahren sind davon also im Durchschnitt nur 26 Millionen € jährlich durch Stuttgart 21 gebunden. Das sind gerade einmal 15 % der Investitionsförderungen im Nahverkehr von Baden-Württemberg. 85 % gehen nach wie vor in die Fläche, meine Damen und Herren. Das sind die Zahlen; das ist die Realität.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD)

Das schränkt die Spielräume für andere wichtige Nahverkehrsmaßnahmen im Land in der Zukunft nicht unangemessen ein.

(Lachen bei den Grünen)

Meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen nochmals eine ganz plastische Einordnung der Kosten des Landes für Stuttgart 21 geben. Stuttgart 21 kostet das Land Baden-Württemberg über die gesamte Bauzeit weniger, als wir in einem einzigen Jahr in den Länderfinanzausgleich bezahlen. Das sind die Fakten.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD)



(Ministerpräsident Stefan Mappus)

Aber genau da liegt der springende Punkt: Glaubt denn wirklich jemand, das Geld, das man durch einen Baustopp von Stuttgart 21 vermeintlich für andere Dinge ausgeben könnte, bliebe in Baden-Württemberg?

(Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Ja, klar! – Lachen bei der CDU – Abg. Karl Zimmermann CDU zu Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Träumer! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Und so etwas sitzt in diesem Haus! – Unruhe)

Stuttgart 21 und die Neubaustrecke werden von Bahn und Bund mit Mitteln gebaut, die für Verkehrsprojekte zweckgebunden sind.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

Das heißt ganz einfach: Würden wir Stuttgart 21 heute stoppen, würde das Geld ab morgen einfach anderswo in Deutschland verbaut,

(Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Das ist doch Unsinn! – Zuruf von den Grünen: Rheintalbahn!)

beispielsweise für die Y-Trasse Hannover–Hamburg–Bremen – nach neuesten Berechnungen rund 4 Milliarden € – oder für die Express-S-Bahn zum Münchner Flughafen – nach neuesten Berechnungen 3,5 Milliarden €.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Hört, hört!)

Die anderen Länder, meine Damen und Herren, würden sich mit Sicherheit herzlich bedanken.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf von den Grünen)

Sie würden wahrscheinlich sagen: „Typisch Baden-Württemberg: Seit 1953 haben sie 48 Milliarden € in den Länderfinanzausgleich gezahlt, und wenn es dann ausnahmsweise einmal Geld aus Berlin gibt, lehnen sie höflich ab.“ Ich glaube nicht, meine Damen und Herren, dass dies das ist, was die Menschen in Baden-Württemberg wollen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Bravo!)

Im Übrigen: Bei einer Einstellung des Projekts blieben wir auf einem Kostenbeitrag in Milliardenhöhe sitzen, und wir hätten davon keinen Gewinn – nur einen sanierungsbedürftigen Bahnhof und alte Gleise aus königlich-württembergischer Zeit.

Meine Damen und Herren, wollen wir das wirklich? Ich will, dass das Land seine Chancen ergreift und seinen Wohlstand sichert. Deshalb stehe ich zu diesem Bahnprojekt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Besonders verwundert mich im Übrigen der Einsatz von manchem Mitglied des Hauses für das vermeintliche Alternativprojekt K 21. Meine Damen und Herren, die Kopfbahnhofslösung K 21 ist ein Phantom,

(Zuruf von der SPD: Genau!)

für das es in der Zwischenzeit gleich vier Varianten gibt. Für K 21 gibt es nichts: keine Planung, keine Finanzierung, keine Genehmigung,

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Wie soll es denn eine Genehmigung geben?)

keine Linienführung, noch nicht einmal gute Gründe.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD)

Aber die dringend notwendige Verbesserung der Schieneninfrastruktur im Raum Stuttgart würde auf unbestimmte Zeit aufgeschoben, sozusagen „Zurück auf Los und wieder bei null anfangen“, inklusive 16-jähriger Planungsphase.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Das wäre ein Schwabenstreich!)

Baden-Württemberg wäre vom modernen Fernverkehr abgehängt.

Klar ist aber: K 21 würde massive Eingriffe durch neue Gleise auf der Bestandsstrecke in dicht besiedeltem Gebiet im Neckartal bedeuten und wäre nicht einmal billiger. In Bad Cannstatt, Unter- oder Obertürkheim oder Hedelfingen dürfte wohl kaum zu vermitteln sein, warum eine aufgeständerte K-21-ICE-Trasse in dicht besiedeltem Gebiet einer landschaftsschonenden Lösung von Stuttgart 21 vorzuziehen ist, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD – Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Wer fordert die denn? – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Unterschätzen Sie die Leute nicht! – Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Das ist alles so komisch und jede Woche etwas anderes!)

Es gibt einen Punkt, der mich besonders berührt. Sehr geehrte Damen und Herren, es gibt eine Ebene des Konflikts um Stuttgart 21, die wir in diesem Haus unbedingt einmal diskutieren müssen; denn sie berührt das Selbstverständnis unserer repräsentativen Demokratie und unseres Rechtsstaats. Schaden wir nicht demokratischen Institutionen, wenn vom Volk gewählte Parlamentsabgeordnete demokratisch legitimierte Beschlüsse des Parlaments andauernd selbst aktiv infrage stellen?

(Abg. Gundolf Fleischer CDU: So ist es!)

Haben Mitglieder des Hauses das Recht, hat irgendjemand in diesem Land das Recht, sich über den Rechtsstaat zu stellen und rechtlich einwandfreien Entscheidungen die Legitimation abzuspreechen?

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Es gibt niemanden, der dieses Recht besitzt, weil sich niemand über das Recht stellen darf, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD)

(Ministerpräsident Stefan Mappus)

Zur Demokratie gehört der Wettbewerb, zur Demokratie gehört das Ringen, zur Demokratie gehört die Debatte, und zur Demokratie gehört die öffentliche Kritik.

(Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Dazu gehört aber auch die Einsicht!)

Aber genauso elementar für jede demokratische Ordnung und für den inneren Frieden einer Gesellschaft sind die Akzeptanz von Mehrheitsentscheidungen und der Respekt vor dem Urteil unabhängiger Gerichte.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es!)

Meine Damen und Herren, hinter allen Beteiligten liegen bei Stuttgart 21 fast zwei Jahrzehnte der öffentlichen Debatte, der Begutachtung, der Planung, der Planoptimierung, der Anhörungen, der Entscheidungen und Gerichtsurteile. Allein hier in diesem Haus war das Projekt „Stuttgart 21“ seit der ersten Rahmenvereinbarung 146-mal Thema.

(Beifall des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Der Stuttgarter Gemeinderat hat über 200-mal öffentlich über das Projekt debattiert. 11 500 Einsprüche von Bürgerinnen und Bürgern, von Verbänden und Institutionen wurden einzeln abgehandelt. 60 Alternativen wurden geprüft.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: 67 000 Unterschriften!)

Auch die wesentlichen Elemente der K-21-Variante sind dabei geprüft, von Gerichten überprüft und verworfen worden.

Der Weg zum Baubeginn war jederzeit und für jeden transparent, juristisch korrekt und politisch intensiv begleitet.

(Abg. Bärtl Mielich GRÜNE: Das stimmt doch kein bisschen! – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Wie war die letzte Kostenschätzung?)

Wir sollten uns zumindest darauf verständigen, meine Damen und Herren, dass wir ein solches Projekt nach einem so langen und intensiven Prozess dann auch tatsächlich verwirklichen. Um es mit den Worten von Joachim Gauck zu sagen, der sich in einem Fernsehinterview zu den demokratischen Entscheidungen zu Stuttgart 21 äußerte – ich zitiere –:

*Die Politiker, die jetzt sagen: „Ich baue einfach nicht weiter“, die dürfen das gar nicht tun, wenn sie sich selbst ernst nehmen.*

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD – Zurufe der Abg. Bärtl Mielich und Jürgen Walter GRÜNE)

Genau darum geht es, meine Damen und Herren. Es geht um nicht mehr und nicht weniger als um die Frage der Handlungs- und Gestaltungsfähigkeit in unserem Gemeinwesen. Es geht um die Gültigkeit und um die Glaubwürdigkeit demokratisch gefasster Beschlüsse. Machen wir uns klar: Auf diese Diskussion schaut mittlerweile ganz Deutschland.

(Abg. Bärtl Mielich GRÜNE: Woran liegt das denn?)

Hier ist eine Grundsatzfrage berührt: Wer ist noch bereit, Kreativität, Kraft und Geld bei uns, in unserem Land, zu investieren, wenn er damit rechnen muss, dass nach 15 Jahren Arbeit alles vor dem Aus steht?

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD)

Was hieße es denn für unsere Gesellschaft, wenn Verträge plötzlich nichts mehr gälten,

(Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE: Atomausstieg!)

wenn Entscheidungen nach Stimmungslage getroffen und wieder revidiert würden, wenn der Rechtsstaat Rechtssicherheit nicht mehr garantieren würde? Was für eine Republik wäre das?

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Eine Bananenrepublik! – Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Versetzen wir uns für einen kurzen Augenblick in die Perspektive eines typischen baden-württembergischen Häuslebauers. Nehmen wir an: Er hat ein Grundstück mit einem Haus gekauft, das er umbauen will. Er hat einen Bauantrag gestellt, er hat die Finanzierung geklärt.

(Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Die ist eben nicht geklärt!)

Seine Nachbarn, alle verantwortlichen Stellen und der Gemeinderat haben zugestimmt.

(Zuruf der Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE)

Unser Bauherr hat den „Roten Punkt“, und er gießt gerade das Fundament. Plötzlich wird vor der Baustelle demonstriert – gegen die Form seines Hauses, schließlich sei das alte Haus ein Architekturwunder. Die Demonstranten wenden sich dagegen, dass er Bäume auf seinem Grundstück fällen will. Sie zweifeln seine Finanzierung an.

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Sie verlangen von ihm einen sofortigen Baustopp und eine Bürgerbeteiligung in der Gemeinde.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: So weit kommt es noch!)

Der Bauherr fragt sich, wie viel seine Baugenehmigung wert ist,

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: So ist es!)

wie verlässlich und funktionsfähig die Institutionen und die Regeln unseres Rechtsstaats noch sind.

Die gleichen Fragen stellt sich auch ein Unternehmer, der eine Bau- und Betriebsgenehmigung für eine Werkserweiterung in den Händen hält.

Die gleichen Fragen stellt sich auch ein auswärtiger Unternehmer, der bei uns in Baden-Württemberg investieren und Arbeitsplätze schaffen will.

(Ministerpräsident Stefan Mappus)

Die gleichen Fragen stellen sich die Franzosen, die für die gemeinsame europäische Magistrale in Vorleistung getreten sind

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es!)

und ihre TGV-Strecke bis Straßburg – inklusive Bahnhofsumbau – ausgebaut haben.

(Zuruf der Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE)

Die gleichen Fragen stellen sich die Österreicher, die gerade umfangreiche Streckenbaumaßnahmen auf über 300 km für die europäische Magistrale durchführen und aus dem Wiener Südbahnhof, einem Kopfbahnhof, den neuen Wiener Hauptbahnhof, einen Durchgangsbahnhof, machen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Hört, hört!)

Meine Damen und Herren, ich sage deshalb: Stuttgart 21 ist seriös geplant, politisch mit breiter Mehrheit entschieden, rechtlich geklärt und solide finanziert.

Wir stehen bei den Projektpartnern und bei unseren europäischen Freunden im Wort. Ich stehe zur Vertragstreue. Ich stehe zum Mehrheitsprinzip. Ich stehe zur Rechtssicherheit.

(Zuruf des Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE)

Deshalb steht die Landesregierung von Baden-Württemberg ohne Wenn und Aber zu Stuttgart 21.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zurufe von der CDU: Bravo!)

Stuttgart 21 und die Neubaustrecke nach Ulm sind eine große Chance für dieses Land. Wir sind bereit, für diese Chance einzustehen. Wir stellen uns den Protesten. Aber wir machen unsere Überzeugung nicht von gerade aktuellen, vermeintlichen Meinungstrends abhängig. Wir stehen verlässlich zu unseren Positionen, und ich blicke – ich sage das ganz bewusst, weil ich manches nicht für Zufall halte – bei wichtigen Fragen nicht automatisch auf den nächsten Wahltermin, meine Damen und Herren.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Wen schauen Sie dabei an?)

Deshalb danke ich allen Besonnenen, die diese Verlässlichkeit ebenfalls zeigen, die für dieses Generationenprojekt und für die Zukunftschance unseres Landes eintreten, auch wenn sie damit nicht den einfachsten Weg gehen.

Ich danke den beiden Regierungsfractionen. CDU und FDP/DVP haben in dieser schwierigen Frage immer Kurs gehalten, aber zugleich das Gespräch gesucht.

Ich danke besonders unserem Landtagsvizepräsidenten Wolfgang Drexler, der es sich gewiss nicht leicht gemacht hat und der sich mit großem persönlichem Einsatz als Sprecher für Stuttgart 21 für das Bahnprojekt eingesetzt hat.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU, der SPD und der FDP/DVP – Zuruf von der CDU: Und der Morddrohungen erhalten hat!)

Ich danke dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion, dem Kollegen Claus Schmiedel. Die SPD-Fraktion im Verband Region Stuttgart hat am 28. September einen dringlichen Antrag in die Regionalversammlung eingebracht. Herr Kollege Schmiedel ist Mitglied der SPD-Regionalverbandsfraktion, und er hat in der Debatte im Regionalparlament auch selbst klar Stellung genommen. Der Titel des SPD-Antrags lautete: „Für Stuttgart 21 – gegen ein Moratorium“.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Genau! Bravo! – Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Tüchtig, tüchtig! – Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Ich sage dies ohne jegliche Ironie, weil ich weiß, wie manche Diskussionen in großen Volksparteien ablaufen können: Ich bin überzeugt, dass sich nicht nur die beiden Kollegen, sondern auch viele andere in der Sozialdemokratischen Partei schwertun bei dem Dilemma, in das sie die Debatten – auch innerhalb der eigenen Partei – gebracht haben. Ich sage ausdrücklich, dass sie dafür, wie sie sich verhalten, meinen vollen Respekt haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Die SPD-Landtagsfraktion will eine Volksabstimmung über Stuttgart 21 organisieren.

(Abg. Bärtl Mielich GRÜNE: Na ja!)

Wir haben diesen Vorschlag sorgfältig prüfen lassen. Die renommierten Professoren Paul Kirchhof und Klaus-Peter Dold kommen übereinstimmend zu einer eindeutigen Bewertung: Die Landesverfassung eröffnet keinen Weg für eine Volksabstimmung über das Konzept Stuttgart 21.

(Zuruf des Abg. Thomas Knapp SPD)

Meine Damen und Herren, damit eines klar ist: Auch wenn die Situation angespannt ist und die Emotionen hochkochen, kann es nicht unser Ziel sein, die Landesverfassung zum Gegenstand des Streits zu machen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sehr gut!)

Wir müssen uns auf unsere Verfassung verlassen können. Wir müssen unserer Verfassung vertrauen können. Wir können unsere Verfassung nicht zum Gegenstand von tagespolitischen und taktischen Erwägungen machen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: So ist es!)

Meine Damen und Herren, ich bin in die Politik gegangen, weil ich etwas bewegen will, weil ich für ganz konkrete Entscheidungen und Projekte eintreten und werben will. Ich will mich darum kümmern, was die Zukunftsprojekte für Baden-Württemberg sind und wo wir für die junge Generation Arbeitsplätze schaffen, Wohlstand sichern, Chancen ergreifen können.

Ich finde es deshalb beunruhigend, dass der Geist des Verhinderns immer stärker in immer mehr Köpfe kommt. Deshalb

(Ministerpräsident Stefan Mappus)

fällt es mir auch schwer, Herr Kretschmann, die Grünen in der Diskussion über Stuttgart 21 zu verstehen. Häufig sind sie gegenüber dem Straßenbau und auch gegenüber dem Flugverkehr skeptisch.

(Zuruf der Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE)

Eigentlich hätte man erwarten können, dass zumindest ein so großes Schienenprojekt Ihre Unterstützung findet.

(Abg. Thomas Knapp SPD: Jawohl! – Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Aber es taugt halt nichts!)

Aber Sie sind in der Zwischenzeit nicht nur gegen Stuttgart 21, sondern Sie sind auch gegen den Neubau der Strecke Wendlingen–Ulm.

Ich bitte Sie, uns eine Frage zu beantworten: Was ist Ihr Konzept für leistungs- und zukunftsfähige Mobilität in Baden-Württemberg?

(Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE: Nachhaltigkeit! – Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE – Gegenruf des Abg. Thomas Knapp SPD: Entschleunigung! – Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

In unserer Debatte am 28. Juli 2010 in diesem Haus haben Sie gesagt: „Wir müssen die Verkehrsträger vernetzen.“ Genau das machen wir. Wir vernetzen mit Stuttgart 21, dem Filderbahnhof und der Neubaustrecke auf einzigartige Weise den Regionalverkehr, die Fernbahn, die Autobahn, den Flughafen und obendrein noch die Messe, meine Damen und Herren.

(Zuruf des Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE)

Ich habe Verständnis dafür, dass Ihre Partei in Umweltfragen besonders sensibel ist. Das ist Ihr Kern, das ist Ihre Herkunft. Ich stimme Ihnen z. B. auch zu, dass wir den Ausbau der regenerativen Energien fördern wollen.

(Lachen der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE – Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Dafür schaffen Sie gerade genau die richtigen Voraussetzungen!)

Dazu brauchen wir die richtige Infrastruktur. Aber wenn man diese Infrastruktur braucht, warum sind dann Grüne gegen das geplante Pumpspeicherkraftwerk Atdorf im Kreis Waldshut – also gegen genau die Stromspeicher, die wir für den Umstieg auf regenerative Energien unbedingt brauchen, meine Damen und Herren?

(Beifall bei der CDU, der SPD und der FDP/DVP – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Hört, hört! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Unglaublich! Totalverweigerung! – Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Vor Ort sind CDU-Gemeinderäte! – Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Warum bekämpfen die Grünen in Thüringen die sogenannte Südwestkuppelleitung, also genau die Stromnetze, die wir brauchen, um den Windstrom von den Küsten zu uns nach Baden-Württemberg zu bringen?

(Abg. Albrecht Fischer CDU: Hört, hört! – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Warum kämpft der Mappus gegen Windkraftanlagen in Baden-Württemberg?)

Herr Kretschmann, ich erinnere Sie an Ihre eigenen Worte in der „Stuttgarter Zeitung“ vom 13. September 2008 – ich zitiere –:

*Wir können nicht mit unserer Regierungsfähigkeit werben, um uns anschließend als Protestpartei zu gerieren.*

(Oh-Rufe von der CDU und der FDP/DVP – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das hört man nicht gern!)

*Natürlich kann man gegen Stuttgart 21 auch einmal eine Menschenkette um den Bahnhof organisieren, aber das sind nicht mehr die Formen, mit denen das Projekt zu Fall zu bringen ist.*

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU – Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Ich appelliere an Sie: Kehren Sie zurück zu dieser Vernunft, und widerstehen Sie der populistischen Versuchung.

Meine Damen und Herren, wir können und dürfen in diesem Land Politik nicht mit den Ängsten der Menschen machen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es! – Abg. Wilfried Klenk CDU: Sehr gut!)

Infrastruktur hat seit jeher den Sinn und den Zweck, Menschen zueinander zu bringen, Wohlstand zu fördern und Entwicklungen zu beschleunigen. Wir können nicht immer nur dagegen sein. Wir brauchen auch den Mut zum „Dafür“, den Mut zur Verantwortung in Baden-Württemberg, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie des Abg. Fritz Buschle SPD – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: So ist es!)

Die Menschen in Baden-Württemberg beweisen besonders großen Mut zur Verantwortung. Sie tun dies, indem sie sich wie in keinem anderen Land engagieren: für die Gemeinschaft, für das Ehrenamt,

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Das machen wir auch! Für die Umwelt!)

für die Familien. Was für eine Botschaft ist es, diesen Menschen die Nachricht zu übermitteln, dass nur der etwas gilt, der gegen etwas ist – gegen Weiterentwicklung, gegen jedes Wagnis, gegen unsere Chancen?

(Zuruf des Abg. Klaus Herrmann CDU – Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Unglaublich!)

Es ist mir eine echte Sorge, dass bei vielen immer stärker die einfachen Weltbilder regieren.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es!)

Baden-Württemberg ist aber das „Modell deutscher Möglichkeiten“.

Meine Damen und Herren, es geht darum, dass wir diesen Erfolg verteidigen. Unser Land darf nicht zum Modell der Unmöglichkeiten werden.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: So ist es!)

(Ministerpräsident Stefan Mappus)

Ist es denn verhältnismäßig, dass ein Zukunftsprojekt wie Stuttgart 21 unsere Gesellschaft derart spaltet? Ich möchte alles dafür tun, dass wir in Baden-Württemberg zusammenstehen.

Bei Stuttgart 21 geht es im Kern doch nicht um Fahrzeiten und Verbindungstakte. Es geht für unser Land um den Wohlstand. Aber vor allem: Es geht um die Chancen von morgen. Das treibt mich um. Das ist mein Thema. Es geht mir um die nächste Generation. Wie will diese kommende Generation ihr Land sehen? Welche Bildungschancen braucht sie? Was müssen wir dafür tun? Welche Bedingungen für Forschung und Technologie braucht sie? Wie schaffen wir auch in Zukunft sichere Arbeitsplätze? Und was tun wir für eine zukunftsfähige Infrastruktur?

Wir müssen uns fragen: Haben in unserer Gesellschaft wichtige Zukunftsprojekte noch eine Chance? Sind wir im Land der Tüftler und Techniker noch gewillt und in der Lage, eine technische Vision zu verwirklichen? Sind wir bereit, eine wesentliche Investition in die Zukunftsfähigkeit unseres Landes, in neue Wege für neues Wachstum zu leisten?

Wenn die Logik mancher zu Stuttgart 21 Schule macht und das „Dagegen“ zum Zeitgeist wird, wenn es gesellschaftlich akzeptiert wird, dass parlamentarische Beschlüsse und Gerichtsurteile durch Protest aufgekündigt werden, wie sieht dann eigentlich unsere Zukunft aus, meine Damen und Herren?

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr gut!)

Ich möchte für etwas eintreten – verlässlich, klar und eindeutig. Ich bekenne mich zu einem Baden-Württemberg, das seine Möglichkeiten nutzt. Deshalb stehe ich ohne Wenn und Aber zu Stuttgart 21.

Es geht um die Menschen im Land, um jeden Einzelnen. Sie sind der größte Schatz des Landes: ihr gelebter Gemeinschaftssinn, ihr sprichwörtlicher Fleiß und ihr Erfindungsreichtum.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Jeder und jede! – Zuruf der Abg. Bärbl Mielich GRÜNE)

Für diese Menschen setzen wir uns ein. Denn das Ziel für mich und meine Regierung lautet:

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Jetzt muss er das auch noch ablesen!)

Wohlstand sichern, Chancen ergreifen. Darum geht es.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Sehr gut! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Auf, auf! – Die Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP erheben sich von ihren Plätzen und spenden stehend anhaltenden lebhaften Beifall. – Lachen bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Heiterkeit des Ministerpräsidenten Stefan Mappus)

**Präsident Peter Straub:** Meine Damen und Herren, wir kommen nun zur Aussprache über die Regierungserklärung. Für die Aussprache gelten freie Redezeiten.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kretschmann.

(Unruhe)

**Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, Sie haben in Ihrer Rede gesagt: „Die Konfrontation um Stuttgart 21 tut unserem Gemeinwesen nicht gut.“ Sie „bedauern“, dass es am letzten Donnerstag im Stuttgarter Schlossgarten „Szenen gegeben hat, die sich nicht wiederholen dürfen“, und Sie bedauern, „dass es dazu hat kommen müssen“.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Dazu hätte es überhaupt nicht kommen müssen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Peter Hofelich SPD: Genau!)

Es gibt schon lange einen Stuttgarter Appell, der inzwischen von weit über 50 000 Bürgerinnen und Bürgern unterschrieben ist

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Wie viele Einwohner hat Stuttgart? – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Wie viel Promille der Einwohner von Baden-Württemberg sind das?)

und mit dem aufgefordert wird, ein Moratorium, einen zeitlich befristeten Bau- und Vergabestopp einzuleiten, um noch einmal über alle Fragen zu diskutieren. Wenn Sie vor der Sommerpause den Mut gehabt hätten, darauf einzugehen, wäre es nicht zu den Szenen im Schlossgarten gekommen.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Gunter Kaufmann SPD)

Ich sage noch einmal: Der Einsatz am Tag einer angemeldeten Schülerdemonstration war unverantwortlich.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Gunter Kaufmann SPD)

Der massive Einsatz von Wasserwerfern und Pfefferspray gegen friedliche Demonstranten

(Oh-Rufe von der CDU und der FDP/DVP – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Jetzt hört's aber auf! – Weitere Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Klaus Herrmann: Fragen Sie die, die gestern die Bilder gesehen haben! – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

war völlig unangemessen und überzogen.

(Beifall bei den Grünen – Unruhe)

Sie haben damit begonnen, die Demonstranten schon im Vorfeld zu diskreditieren. Das ist auf jeden Fall nicht der Weg, um aus der Konfrontation herauszukommen.

(Winfried Kretschmann)

Ich darf noch einmal den Polizeiwissenschaftler Thomas Feltes zitieren.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Oje!)

*Es spricht vieles dafür, dass bei diesem Einsatz von Anfang an keine Deeskalation geplant war, sondern eine harte Linie.*

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Quatsch!)

*Dass die Polizei gleich mit Wasserwerfern angerückt ist, war darauf angelegt, Stärke zu zeigen.*

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: So ein Blödsinn!)

Ich finde, für diesen Konfrontationskurs mit der Gefahr der Eskalation gab es keinen Grund, nachdem nun seit Monaten Tausende von Demonstranten zeigen, dass sie friedlich demonstrieren.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Peter Hauk CDU: 99 %!)

Dafür gab es keinen Grund. Ich habe mir wie viele andere von uns auch selbst ein Bild von der Demonstration gemacht, und die Demonstranten waren in der überwältigenden Mehrzahl friedlich.

(Abg. Peter Hauk CDU: Genau! Das stimmt!)

Es herrschte keine aggressive Stimmung, und sie sind auch trotz des massiven Polizeieinsatzes in der überwältigenden Mehrzahl friedlich geblieben.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Richtig!)

Es gab einzelne Übergriffe aus den Reihen von Demonstranten.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Aha! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Jetzt kommt Licht ins Dunkel!)

Diese werden von uns verurteilt. Das ist nicht zu entschuldigen und darf nicht vorkommen.

Aber wenn man sie in den Kontext der gesamten Vorfälle vom 30. September einordnet, dann muss man konzedieren, dass es sich hier um ganz wenige einzelne Demonstranten gehandelt hat, Demonstranten – das habe ich selbst gesehen –, die im Übrigen unverzüglich von anderen Demonstranten dazu aufgefordert wurden, das sofort zu unterlassen.

(Lachen des Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU – Zurufe der Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP und Bärbl Mielich GRÜNE)

Das zeigt, dass der überwältigende Teil dieser Demonstranten absolut friedlich war. Deswegen sind diese Stadt und das Land tief schockiert über diesen Polizeieinsatz.

(Beifall bei den Grünen)

Dies beinhaltet überhaupt keine Kritik an den Polizisten, die das tun, was man ihnen sagt, sondern es beinhaltet Kritik an der Einsatzleitung und der politischen Führung, die dafür ver-

antwortlich ist, am Tag einer Schülerdemonstration eine solche Aktion überhaupt zu eröffnen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Ich finde, Herr Ministerpräsident, wenn Sie wirklich wollen, dass wir aus der Konfrontation herauskommen, wäre eine Entschuldigung für diesen unangebrachten Einsatz gegen die Demonstranten am Tag einer Schülerdemonstration angebracht.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Wer hat um halb elf Schulschluss?)

Dass es eine Eskalationsstrategie gab, hat man daran gemerkt, dass Sie Wochen zuvor massiv begonnen haben, die Protestbewegung zu diskreditieren. Es ist das schlimme Wort „Berufsdemonstranten“ gefallen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Die gibt es auch! – Abg. Peter Hauk CDU: Die es in Einzelfällen auch gibt!)

Man muss sich das einmal vorstellen: Wenn hier Zehntausende friedlich demonstrieren, reden Sie von „Berufsdemonstranten“.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Die gibt es darunter! – Abg. Peter Hauk CDU: Davon redet kein Mensch! – Unruhe bei der CDU)

Sie haben von „Altkommunisten“ und „Altlinken“ geredet, von „gewaltbereiten Demonstranten“.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja, richtig!)

Sie haben gesagt, sie seien von den Grünen aufgewiegelt, gesteuert und manipuliert worden, damit diese gute Wahlergebnisse einfahren.

(Zuruf von der CDU: Richtig!)

Das waren Ihre Argumente.

Jetzt sagt der stellvertretende Ministerpräsident Goll noch, das seien alles unduldsame und wohlstandsverwöhnte Bürger.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Das ist eine Beleidigung!)

Das ist die Diskreditierung einer Protestbewegung, und diese Eskalation der Worte ging dem Einsatz voraus.

(Beifall bei den Grünen)

Wenn wir aus der Konfrontation herauskommen wollen – und das wollen wir –,

(Abg. Gundolf Fleischer CDU: Bis jetzt war Ihr Beitrag nicht dazu angetan!)

dann müssen Sie endlich die Realitätsverweigerung aufgeben. Es handelt sich hier um eine breite Protestbewegung aus allen Schichten der Bevölkerung in Stadt und Land, um einen kontinuierlichen, friedlichen Protest, der sehr kreativ ist; ich denke z. B. an den Schwabenstreich.

(Abg. Peter Hauk CDU: Laut!)

(Winfried Kretschmann)

Diese Anerkennung der Realität, dass nach Umfragen eine Mehrheit im Land und eine übergroße Mehrheit in der Stadt dieses Projekt nicht will,

(Zurufe von der CDU: Quatsch! – Das stimmt nicht!)

obwohl es, wie Sie immer betonen, beschlossen worden ist, ist die Voraussetzung.

Diese Realität gefällt Ihnen verständlicherweise nicht. Aber Sie müssen sie trotzdem als existent und real wahrnehmen – auch wenn sie Ihnen nicht gefällt. Das ist die allererste Grundlage dafür, dass wir weiterkommen. Es geht darum, anzuerkennen, dass es sich hier um einen tiefen und ernsthaften Konflikt handelt, dass nicht irgendwelche fehlgeleiteten und uninformierten Menschen durch die Gegend rennen.

Dieser Protest ist nicht herbeigeredet, und er wird auch nicht instrumentalisiert.

(Unruhe)

Die Menschen sind auch nicht schlecht informiert.

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Der Protest wird schon gar nicht von uns für Wahlkampfwzwecke ausgenutzt.

(Beifall bei den Grünen – Lebhaftige Unruhe bei der CDU)

Die Broschüre „Alternativen sind machbar – Grüne Vorschläge zu Stuttgart 21 und dem Entwicklungskonzept Filder“ stammt aus dem Jahr 1995.

(Der Redner hält eine Broschüre hoch.)

Seit dieser Zeit begleiten wir das Projekt Stuttgart 21 kritisch und haben es dann abgelehnt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Als Minderheit!)

Uns vorzuwerfen, wir instrumentalisierten den Protest für die Wahl – wir, die wir schon vor 15 Jahren hier mit allen Kräften parlamentarisch dagegen gearbeitet haben, als sich außer uns und einigen Umweltbewegten noch niemand groß für diese Frage interessiert hat –, das diskreditiert sich doch von selbst.

(Beifall bei den Grünen)

Der Protest stammt aus der Mitte der Bürgergesellschaft, und er verdient es, von Ihnen ernst genommen zu werden.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Da ist auch Antifa dabei! – Unruhe bei den Grünen)

– Ja, es sind immer auch die fünf MLPDler auf der Demonstration. Das ist richtig. Das kann man nicht verhindern. Auch sie haben das Recht, zu demonstrieren, solange sie es friedlich tun. Diese paar Sektierer haben aber mit der Protestbewegung überhaupt nichts zu tun.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Was war denn am Donnerstag friedlich?)

Also, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, Herr Ministerpräsident, das anzuerkennen ist die allererste Voraussetzung, um überhaupt aus der verfahrenen Situation herauszukommen.

Herr Ministerpräsident, wir sind uns mit Ihnen einig: Wir halten die Vermeidung einer weiteren und immer tiefer werdenden Spaltung von Stadt und Land für erforderlich. Es besteht die Gefahr, dass aus Gegnerschaft Feindschaft wird. Das zu verhindern, daran müssen in der Tat alle demokratischen Kräfte ein fundamentales Interesse haben, bei noch so großen Differenzen in der Sache.

Das Einzige, was Sie immer wieder selbstkritisch sagen, ist: Wir haben schlecht kommuniziert. Das ist in der Tat schon ein Kern des Problems. Die Frage ist nur – wir haben das heute während der Rede des Ministerpräsidenten wieder erlebt –: Wie sieht Ihr Kommunikationsmodell aus? Das ist der Frontalunterricht der Fünfzigerjahre:

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Der Lehrer erklärt die Welt, der Schüler darf eine Frage stellen, wenn sie nicht zu frech ist, und wer widerspricht, bekommt Tatzten.

(Heiterkeit bei den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der CDU)

Ich sage Ihnen: Das kann natürlich nicht funktionieren, Herr Ministerpräsident. Sie haben hier wieder die uns allen bekannten Argumente vorgetragen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Haben Sie vielleicht neue?)

Das dürfen Sie; das ist in Ordnung. Aber Sie müssen sich doch einmal ernsthaft mit den Gegenargumenten auseinandersetzen. In einer modernen Gesellschaft heißt Kommunikation, sich kritisch mit anderen Positionen auseinanderzusetzen. Das heißt Kommunikation.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf: Dann machen Sie das doch!)

Diese „Modernität“ ist in Wirklichkeit sehr alt. Man muss nur in den Platon-Dialogen lesen, wie Sokrates die athenische Gesellschaft mit seinen „Was ist ...?“-Fragen auf die Palme gebracht hat. Das ist also nichts Neues, sondern das hat man schon immer getan, wenn es um wirklich fundierte, gute, kritische Kommunikation geht; und nur darum kann es gehen, um etwas anderes nicht.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das gilt für beide Seiten! Für beide Seiten gilt das! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wir haben uns schon lange mit Ihnen auseinandergesetzt! – Zuruf des Abg. Dr. Dietrich Birk CDU)

Wie wollen Sie, Herr Ministerpräsident, eigentlich aus dieser Konfrontation herauskommen, wenn Sie sagen: „Ich stehe für Stuttgart 21, ohne Wenn und Aber“?

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Mit Geißler!)

(Winfried Kretschmann)

Was sollen Gespräche dann eigentlich für einen Sinn haben? Worüber sollen wir reden, wenn noch nicht einmal ein Wenn und Aber möglich ist? Dann tragen wir bei solchen Treffen nur noch Monologe vor; das macht doch keinen Sinn.

(Unruhe)

Ich sage es Ihnen noch einmal. Sie sagten z. B., K 21, der Kopfbahnhof, sei ein Phantom.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wenn es hoch kommt! – Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Es gebe keine Planung, keine Finanzierung, keine Genehmigung, keine Linienführung, keine Detailplanung, keine Planfeststellung. Dann sagten Sie: „noch nicht einmal gute Gründe“.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ja, genau!)

Diejenigen, die ehrenamtlich in vielen Jahren Alternativkonzepte entwickeln, könnten doch keine „Gegenregierung“ bilden, die mit viel Geld und Planungsbüro eigene Planfeststellungsverfahren durchsetzt. Eine solche Äußerung ist doch aberwitzig.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Die Idee ist aberwitzig!)

Wie soll das denn funktionieren? Aber wenn Sie denen nicht einmal gute Gründe zugestehen, wie wollen Sie dann ernsthaft mit ihnen reden?

(Beifall bei den Grünen – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Welche Gründe gibt es denn? – Abg. Klaus Herrmann CDU: Sie haben vorhin nicht zugehört!)

Ich sage Ihnen noch einmal: Wenn diese Gespräche einen Sinn haben sollen – und wir sind für Gespräche –, dann müssen Sie die Haltung aufgeben, dass andere keine guten Gründe für ihre Konzepte hätten. Ich meine, der Protest speist sich aus einem ganz unterschiedlichen Bündel von Motiven wie Kosten, verkehrlicher Kritik, städteplanerischen Aspekten und Ähnlichem. Aber glauben Sie mir: Die Hauptquelle des Protests ist, dass Sie den Protest gar nicht ernst nehmen und dass Sie denken, die Gegner hätten noch nicht einmal gute Argumente. Das ist die Hauptquelle der Kritik.

(Beifall bei den Grünen)

Wenn Sie kritische Bürger einbeziehen wollen, müssen Sie immer voraussetzen, dass diese gute Argumente haben. Das ist die Grundlage jeder Debatte und übrigens die Grundlage von Demokratie überhaupt.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Eine Frage des Respekts!)

Ich mache dies jetzt an ein paar Punkten fest. Zentral ist die Frage der Kosten. Daran macht sich am meisten fest. Ich sage Ihnen: Die bei Großprojekten übliche Masche – man steigt ganz niedrig und billig ein, damit man sie durchsetzen kann, und hinterher explodieren die Kosten – funktioniert in der Bürgerschaft einfach nicht mehr.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das hat man doch gar nicht gemacht! – Gegenrufe von den Grünen)

Alles ist beschlossen, und dann gehen die Kosten hoch – das erlebt die Bürgerschaft bei x Projekten, und davon haben die Leute genug.

(Beifall bei den Grünen)

Dieses Spiel macht eine aufgeklärte und aufmüpfige Bürgerschaft einfach nicht mehr mit.

(Abg. Jörg Döpper CDU: Aufgehetzt!)

– Das ist es: Sie können sich Protest einfach nicht anders vorstellen als aufgehetzt. Dass Menschen sich ihres eigenen Verstands bedienen und von ihm öffentlich Gebrauch machen, wie Kant gesagt hat, ist Ihnen offensichtlich so fern wie der Mond.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Das will sich diese Bürgerschaft nicht mehr gefallen lassen, auch wenn Sie x-mal sagen, es sei beschlossen. Dass sie das nicht mehr tut, ist gut. Mit unserer parlamentarischen Initiative sind wir 15 Jahre lang gegen die Wand gelaufen. Ich meine damit nicht, dass wir uns hätten durchsetzen müssen; wir sind eine Minderheit. Aber es wurde nur abgewunken. Das haben wir 15 Jahre lang erleben müssen.

(Zuruf von der CDU: Das stimmt doch gar nicht!)

Erst durch einen massiven Bürgerprotest sind Sie jetzt endlich gezwungen, auch in den Dialog mit der Bürgerschaft einzutreten.

Der frühere Verkehrsminister Rech hat gesagt, Stuttgart 21 sei das am besten geplante und gerechnete Projekt der Bahn.

(Lachen bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Peinlich!)

Wenige Monate später mussten die Kosten dramatisch nach oben korrigiert werden. Es ist klar: Wenn jemand so argumentiert, wenn jemand einen solchen Spruch gemacht hat und hinterher selbst dramatisch die Kosten korrigieren muss, dann verliert er an Vertrauen. Das muss man sich doch klarmachen.

(Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Ganz genau!)

Da müssten Sie doch selbst einmal so weit reflektieren, dass Sie erkennen, dass dies in der Bürgerschaft Vertrauen untergräbt.

Ministerpräsident Mappus sagt: Man kann Großprojekte nicht auf den Cent genau berechnen. Es geht hier aber um Milliarden Euro und nicht um Centbeträge.

(Beifall bei den Grünen)

Wenn Sie von „centgenau“ sprechen, wenn es um Milliarden geht, dann nehmen Sie die Wirtschaftlichkeitsfragen nicht ernst. Sie haben in Ihrer Erklärung die Gegner des Projekts angegriffen, indem Sie ihnen die Haltung unterstellt haben: „Wenn mir das Projekt gefällt, wird es billig, und wenn es mir nicht gefällt, rechne ich es teuer.“ Aber das machen Sie doch selbst. Bei K 21 rechnen Sie die Kosten gigantisch hoch, obwohl schon der gesunde Menschenverstand sagt, dass ein Pro-



(Winfried Kretschmann)

jekt, das ein Drittel der Tunnellängen von S 21 hat, überhaupt nicht in die Nähe dieser Kosten kommen kann. Es ist doch völlig klar, dass das überhaupt nicht geht.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Aber den Hauptbahnhof mit 1,7 Milliarden € hat man halt nicht!)

Innerhalb der letzten zwölf Monate mussten die Baukosten von Stuttgart 21 um 1 Milliarde € und die Kosten für die Neubaustrecke um 890 Millionen € nach oben korrigiert werden. Da geht es nicht um Centgenauigkeit. Da geht es um Milliarden.

(Beifall bei den Grünen)

Das Ende der Fahnenstange wird noch lange nicht erreicht sein. Dafür gibt es eine ganze Menge von Hinweisen. Es ist doch einfach nicht plausibel, dass 1 km Neubaustrecke über die Schwäbische Alb mit hohem Tunnelanteil mit geplanten Kosten von 50 Millionen € je Kilometer nicht teurer sein soll als 1 km Neubaustrecke im Rheintal zwischen Katzenbergtunnel und Basel, die fast ausschließlich durch flaches Gelände führt.

Alle Großprojekte der vergangenen Jahrzehnte waren schön-gerechnet und liefen finanziell aus dem Ruder: Berlin Hauptbahnhof 1,2 statt 0,7 Milliarden €,

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Neubaustrecke Nürnberg–Ingolstadt über die Fränkische Alb 3,6 statt 2,3 Milliarden € –

(Zuruf des Abg. Winfried Scheuermann CDU)

jeweils deutlich über 50 % Kostenüberschreitung.

(Abg. Winfried Scheuermann CDU: Und jetzt?)

Die Kostenplanung der DB für das „bestgeplante“ Bahnprojekt, die von rund 5 Milliarden € ausgeht, wurde auf politischen Druck um 800 Millionen € auf 4,088 Milliarden € gesenkt. Das ist nicht realisierbar, sagen uns die Fachleute.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Wer? – Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Und die anderen haben keine Fachleute?)

Wenn der Bericht im „Stern“ stimmt, ist der Risikopuffer bereits aufgezehrt, bevor der Bau überhaupt erst richtig begonnen wird.

(Abg. Winfried Mack CDU: Der Bericht stimmt aber nicht!)

Andere Gutachten wie das Gutachten des UBA oder das Gutachten von Viereggs-Rößler kommen auf weit höhere Kosten.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Beauftragt von den Grünen!)

Dabei ist die Methode dieser Gutachter ganz einfach. Sie ist nämlich empirisch. Als Grundlage nehmen sie Neubaustrecken, die schon fertig sind und bei denen man weiß, was sie gekostet haben. Das ist erst einmal das Unverfänglichste, was

man überhaupt machen kann: Man vergleicht das mit anderen Strecken.

(Abg. Albrecht Fischer CDU: Wie lange ist das her?  
– Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Am besten gar nichts bauen! Weil es teuer ist, hören wir auf!)

Herr Ministerpräsident, ich will damit nur sagen: Es geht nicht um Cent, es geht um Plausibilitäten. Es geht darum, dass man nicht mit Diffamierung reagiert, wie wir es erlebt haben. Da liegt der Hase im Pfeffer. Schon zwei Stunden, nachdem wir ein Gutachten veröffentlicht haben, das auf erheblich höhere Kosten kommt, sagt die Bahn, das alles seien Horrorzahlen, und wir wollten nur die Leute verunsichern.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Jawohl!)

Aber bis heute gab es keine Entgegnung in der Sache.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf: Doch!)

Herr Ministerpräsident, wir müssen zu einer ernsthaften Auseinandersetzung kommen, die die Wahrheit in den Tatsachen sucht. Das muss doch in einer aufgeklärten Welt, die von den Wissenschaften geprägt ist, möglich sein. Das muss im öffentlichen Raum stattfinden, wie wir es auch in unserem gemeinsamen Vorschlag geschrieben haben, nämlich mit öffentlichen Diskussionsforen und öffentlichen Expertenrunden.

Mit Blick auf den verkehrlichen Nutzen des Projekts ist es genauso. Sie sprechen von der Einigkeit der Fachwissenschaftler, etwa hinsichtlich der Kapazitäten des Durchgangsbahnhofs im Vergleich mit dem Kopfbahnhof. Aber es gibt in dieser Frage keine einheitliche Meinung der Fachwissenschaftler. Das ist überhaupt nicht der Fall. Sie müssen schlicht und einfach einmal anerkennen, dass Sie sich da irren, dass es Wissenschaftler und Praktiker gibt, die das anzweifeln, was Sie behaupten.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Welches sind die richtigen?)

Viele Experten sind von dem verkehrlichen Nutzen nicht überzeugt.

Das ganze Stuttgart 21 ist auf Kante genäht; es hat ein hohes Stabilitätsrisiko, eine geringe Pufferkapazität, und es kann für die Zukunft einen Engpass darstellen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Wir haben doch dreimal so viele Zufahrtsgleise!)

Andere Kopfbahnhöfe wie in Frankfurt und München führen auch nicht dazu, dass diese Städte ins verkehrliche Abseits gelangen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Es geht um die Zufahrtsgleise! – Abg. Albrecht Fischer CDU: Die haben aber auch einen zweiten, neuen Durchgangsbahnhof!)

Jetzt muss man doch ganz einfach fragen: Warum legen Sie das Betriebskonzept und die Fahrplanstruktur nicht offen, sodass man überhaupt erst in einen wirklichen Expertenstreit gehen kann? Um diese Fragen geht es.

(Beifall bei den Grünen)

(Winfried Kretschmann)

Es geht darum, die Plausibilität zu hinterfragen, und das heißt immer auch, das Wenn und das Aber zu berücksichtigen. Anders kann das überhaupt nicht gehen.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Darum geht es schon lange nicht mehr!)

Sie bringen nun Einzelbeispiele und sagen, dass man dann innerhalb von 41 Minuten von Tübingen nach Stuttgart komme. Von Tübingen gelangt man schon heute mit modernen Neige-technikzügen in 43 Minuten nach Stuttgart.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Aber nicht mit dem neuen Halt am Flughafen!)

Was soll das also?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wieso muss ein Tübinger denn in die Stuttgarter Innenstadt, wenn er auf die Filder will? Das macht doch keinen Sinn, dass ein Tübinger nach Stuttgart fährt, um auf die Filder zu kommen!)

Wenn Sie sagen, von Horb nach Schwäbisch Hall gehe es schneller, man spare 41 Minuten, dann sage ich: Ja, es geht schneller, weil Sie dann doppelt so viele Züge einsetzen. Das hat aber mit dem Projekt selbst gar nichts zu tun.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD – Unruhe)

Ich will mit Ihnen nun nicht über Detailfragen debattieren; darum kann es doch in dieser Debatte überhaupt nicht gehen. Ich habe Ihnen vielmehr Beispiele genannt und klargemacht, dass wir gute Argumente gegen das Projekt ins Feld führen. Darüber muss man sich einmal öffentlich auseinandersetzen. Darum geht es.

(Abg. Albrecht Fischer CDU: Das machen wir seit 15 Jahren! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Sie wollen doch gar keine Argumente hören!)

All diese Einwendungen und Fragen sind zulässig, und sie sind notwendig.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Aber nicht neu!)

Sie sind verpflichtet, sich ernsthaft damit auseinanderzusetzen. Nur, wenn Sie das wollen, machen Gespräche einen Sinn. Das ist Voraussetzung, damit solche Gespräche stattfinden.

Ich sage noch einmal: Wir haben diese Durch- und Abwinkmentalität zu diesem Projekt nun bereits 15 Jahre lang auch im Parlament erlebt. Das geht jetzt aber nicht mehr, weil ein breiter Bürgerprotest unsere Argumente unterstützt und trägt, und weil dieser Bürgerprotest Sie dazu zwingen wird, sich endlich mit diesen Argumenten auseinanderzusetzen.

(Beifall bei den Grünen)

Ich darf noch einmal den Verbandspräsidenten Hans Heinrich Driftmann vom Deutschen Industrie- und Handelskammertag zitieren. Er sagte vor zwei Tagen:

*Ganz sicher müssen wir lernen, dass die Umsetzung solcher Großprojekte, auch wenn sie demokratisch legitimiert sind, ganz anders und mit mehr Transparenz begleitet werden muss.*

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Was sagt er zum Projekt?)

*Die Bürger wollen ernst genommen werden und verstehen, was passiert, welche Auswirkungen es für sie persönlich hat.*

Das ist das Entscheidende.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Was sagt er zum Projekt?)

Ich sage Ihnen noch einmal: Sie sprechen von der Unumkehrbarkeit des Projekts.

(Zuruf von der SPD: Ja! – Zuruf des Abg. Albrecht Fischer CDU)

Auch das Wort „alternativlos“ höre ich in den politischen Debatten immer öfter. Das sind höchst problematische Begriffe. Es ist geradezu ein Wesensmerkmal der Demokratie, dass sie umkehren kann.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Egal, was es kostet?)

Wenn es neue Erkenntnisse und Bedingungen gibt, dann kann eine solche Umkehr auch erforderlich und notwendig sein. Gerade das ist es, was die Demokratie auszeichnet. Mit der Kündigung des Atomkonsenses

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Oh, jetzt kommt Atom! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Jetzt kommt die nächste Barrikade!)

geben Sie gerade ein Beispiel hierfür – obwohl es im Vertrag heißt, beide Seiten würden ihren Teil dazu beitragen, den Inhalt dieser Vereinbarung dauerhaft umzusetzen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das ist aber etwas anderes! – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Auch wenn die Umkehr in der Atompolitik unserer Ansicht nach nicht sinnvoll und sogar höchst problematisch ist, auch wenn sie in eine ganz falsche Richtung geht, zeigt sich doch, dass dies eine Umkehr ist. So etwas kann man in einer Demokratie machen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Warum rufen Sie dann zum Barrikadensturm auf?)

Genauso ist auch Stuttgart 21 grundsätzlich umkehrbar.

(Beifall bei den Grünen)

Gerade angesichts dessen, dass es sich bei diesem Projekt um Vertragspartner der öffentlichen Hand handelt, ist es natürlich möglich, bei einer Beeinträchtigung übergeordneter Belange – wie z. B. einem schweren Nachteil für das Gemeinwohl durch hohe Haushaltsbelastung – die bestehenden Verträge aufzulösen. Dies könnte zu deutlich geringeren Kosten geschehen, als Sie uns das immer vorführen. Die von Ihnen genannten Ausstiegskosten steigen ja ständig. Jetzt sind Sie schon bei 3 Milliarden € Ausstiegskosten angekommen.

(Winfried Kretschmann)

Irgendwann ist dann der Ausstieg teurer, als das Projekt zu realisieren.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Hagen Kluck FDP/  
DVP: Ja! – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel  
FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, die Faktenlage hat sich geändert. Auf die Kosten bin ich eingegangen. Ein weiteres Argument ist, dass Güterzüge auf der Neubaustrecke nicht verkehren können, weil es diese leichten Güterzüge gar nicht gibt.

(Zurufe von der SPD und des Abg. Helmut Walter  
Rüeck CDU)

Das zeigt, dass eine Wirtschaftlichkeitsberechnung erforderlich ist. So etwas muss auf den Tisch. Das ist die Grundlage dafür, dass man aus der Konfrontation herauskommt. Da muss alles auf den Tisch und besprochen werden.

Herr Ministerpräsident, wir haben zudem insgesamt dramatische Änderungen der finanziellen Rahmenbedingungen. Wir hatten eine Finanzmarktkrise, die Situation der öffentlichen Haushalte steht an der Abbruchkante in die Schuldenfalle, wir haben eine Schuldenbremse, wir dürfen ab 2020 keine neuen Schulden mehr machen. Da ist doch die Frage, ob für ein Projekt, das nach Ihren Zahlen 7 Milliarden € und nach dem, was wir wissen, mindestens 11 Milliarden € kostet, die Kosten-Nutzen-Relation heute noch stimmt.

Sie haben das Beispiel vom Häuslebauer gebracht. Jeder Häuslebauer, der dem Architekten Plan und Kostenvorschlag gegeben hat und dann feststellt, dass die Kosten explodieren, der hört mit dem Häuslebauen auf,

(Zuruf des Abg. Bernhard Schätzle CDU)

oder er baut vielleicht ein anderes, ein kleineres Haus.

(Beifall bei den Grünen)

Darum geht es hier auch, denn dieses „Haus“ gehört allen.

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Ich sage Ihnen noch einmal: Ihre Feststellung, es sei ein Jahrhundertprojekt, und deshalb spiele Geld keine Rolle, kann niemand akzeptieren.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Thomas Blenke CDU:  
Der erste Halbsatz war richtig, danach war es falsch!)

Ich möchte noch einmal sagen, worauf die Bürgerschaft ein Recht hat. Da das Geld in dieser Größenordnung schlichtweg nicht vorhanden ist – die Bahn investiert im Jahr 1,2 Milliarden € in die gesamte Schieneninfrastruktur von Deutschland –

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Der Bund, nicht die  
Bahn!)

– korrekt, der Bund –, wird das für das Projekt, wenn man es anfängt, eine ganz einfache Folge haben: Es muss wie andere Projekte enorm gestreckt werden.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Bei 53 Millionen!)

Die Stadt Stuttgart und ihre Bürgerschaft haben genau wie wir alle ein Anrecht darauf, zu wissen, ob dann die größte Baugrube Europas 10 oder 20 Jahre in der Stadt ist.

(Beifall bei den Grünen – Zurufe von der CDU)

Ich sage Ihnen noch einmal: Die Prioritäten liegen ganz woanders. Die Prioritäten liegen etwa bei der Rheinstalstrecke. Das ist in der Tat eine europäische Magistrale: von den Häfen von Rotterdam und Hamburg hin zu den Häfen von Genua

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Da seid ihr doch auch  
dagegen!)

über die Zentren der industriell stärksten Regionen. Das ist wirklich eine europäische Magistrale und ein wichtiger Güterverkehrskorridor.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Was ist Ulm?)

Aber wie sieht es aus? Bis 2015 wird die Strecke noch nicht einmal zu 30 % aufgerüstet sein.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Und warum nicht? –  
Abg. Peter Hauk CDU und Abg. Hagen Kluck FDP/  
DVP: Weil ihr das verhindert habt! – Abg. Wolfgang  
Drexler SPD: Wollt ihr es so machen, wie es die Bahn  
vorgeschlagen hat?)

Das ist aber ganz entscheidend für die Ökologie, weil da Güter von der Straße auf die Schiene kommen, und für die Ökonomie, weil das ganz entscheidend für die wirtschaftliche Entwicklung all der Regionen ist, die an dieser Strecke liegen.

(Beifall bei den Grünen)

Das heißt, wenn wir noch einmal neu beginnen –

(Abg. Winfried Scheuermann CDU: Noch einmal  
neu?)

z. B. mit der Frage: Müssen wir die Neubaustrecke, damit sie finanzierbar ist, nicht optimieren oder anders planen,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Filstal!)

damit wir mit den Mitteln, die wir haben, etwas Optimales erreichen? –, dann fließt das Geld nicht anderswohin. Es kann genau in die Rheinstalstrecke fließen, und dann bleibt es in einem wichtigen Verkehrsprojekt in Baden-Württemberg.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Winfried  
Scheuermann CDU)

Meine Damen und Herren, darum geht es. Diesem Problem müssen Sie sich stellen. Wie modernisieren wir in Zukunft, wie modernisieren wir bei knappen Kassen und knappen Mitteln?

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Gar nichts mehr!)

Das ist ganz einfach: Wir modernisieren so, dass wir mit den Mitteln die optimalen Effekte erreichen, und steuern nicht ein unbezahlbares Maximum mit bescheidenen Effekten an. Haargenau darum geht es.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Wolfgang  
Drexler SPD)

(Winfried Kretschmann)

Ich kann Ihnen noch ein Beispiel nennen: Die Franzosen haben nach dem Zweiten Weltkrieg den zweiten Schienenstrang der Gäubahn herausgerissen. Sie von der CDU, die sich auf einmal so sehr als Schienenpartei preisen, haben es in 60 Jahren nicht geschafft, dass eine Änderung erfolgt wäre.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Das hättet ihr bestimmt auch verhindert! – Zurufe von der CDU)

Das nur nebenbei.

Bei einer Aufrüstung dieser Strecke kommen Sie 15 Minuten schneller als bisher in Stuttgart an und erreichen frühere Anschlusszüge nach Köln und Berlin. Dann sind Sie eine Stunde früher dort. Das Ganze kostet 80 Millionen €.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Das ist das, was ich meine: mit einem intelligenten Einsatz von Mitteln optimale Mobilität erreichen. Das ist die Aufgabe der Stunde, und das ist modernes Mobilitätsdenken.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Gundolf Fleischer CDU: Gezielte Desinformation! – Abg. Albrecht Fischer CDU: Gezielte Falschinformation! – Zurufe von der CDU und des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Lassen Sie uns also, Herr Ministerpräsident, den ernsthaften Versuch machen, über Zahlen, Fakten und Einschätzungen Einigkeit zu erzielen.

(Zuruf der Abg. Andrea Krueger CDU)

Das ist das, worum es jetzt, glaube ich, geht. Das muss ja wohl auch der Sinn dessen sein, was Sie vorschlagen.

Wenn man sich an die Zahlen hält, ist das zunächst einmal das Beste. Denn wie Franz Josef Strauß so schön gesagt hat: „Generäle kann man anschreien,“ – auch die Grünen – „aber Zahlen nicht.“

(Minister Heribert Rech: Vorsicht!)

Das ist der große Vorteil.

Wir bieten Ihnen Folgendes an:

(Unruhe bei der CDU – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE zur CDU: Jetzt hören Sie doch einmal zu! – Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Wir, die Befürworter und die Gegner des Projekts, einigen uns auf einen gutachterlichen Prozess. Sie haben schon etwas Wichtiges beigetragen,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Vieregg-Rößler wird beauftragt!)

indem Sie mit Heiner Geißler einen Vermittler, einen Moderator vorgeschlagen haben, den beide Seiten akzeptieren können. Er wird natürlich noch mehr Moderatoren brauchen.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzler FDP/DVP: Wie viele Moderatoren brauchen wir denn noch?)

Aber unter seiner Moderation, seiner Vermittlungsführung einigen wir uns auf gutachterliche Prozesse, die von Gegnern

und Befürwortern akzeptiert werden. In diesem Prozess soll die derzeitige Faktenlage – Zahlen, Kosten, verkehrliche Auswirkungen – vorbehaltlos geprüft werden.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Untergrund z. B.!)

Der Auftrag lautet: Unter Offenlegung aller Fakten und Daten werden die Kosten für Stuttgart 21 und die Neubaustrecke vorbehaltlos gegengerechnet.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Mineralwasser auch, alles!)

Es wird gutachterlich bewertet, welchen Nutzen Stuttgart 21 und die Neubaustrecke für das europäische Hochgeschwindigkeitsnetz haben.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Hat man doch schon geprüft!)

Es werden die Auswirkungen auf den öffentlichen Nahverkehr geprüft.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Liegt doch schon vor!)

Es wird, wie der VCD gefordert hat, ein Stresstest für Stuttgart 21 durchgeführt, und es wird der Nutzen der Neubaustrecke für den Güterverkehr in Augenschein genommen.

(Zuruf des Abg. Gundolf Fleischer CDU)

Es wird eine Bewertung darüber abgegeben, welche Auswirkungen die Realisierung dieses Projekts und der Neubaustrecke auf andere prioritäre Projekte im Land hat.

(Unruhe bei der CDU – Zuruf – Gegenruf der Abg. Theresia Bauer GRÜNE)

Gegner und Befürworter von Stuttgart 21 suchen den Konsens in den Fakten und versuchen, diese anzuerkennen.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzler FDP/DVP)

Die Grundlage für die weiteren Gespräche und Entscheidungen wird in diesen Monaten erarbeitet. In dieser Zeit wird ein Vergabe- und Baustopp angeordnet.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Oh-Rufe von der CDU – Zuruf der Abg. Andrea Krueger CDU)

Dies dürfte der Bahn kaum wehtun. Denn mit einem echten Baubeginn ist aufgrund von Planungsrückständen nicht vor dem Frühjahr 2011 zu rechnen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das ist falsch! – Zuruf der Abg. Andrea Krueger CDU)

Mit der Realisierung dieses Vorschlags, Herr Ministerpräsident, würden wir im wahrsten Sinn des Wortes Fakten schaffen. Wir reden ab dann auf der Grundlage von Fakten, die wir beide öffentlich durchgearbeitet haben. Meiner Ansicht nach würde nichts mehr zu einer Versachlichung der Debatte beitragen als dies.

Weiter gehende Vorhaben wie eine Volksbefragung oder ein Volksbegehren können diskutiert werden. Dazu hat die SPD jetzt eine Initiative ergriffen.

(Winfried Kretschmann)

Morgen haben Sie die Gelegenheit, die Hürden für eine Volksbefragung zu senken.

(Zurufe der Abg. Bärbl Mielich GRÜNE und Peter Hauk CDU)

Wenn Sie dem zustimmen, steht auch dieses Instrument zur Verfügung. Wenn all dies nicht gelingen sollte, sind die Wahlen die letzte Entscheidung über diese Frage.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Wer entscheidet dann?)

Aber alles Weitergehende profitiert doch davon, wenn vorher offen über die Sache debattiert, verhandelt und gestritten wurde. Denn das ist die Grundlage einer lebendigen Demokratie.

Das ist unser Vorschlag. Sie haben den Vorschlag gemacht, einen Vermittler einzusetzen, den wir akzeptieren können. Dann können wir in dieser Richtung auf einen Weg kommen. Aber er setzt, wie gesagt, voraus, dass Sie den Protest und die Argumente hierfür ernst nehmen. Das ist die absolute Voraussetzung. Sonst können diese Gespräche nicht zum Erfolg führen. Wir rufen Sie eindringlich auf, diesen Weg zu gehen.

Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei den Grünen)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Hauk.

**Abg. Peter Hauk** CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist gar keine Frage, dass uns alle noch die Bilder vom vergangenen Donnerstag prägen. Sie haben uns nicht nur tief berührt, sondern werfen natürlich auch Fragen auf.

Wir bedauern ausdrücklich, dass es bei der Räumung des Baufelds zu Verletzungen von Menschen gekommen ist, von Menschen, die demonstriert haben, und Menschen, die den Rechtsstaat beschützt haben. 34 Polizisten wurden verletzt; es gab über 100 Leichtverletzte. Ich möchte nichts beschönigen; aber die meisten dieser Verletzungen waren Augenreizungen.

Für Baden-Württemberg ist es seit Jahren, seit Jahrzehnten nicht üblich, dass es bei der Wahrnehmung der Meinungsfreiheit, bei Konflikten, bei gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen auch zu Körperverletzungen kommt. Deshalb ist das am vergangenen Donnerstag Geschehene neu, und deshalb ist uns allen klar: Wir müssen nicht nur alles dafür tun, dass sich solche Bilder nicht wiederholen, sondern müssen vorbeugen, damit es in Zukunft erst gar nicht mehr zu einer solchen Eskalation kommt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD)

Ich glaube, darüber sind wir alle in diesem Parlament uns einig.

Es geht jetzt primär nicht mehr um die Frage, wer im übertragenen Sinn den ersten Stein geworfen hat.

(Abg. Katrin Altpeter SPD: Kastanien!)

Unabhängig davon, glaube ich, ist es in einer solchen Situation – die vielleicht in anderen Bundesländern keine Ausnah-

mesituation ist, in der eher konsensorientierten Bürgerschaft unseres Landes aber schon – zwingend notwendig, wieder miteinander in den Dialog einzutreten, und zwar, Herr Kretschmann, ohne Vorbedingungen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

Ihre Argumentation – mit Vorbedingungen – hätte ich vor dem vergangenen Donnerstag noch nachvollziehen können. Nach diesem Donnerstag, glaube ich, muss sich jeder, der jetzt nicht Gesprächsbereit ist, jeder, der die Situation durch die Ablehnung von Gesprächen verschlimmert, vorhalten lassen, dass er nicht zu einer Deeskalation beiträgt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Das ist unglaublich! Es muss doch ergebnisoffen gestartet werden!)

Nach der Rede des Herrn Kollegen Kretschmann sehe ich wegen deren Inhalt erst recht die Notwendigkeit zum Gespräch. Das sage ich ganz offen. Denn viele sachliche Aussagen waren meines Erachtens nicht richtig.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Oh-Rufe von den Grünen – Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

Ich mag mich täuschen. Ich bin weder Bahnexperte noch Bauingenieur; ich mag mich täuschen.

(Zurufe)

Ich glaube, es ist zumindest notwendig, sich – Sie haben das selbst dargestellt – über die Frage der Kosten auszutauschen. Das sind die politischen Themen.

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir müssen uns auch darüber unterhalten: Wie gehen wir und wie gehen die Menschen in einem demokratischen, sozialen Rechtsstaat miteinander um? Was ist beim Umgang der Menschen miteinander vertretbar?

(Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Eine gute Frage! – Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Jedenfalls nicht mit Wasserwerfern!)

Ich glaube, das ist ein ganz entscheidender Punkt. Sie haben natürlich recht, wenn Sie sagen: Die ganz überwältigende Anzahl der Demonstranten, der Projektgegner demonstrieren in friedlicher Absicht und führen dies auch friedlich durch.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Aber nicht alle!)

Vollkommen in Ordnung! Das kann ich nur unterstreichen.

Ich sage auch dazu, Herr Kretschmann: Ich bekenne mich – trotz aller Kosten, die Ihr Kollege Sckerl abgefragt hat – ausdrücklich nicht nur zur Meinungsfreiheit, sondern auch zur Demonstrationsfreiheit. Auch wenn es 100 000 und 200 000 sind, hat die Polizei die Aufgabe, die Versammlungsfreiheit zu schützen und den Demonstranten Gehör zu verschaffen. Selbstverständlich!

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Das ist doch ein Grundrecht!)

(Peter Hauk)

Aber Sie müssen auch sehen, dass es unter diesen Demonstranten einige gibt, die andere Motive haben und die auch einen Teil dieses Protests bewusst oder unbewusst ein Stück weit für sich ausnutzen und versuchen – ob es gelingt, lassen wir dahingestellt –, die Gegnerschaft gegen dieses Projekt und die Demonstrationen gegen dieses Projekt für sich und ihre Ziele zu instrumentalisieren. Das gibt es fast immer; da machen wir uns auch nichts vor. Die gibt es eben auch unter den Demonstranten.

(Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Ja und?)

Ich frage Sie, wie wir damit umgehen, wenn die Proteste teilweise nicht allzu friedlich ablaufen. Es gibt Augenzeugenberichte auch von Steinwürfen.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Quatsch! – Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Ach was! – Zuruf der Abg. Theresia Bauer GRÜNE – Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Das wurde nur behauptet! Das stimmt nicht! – Abg. Klaus Herrmann CDU: Stein ist Stein, egal wie groß! – Abg. Thomas Blenke CDU: Kollege Fischer hat es gesehen!)

Ich habe hier eine entsprechende E-Mail, die zur Veröffentlichung an uns ging. Ich zitiere:

*Sehr geehrter Herr XY, ...*

– Name und Adresse sind bekannt, entgegen vieler Mails, die ich bekomme, die nur mit Namen unterzeichnet sind –

*Wir wollten uns*

– am Donnerstag, 30. September 2010 –

*vor Ort im Schlossgarten vor Beginn der Pro-S-21-Demonstration ein Bild machen ...*

Das schreibt ein Befürworter des Projekts.

*Bereits auf der Brücke über die Schillerstraße wurden wir beschimpft und bespuckt und bedroht, da wir einen S-21-Button am Revers trugen ... dann hitzige Diskussionen ... dann Handgreiflichkeiten ... und drei Burschen mit Steinen in der Hand ... meine Frau duckte sich plötzlich, und meinen Nachbarn traf ein faustgroßer Stein mitten ins Gesicht ... blutend rannte er in Richtung Polizei um Hilfe ...*

*Zwei Passanten versuchten, die Burschen zu halten ... diese wurden jedoch in der K-21-Menge abgeschirmt und konnten untertauchen ... acht Polizisten versuchten, das Geschehen zu beruhigen, und nahmen u. a. meinen Namen als Zeuge auf ...*

*Fazit: Wir mussten die sogenannten „friedlichen“ K-21-Demonstranten als primitiv und brutal erleben – der Zugang zum Schlossgarten wurde uns verwehrt, und wir kehrten um zur wirklich friedlichen Pro-S-21-Demonstration.*

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Ist das nicht furchtbar? – Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Da gab es auch keine Wasserwerfer! – Gegenruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das müssen Sie zur Kenntnis nehmen!)

Das wurde dann auch polizeilich aufgenommen. Name und Adresse sind bekannt.

Es geht jetzt nicht um die Frage nach dem Polizeieinsatz. Es geht nur um die Frage – auch dieser Frage müssen wir uns gemeinsam stellen –: Wie gehen wir mit einzelnen Demonstrationen um, die sich eben nicht friedlich verhalten?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

Diese gibt es. Das kann man nicht einfach wegdiskutieren.

(Zuruf der Abg. Theresia Bauer GRÜNE)

– Nein, das kann man nicht einfach wegdiskutieren.

(Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Das wollen wir dann einmal sehen!)

Das ist, glaube ich, ein ganz entscheidender Punkt in einem demokratischen Rechtsstaat.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ich sage es noch einmal: Ich verunglimpfe die, die friedlich demonstrieren, überhaupt nicht. Das liegt gar nicht in meinem Interesse; ganz im Gegenteil. Das ist auch ein Bekenntnis zu dieser Demokratie. Aber ich wehre mich gegen jeden, der mit rechtsstaatlich falschen, mit illegalen Mitteln, auch und gerade mit Gewalt, versucht, seiner Meinungsäußerung Nachdruck zu verleihen. Das geht nicht.

Dann frage ich Sie, Herr Kollege Kretschmann: Was können wir alle gemeinsam, aber auch die Grünen tun, um zu deeskalieren, damit solche Vorfälle – möglicherweise sind das Einzelvorfälle –, aber auch Gerangel und dergleichen mehr gar nicht erst passieren? Das ist der entscheidende Punkt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Keine Wasserwerfer!)

Auch darüber sollten wir sprechen.

Wir sollten auch darüber sprechen, wie wir gemeinsam es mit dem Rechtsstaat halten. Wo sind denn die Grenzen abgesteckt? Ich habe mich juristisch über Sitzblockaden aufklären lassen: Friedlich, einzeln sitzend gilt nicht mehr als Nötigung – das ist in Ordnung –;

(Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Genau!)

untergehakt, erst recht abwehrend oder mit Hilfsmitteln angeketet gilt als eindeutiger Straftatbestand der Nötigung.

(Abg. Jörg Döpfer CDU: Ja!)

Herr Kretschmann erklärte am Donnerstagabend letzter Woche in einer Sendung, das seien die modernen Formen einer Demonstration.

(Oh-Rufe von der CDU und der FDP/DVP – Zuruf von der CDU: Jawohl! – Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Stimmt doch nicht! – Unruhe)

Das haben Sie mehr oder minder erklärt. Herr Kollege Kretschmann, ich halte das für eine ernste Frage, und zwar aus folgendem Grund: So, wie die Polizei unser gemeinsames

(Peter Hauk)

Recht auf Meinungsfreiheit schützt und den Projektgegnern die Chance gibt, sich zu artikulieren, genau so geht es um den Rechtsstaat, wenn es um rechtsstaatlich zustande gekommene Projekte geht.

(Abg. Thomas Blenke CDU: So ist es!)

Dann gelten die gleichen Regeln.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Thomas Blenke CDU: Jawohl! Genau!)

Wir können doch nicht in jedem Einzelfall ständig Regeln ändern. Deshalb erwarte ich von jedem Abgeordneten dieses Landtags, dass er sich auch für den demokratischen Rechtsstaat und seine Spielregeln ausspricht und darüber hinaus überall dort, wo er ist, kein Wegschauer ist – wir beklagen uns in der Gesellschaft häufig über diejenigen, die wegschauen –, sondern ein Hinschauer ist und die Menschen dort auf den Pfad des demokratischen Staates zurückführt. Das ist ein ganz entscheidender Punkt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zurufe der Abg. Winfried Kretschmann, Dr. Bernd Murschel und Brigitte Lösch GRÜNE)

Deshalb frage ich uns alle: Wie halten wir es mit verbaler Gewalt – übrigens auch gegen Polizisten? Wie halten wir es mit Beleidigungen?

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Wie halten wir es mit gesundheitsgefährdendem Lärm von Vuvuzelas direkt neben anderer Menschen Ohren? Wie halten wir es mit der Frage der Nötigung – der echten Nötigung? Wie halten wir es denn – um es konkret zu machen – mit Organisationen wie den selbst ernannten Parkschützern, die in ihrer Mitgliedschaft zur Nötigung – zu der juristisch klaren Nötigung – aufrufen? Wie halten wir es damit?

(Zuruf der Abg. Bärbl Mielich GRÜNE – Abg. Thomas Blenke CDU: Wie halten es die Grünen damit? – Unruhe)

Herr Kollege Kretschmann, ich frage auch Sie: Wie halten Sie es – nicht Sie persönlich, sondern die Grünen – damit?

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Albrecht Fischer CDU: Kretschmann muss sich distanzieren! – Zuruf des Abg. Klaus Herrmann CDU)

Nach der tiefen Ernsthaftigkeit nun die Ironie: Man könnte meinen, die Grünen bewegten sich wieder ein Stück weit dorthin, wo sie hergekommen sind, nämlich zurück auf die Straße

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: So ist es! – Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Das hätten Sie gern! – Zurufe der Abg. Klaus Herrmann CDU und Theresia Bauer GRÜNE)

und zur außerparlamentarischen Opposition mit einem politischen Flügel, der versucht, die Dinge hier einigermaßen hinzubekommen.

(Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Peter Hofelich SPD: Eine Strategie sieht anders aus!)

Ich frage mich angesichts der heutigen Debatte auch: Wo ist Kollege Wölfle?

(Beifall des Abg. Manfred Groh CDU – Zurufe: Der weint! – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Der war gerade noch da! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Der macht bei einer Demo mit! – Unruhe)

Herr Präsident, ich meine, Kollege Wölfle ist nicht entschuldigt.

(Zuruf: Nein! – Abg. Dr. Birgit Arnold FDP/DVP: Der weint! – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Herr Wölfle war vorhin da! Er war da!)

Ich glaube, in einem demokratischen Rechtsstaat gehört es gerade dann, wenn man ein Betroffener oder Involvierter ist – ich nehme Herrn Wölfle die Betroffenheit ab –, dazu, dass man sich argumentativ auseinandersetzt, dass man nicht einfach weggeht, wegschaut, sondern sich mit Argumenten auseinandersetzt. Auch das zählt zum Dialog dazu.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin deshalb zutiefst davon überzeugt, dass wir alles daransetzen müssen, dass wieder ein Dialog in Gang kommt. Der Ministerpräsident hat Ihnen – das muss man jetzt wirklich sagen – die Hand entgegengestreckt.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Mehrfach!)

Er hat den Vorschlag des Kollegen Wölfle und Ihren Vorschlag, Herr Kretschmann, aufgegriffen und Heiner Geißler als Vermittler vorgeschlagen. Ich glaube, mehr kann man sich auf politische Gegner nicht zubewegen. Das ist mehr als fair.

(Beifall bei der CDU)

Ich würde Ihnen deshalb dringend raten, Ihre Position bezüglich der Vorbedingungen auch aus diesem Grund zu überdenken, nicht nur aus den vorhin von mir genannten Gründen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, jetzt komme ich zurück zu der Frage: Wie konnte es zu der Eskalation kommen? Am letzten Freitag waren nach Polizeiangaben, denen ich vertraue, 50 000 Demonstranten da. Die Polizei schätzt auch die Zahl der Befürworter; da habe ich, um das ehrlich zu sagen, allerdings den Eindruck, es seien mehr.

(Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Ist doch völlig egal, wie die schätzen!)

Wie konnte es also dazu kommen? Ein Teil der Demonstranten sagt: Wir sind das Volk. Manche geben dem Druck teilweise nach, nicht in der Frage des Projekts, aber auf dem Weg, wie man dorthin kommt. Wahr ist: Die meisten davon sind Bürger Baden-Württembergs – ja –, sie sind Teile des Volkes – aber sie sind nicht das Volk. Sie sind Teile des Volkes.

(Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP: So ist es!)

Ich respektiere jeden Bürger in Baden-Württemberg ob seiner Meinung, die er kundtun darf und auch kundtun soll. Das ist überhaupt keine Frage. Aber wenn Menschen meinen, der Volksdruck, der Sturm, der Druck der Straße – die Proteste

(Peter Hauk)

müssten sogar schärfer werden, hieß es am Freitag beim Aufruf zur Demonstration, wohlgemerkt nach dem Donnerstag – könne und würde schon die Politik beeinflussen, dürfen wir uns dem, glaube ich, nicht hingeben.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Jawohl! – Abg. Thomas Blenke CDU: Sehr gut!)

Denn dann würde dieser Staat irgendwann unregierbar.

Deshalb meine ich: Sie, Kollege Kretschmann, sind auch politisch ein Stück weit mitverantwortlich, dass manche der Gegner – vielleicht auch alle – auf falschen Vorstellungen beharren.

(Widerspruch bei Abgeordneten der Grünen)

Sie haben in Ihrer Rede vorhin als einziges Argument – und das nicht einmal stimmig – die Kosten genannt.

(Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE: Sie haben nicht richtig zugehört!)

– Natürlich! – Verkehrsprojekte in Baden-Württemberg sind teuer. Ich sage sogar, sie sind teurer als anderswo, weil nirgendwo die Topografie so bewegt ist wie in unserem Land. Allein auf den 15 km, die mancher Grüne heute schon mit dem Hubschrauber bewältigen muss – –

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie des Abg. Thomas Knapp SPD – Abg. Thomas Knapp SPD: Da hat er wahrscheinlich Bonusmeilen verwendet! – Zurufe der Abg. Helmut Walter Rüeck, Klaus Herrmann und Thomas Blenke CDU)

Ich wollte nur sagen, dass allein auf den 15 km Wegstrecke Höhenunterschiede von 250 Höhenmetern zu bewältigen sind. Dass das nicht einfach ist, kann, glaube ich, jeder nachvollziehen. Das heißt, die Kosten für ein Projekt – egal, ob Autobahn, Landstraße oder Schiene – werden bei uns immer höher sein als anderswo.

Als Zweites kommt hinzu: Baden-Württemberg ist nahezu so dicht besiedelt wie Nordrhein-Westfalen – es ist das am zweitstärksten besiedelte Land in Deutschland überhaupt –, aber im Unterschied zu Nordrhein-Westfalen sind wir Gott sei Dank noch in allen Bereichen des Landes bevölkert und sind auch in den ländlichen Räumen noch relativ dicht besiedelt.

(Beifall bei der CDU)

Dann führen Sie Kosten an. Ich meine, Ihre Argumentation ist schon etwas wackelig. Sie sagen nämlich einfach: Das, was berechnet wurde, stimmt nicht, und unsere empirischen Gutachten haben schon in etwa recht. Entschuldigung, bis Wendlingen ist diese Strecke baureif. Deshalb beginnen wir jetzt in Stuttgart. Bis Wendlingen ist die Strecke planfestgestellt. Ab Wendlingen laufen die Planfeststellungsverfahren in unterschiedlichen Stadien. Aber in den planfestgestellten Bereichen weiß jeder, wo welche Mauer wie zu sitzen hat. Da weiß jeder, wo welcher Tunnel ist, wie die Lärmschutzwand errichtet werden muss etc. Das heißt, da gelten nicht mehr die Erfahrungswerte von irgendwo anders her, sondern da gelten die konkreten Kosten, die man dann eben auch ermitteln kann.

Dann stellen Sie sich hin und sagen: „Das alles stimmt nicht.“ Ich finde, Sie machen es sich ein bisschen einfach. Sie sagen: „Früher war es auch immer so: Alles ist teurer geworden als geplant.“ Mag ja sein. Durchschnittlich 2 % Inflation wird es auch in Zukunft geben. Da machen wir uns auch nichts vor. Das ist klar. Wir reden von den Baukosten, Stand heute.

Bei der Landesmesse, auch einem Milliardenprojekt,

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Die Landesmesse ist nicht teurer geworden!)

haben wir die Kostenplanung eingehalten. Ich will das nur noch einmal festhalten.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Die Grünen waren dagegen!)

Auch dort waren die Grünen dagegen. Wenn es ordentlich durchgerechnet ist, warum soll man es dann nicht machen?

Dann kommt aber ein Weiteres hinzu, Herr Kollege Kretschmann: Zur Sache sagen Sie dann nichts mehr. Sie sagen nur, eine bessere ökologische Verknüpfung und das mit den Zügen wäre anderswo auch machbar, und das könnte man auch mit dem Kopfbahnhof bekommen. Sie sagen aber nicht, dass die Durchbindung von Zügen gerade für die ältere Generation eine ganz entscheidende Rolle spielt, wenn es nämlich um das Umsteigen geht, beispielsweise für den, der von Tübingen nach Heilbronn fahren muss.

(Beifall des Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP – Zuruf der Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE)

– Natürlich! Frau Splett, auch Sie werden vielleicht irgendwann einmal – hoffentlich nicht – mit Krückstöcken oder Gehhilfen einen Kopfbahnhof wo auch immer bewältigen müssen.

(Zuruf der Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE)

Nein, meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist einer der Vorteile eines Durchgangsbahnhofs. Aber das ist nicht der einzige Grund für den Neubau; das ist nur einer der Vorteile. Nein, Sie nennen darüber hinaus auch keine Alternativen.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Sie sagen nicht, was Sie wollen. Sie sagen lediglich, es müsse verkehrsmäßig besser werden. Nennen Sie uns doch eine der Alternativen! Wollen Sie die Strecke Wendlingen–Ulm? Wollen Sie eine Einbindung in das europäische Hochgeschwindigkeitsnetz? Wollen Sie K 21 – so, wie viele der Demonstranten?

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: In 20 Jahren!)

Und welches K 21 wollen Sie? Wollen Sie die geständerte Form mit einer Stahlbrücke und darüber ratternden Hochgeschwindigkeitszügen über den Köpfen der Cannstatter sowie der Ober- und Untertürkheimer?

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)



(Peter Hauk)

Wollen Sie das? Nein, Sie sagen es nicht. Sie erwähnen nicht die Alternative, dass in Esslingen weitere Gleise am Neckar entlang mitten durch die Stadt gebaut werden müssten. Das ist doch die Wahrheit.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Zur Wahrhaftigkeit zähle ich eben auch, wenn man schon über Alternativen spricht, die Alternativen auch als solche zu benennen. Dazu gehört auch, davon zu sprechen, dass Sie überhaupt keine Finanzierung haben, dass Sie keine Planungen haben, nicht einmal ansatzweise. Vor allem, Herr Kretschmann, haben Sie niemanden, der baut. Es baut nämlich auch hier nicht das Land.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

Auch hier baut nicht der Bund. Weder die Grünen bauen, noch die CDU baut. Es baut die Bahn. Die Bahn wird vielleicht den Kopfbahnhof, wie er jetzt ist, sanieren. Das ist in Ordnung.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Wenn überhaupt!)

Aber die Bahn wird, vermute ich, keine andere Variante angehen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Warum sollte sie auch?)

Warum denn? Warum sollte sie auch? Entschuldigung, in 15 Jahren stünden wir wieder an einem Punkt, der entscheidungsreif wäre, und in 15 Jahren kämen dann die Cannstatter, die Obertürkheimer, die Untertürkheimer, die Esslinger

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

und die Filstaler, und sie würden uns mit Protesten überschwemmen. Sie würden uns sagen: „Das geht nicht.“ Und dann müssten wir wieder abbrechen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Unruhe)

Deshalb, Herr Kretschmann, ist es so, und weil es so ist, müssen wir an diesem Projekt festhalten. Wir müssten es sogar tun, wenn es schlecht wäre. Aber es ist gut! Es ist ein gutes Projekt; es ist in allererster Linie – Herr Kretschmann, diesen Hinweis müssen Sie sich immer wieder gefallen lassen – ein ökologisches Projekt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Bisher waren Ihnen in der Frage der Ökologie keine Kosten zu hoch. Da haben Sie nie nach Kosten gefragt. Ich bin der Meinung, wir müssen nicht nur viel für den Bereich Umweltschutz tun, sondern auch viel investieren. Aber es muss auch effizient sein.

Welche Ihrer Antworten gilt denn jetzt? Sie sind gegen Kurzstreckenflüge. Sie sind gegen Flugzeuge überhaupt. Trotzdem fliegen viele von Ihnen.

(Heiterkeit bei der CDU – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Gegen die Flugzeuge schon, aber nicht gegen Hubschrauber!)

Sie sind gegen den Pkw-Bereich. Straßenbaumaßnahmen werden auch hier in Stuttgart von den Grünen hinterfragt, von den Grünen im Zweifelsfall abgelehnt.

(Zuruf der Abg. Bärbl Mielich GRÜNE)

Ich will noch einmal festhalten: Wir alle wissen von der besonderen Situation Stuttgarts – selbst eingebrockt, kein Thema. Es ist, wie es ist. Die Lage ist so, wie sie ist. Es ist auch eine Chance, den innerstädtischen Individualverkehr zu entlasten, wenn es uns gelingt, mehr und mehr Pendler aus den Regionen Baden-Württembergs und von außerhalb auf die Schiene zu holen. Das ist der entscheidende Punkt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf von der CDU: Sehr gut! Jawohl!)

Das ist ein tiefes Anliegen Ihrerseits, für das Sie sich über Jahre hinweg engagiert und auch glaubwürdig dafür gekämpft haben und kämpfen. Bei den Flugzeugen gilt Ähnliches.

(Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE: Sie wissen doch, dass wir das Geld in der Fläche brauchen! – Gegenruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Oje! – Unruhe)

Vom Thema Lärm will ich gar nicht sprechen.

Deshalb ist es zum Zweiten nicht nur ein ökologisches Projekt,

(Zurufe der Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE und Helmut Walter Rüeck CDU)

sondern auch ein baden-württembergisches Projekt, weil es die Menschen in Friedrichshafen, in Ulm, in Heilbronn, in Karlsruhe, auf der Ostalb

(Abg. Jochen Karl Kübler CDU: In Öhringen!)

– auch in Öhringen –, wo auch immer zusammenführt, weil es Menschen in kürzerer Zeit verbindet. Das ist der ganz entscheidende Punkt. Daher ist es für den Regionalverkehr ein zwingend notwendiges Projekt, dass diese Fernverkehrsstrecke gebaut wird.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Peter Hofelich SPD: Wie kommt diese Botschaft in Ihrem Wahlkreis an?)

Herr Kretschmann, es ist auch ein europäisches Projekt,

(Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE: Global!)

ein Projekt, das im Fernausbau einmal Paris mit dem Schwarzen Meer verbindet, das Länder und Menschen verbindet.

(Lachen der Abg. Theresia Bauer GRÜNE)

– Entschuldigung, Frau Kollegin Bauer, ich verstehe nicht, warum Sie lachen.

(Zuruf der Abg. Theresia Bauer GRÜNE – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie weiß es selbst nicht!)

Ich finde, das Thema ist bitterernst. Die einzige Magistrale, die in der Europäischen Union bisher auf den Weg gebracht

(Peter Hauk)

wurde, ist genau die Magistrale von Paris bis Pressburg. Es ist genau diese, die im Fernausbau nach Budapest und zum Schwarzen Meer führt. Dann lachen Sie. Dazu fällt mir wirklich nichts mehr ein.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Mich wundert dies langsam nicht mehr, weil Sie auch hier bei uns häufig nur egoistische Motive bedienen. Das ist doch der entscheidende Punkt. Wir müssen aber auch völkerverbindend denken.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Verkehrsachsen haben zu allen Zeiten, in allen Jahrhunderten Menschen, Nationen und Länder näher zusammenrücken lassen. Diese einfache Wahrheit aus der Historie sollte man zur Kenntnis nehmen. Wir haben die einzigartige Chance, uns an einer solchen Verkehrsachse zu befinden.

Zum Schluss: Es ist auch ein ökonomisch erfolgreiches Projekt. Es ist ökonomisch erfolgreich, weil es sich für die Bahn betriebswirtschaftlich rechnet. Man kann sagen: Die Bahn bekommt Zuschüsse vom Land und vom Bund. Das ist in Ordnung. Meine Damen und Herren, die Zuschüsse vom Land und vom Bund gibt es deshalb, weil sich dieses Projekt neben der betriebswirtschaftlichen Betrachtungsweise für uns alle, für das Gemeinwesen, für unsere Bürgerschaft, auch volkswirtschaftlich rechnet, gemessen an aus Sicht der Bahn externen Kosten, die in der betrieblichen Buchführung der Bahn nicht abzubilden sind. Deshalb leisten wir einen finanziellen Beitrag. Es deutet sich eine Amortisierungszeit von 25 Jahren an. Entschuldigung, was sind 25 Jahre bei Schienen, die, wie im jetzigen Fall, 150 Jahre liegen? Sie werden nicht im Ernst davon sprechen können, dies sei nicht rentabel, dies rechne sich nicht. Das suggerieren Sie aber den Menschen.

(Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Sie wissen nicht einmal, ob Ihr Konzept funktioniert! – Zuruf der Abg. Bärbl Mielich GRÜNE)

Deshalb meine ich, in diesem Bereich sind Sie nicht so wahrhaft, wie Sie das gern hätten. Denn noch einmal: Sie suggerieren den Menschen, dass es Alternativprojekte gäbe, man müsse es nur wollen. Sie sagen selbst: In einer Demokratie kann man einsteigen, aber man kann auch wieder aussteigen. Allerdings benennen Sie die Alternativen und die Folgen für die Menschen nicht.

(Zuruf der Abg. Theresia Bauer GRÜNE)

Das ist – das muss ich sagen – fahrlässig.

Das Letzte, was Sie ebenfalls nicht benennen – neben der Antwort auf die Frage, wer baut, wer finanziert –, ist: Mit wem wollen Sie denn eine solche Alternative überhaupt umsetzen?

(Zuruf von der CDU: Ja!)

Mit der Union und den Liberalen in Baden-Württemberg sicherlich nicht. Mit den Sozialdemokraten wird dies – so vermute ich nach ihren Wortmeldungen – sicherlich auch nicht der Fall sein. Übrig bleiben die Linken in Deutschland,

(Abg. Norbert Zeller SPD: Die kommen nicht in den Landtag!)

deren langjähriger Geschäftsführer Stocker als Sprecher der Stuttgart-21-Gegner agiert. Das meine ich auch mit „Altkommunisten“.

(Zuruf von der CDU: DKP!)

Ich benenne die Menschen entsprechend.

(Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Was macht der?)

Als Demokrat, der ich vom Volk frei gewählt in dieses Parlament eingezogen bin,

(Abg. Thomas Knapp SPD: Wie wir alle! – Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Wir auch!)

sage ich ganz offen: Es fällt mir nicht schwer, mit solchen selbsternannten Befürwortern einer Alternativlösung zu sprechen. Aber deren Akzeptanz fällt mir schwer. Das ist der ganz entscheidende Punkt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Mit wem wollen Sie eine Alternative verwirklichen? Sie erleben ja gerade einen leichten Höhenflug. Sie sagen, Sie würden nicht fliegen, aber Sie stünden mit einem Umfrageergebnis von 27 % auf dem fliegenden Teppich. Aber 27 % sind noch keine 50 %.

(Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Das ist wohl wahr!)

Jetzt vermute ich: Ob mit rot-grüner oder grün-roter Koalition, zu der es nach den Umfragewerten jetzt gerade reichen würde – – Keine Sorge! Das ist eine Augenblicksstimmung. Das wird nicht anhalten.

(Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Die Sorge müssen Sie haben! Wir haben sie nicht!)

Hierzu verweise ich auf eine Aussage des Kollegen Schmiedel – diese Aussage ist öffentlich gewesen; deshalb zitiere ich sie einfach – in der Regionalversammlung zum Thema Moratorium.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Sie haben dort einen Spion!)

Kollege Schmiedel sagte dort:

*Ich kann mir bei der Landtagswahl viele Ergebnisse vorstellen. Aber eine Mehrheit von Grünen und Linken nach der Landtagswahl kann ich mir nicht vorstellen,*

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Da hat er schon recht!)

*und das ist die einzige Koalition, die Stuttgart 21 abblasen würde.*

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Richtig! Wo er recht hat, hat er recht! – Abg. Thomas Knapp SPD: Guter Mann, der Herr Schmiedel!)

Deshalb frage ich Sie, Herr Kollege Kretschmann, offen und ehrlich: Wie wollen Sie denn ein anderes Projekt demokratisch legitimiert umsetzen?

(Zurufe: Auf der Straße!)

(Peter Hauk)

Auf all diese Fragen geben Sie Ihren Gegnern keine Antwort, und Ihre Befürworter leiten Sie in die Irre. Das ist der ganz entscheidende Punkt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das ist eine Straße ins Nichts! – Abg. Thomas Blenke CDU: Das soll er einmal im Schlossgarten erzählen!)

Deshalb, lieber Herr Kollege Kretschmann, haben Sie auch ein gerüttelt Maß Anteil daran

(Abg. Jörg Döpfer CDU: So ist es!)

und haben auch dazu beigetragen, dass Stimmungen eskaliert sind.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf von der CDU: So ist es! Verantwortungslos!)

Dass Sie nicht gewaltbereit sind, das nehme ich Ihnen und all Ihren Kollegen sofort ab; das ist gar kein Thema. Aber dass Sie nicht füglich auf Ihre Mitstreiter einwirken, dass Sie Ihren Mitstreitern als politischer Arm des Widerstands nicht klar sagen, was geht und was nicht geht, das nehme ich Ihnen übel. Das ist ein Beitrag dazu, dass die Eskalation zu diesem Punkt geführt hat, den wir am vergangenen Wochenende erlebt haben.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Jörg Döpfer CDU: Bravo! – Abg. Thomas Blenke CDU: Und das von einer Friedenspartei!)

Ich sage es noch einmal: Sie haben sich in der Vergangenheit immer als konstruktiv und als bereit für die Regierungsverantwortung gezeigt nach dem Motto, Sie könnten jederzeit die Regierung übernehmen. Aber die Alternative zu Stuttgart 21 haben Sie offengelassen, Herr Kretschmann. Ich frage Sie: Sollen wir wirklich einfach stehen bleiben? Sollen wir einfach da stehen bleiben, wo wir jetzt sind? Sollen wir zunächst einmal in Schadensersatz investieren, obwohl wir schon eine Lösung haben? Sollen wir das wirklich machen?

Können Sie den Baden-Württembergern erklären – ich will jetzt gar nicht auf die Höhe eingehen; ob es 1 Milliarde €, 1,5 Milliarden € oder 2 Milliarden € Schadensersatz sind, steht im Moment noch nicht fest –, dass sie Geld für etwas zahlen sollen und dafür am Ende nichts erhalten? Nichts!

(Abg. Thomas Blenke CDU: Das kann man nicht erklären! – Abg. Albrecht Fischer CDU: Das ist unerklärbar!)

Hinzu kommt, dass in der Folgezeit irgendwann einmal Kosten auf sie zukämen, die dann vermutlich viel, viel höher sein werden, als sie heute sind. Antworten auf solche Fragen, Herr Kollege Kretschmann, bleiben Sie nicht nur in diesem Haus schuldig, sondern die bleiben Sie auch Ihren Befürwortern sowie den Gegnern schuldig, die bleiben Sie den Bürgern Baden-Württembergs insgesamt schuldig.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr gut!)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Schmid.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Dem zukünftigen stellvertretenden Ministerpräsidenten!)

**Abg. Dr. Nils Schmid** SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ministerpräsident Mappus hat in seiner Regierungserklärung vieles und Richtiges zu Stuttgart 21 gesagt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Er hat aber wenig dazu gesagt, wie er das Land aus der Sackgasse herausholen will, in der es steckt. Sosehr ich seine Ausführungen dazu teile, weshalb Stuttgart 21 und die Neubaustrecke Ulm–Wendlingen unerlässlich für die Verkehrsinfrastruktur sind, sosehr bedaure ich es, dass er diese Rede erst jetzt gehalten hat, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Denn die bröckelnde Akzeptanz für Stuttgart 21 hat ganz viel damit zu tun, dass der Oberbürgermeister dieser Stadt, dass die Landesregierung in Gestalt des damaligen Verkehrsministers Rech und dass der damalige Fraktionsvorsitzende sowie der damalige Ministerpräsident Oettinger es jahrelang versäumt haben, Überzeugungsarbeit für dieses wichtige Infrastrukturvorhaben zu leisten.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt werden all diese Argumente auf wenig fruchtbaren Boden fallen. Denn es geht schon lange nicht mehr um das Ja oder Nein zu Stuttgart 21,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie sind doch überzeugt davon!)

sondern es geht darum, dass sich diese Sachauseinandersetzungen zu einer tiefen Vertrauenskrise ausgeweitet haben, die das demokratische Miteinander in unserem Land einer schweren Belastungsprobe aussetzt.

Ich sage Ihnen: Sie haben heute, auch durch Ihre Wortwahl, versucht, Mäßigung einkehren zu lassen. Aber mit den Worten, die Sie in den letzten Wochen gebraucht haben – mit Ihrer Äußerung, es sei der Fehdehandschuh hingeworfen worden –,

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Von wem denn?)

haben Sie bewusst auf Konfrontation gesetzt und das Klima angeheizt, Herr Mappus. Jetzt sehen Sie das Ergebnis.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Thomas Blenke CDU: Wir sind Besseres von Ihnen gewohnt!)

Sie haben aus wahltaktischen Motiven auf Eskalation und Konfrontation gesetzt, und Sie haben damit dem Ruf des Landes schweren Schaden zugefügt. Schauen Sie sich einmal an, welche Bilder aus Stuttgart, aus Baden-Württemberg in die Welt hinaus gesendet worden sind.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Und daran ist Herr Mappus schuld?)

(Dr. Nils Schmid)

Vor allem haben Sie ganz nebenbei dem Projekt Stuttgart 21 einen Bärendienst erwiesen. Denn eines ist klar: In dieser Situation kann man ein solches Großprojekt nicht mit Wasserwerfern und Pfefferspray durchknüppeln, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Sie haben heute auch überhaupt nicht deutlich gemacht, wie Sie sich eine politische Lösung für diese schwere Belastungsprobe unserer demokratischen Gesellschaft vorstellen. Sie scheinen überhaupt noch nicht begriffen zu haben, dass sich politische Führung jetzt darin zeigt, dass man Menschen nicht weiter auseinandertreibt, sondern sie zusammenführt.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage noch einmal: Politik ist die Kunst, Konflikte friedlich zu lösen, Brücken zu bauen. Wenn Sie sagen: „Schienen führen Menschen zusammen“, dann ist das richtig. Aber Politik muss ebenfalls Menschen zusammenführen, Herr Mapus.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU:  
Das machen wir doch auch!)

Wenn ich mir aber anschau, in welchem Zustand nicht nur die Stadt Stuttgart, sondern das gesamte Land ist, dann sehe ich, dass die Gesellschaft gespalten ist. Die nationale und internationale Öffentlichkeit reibt sich die Augen angesichts der Frage, weshalb sich ein Bahnprojekts so auswirken kann, dass Mitbürgerinnen und Mitbürger zu Zehntausenden friedlich auf die Straße gehen.

Der Riss geht inzwischen quer durch Familien. Kanzlerin Merkel spricht sich machtvoll wiederholt für S 21 aus, ihre Cousine hingegen hat sich in Stuttgart als Parkschützerin eingetragen.

(Zuruf von der CDU: Wer ist das?)

Wir laufen Gefahr, dass die Auseinandersetzung um S 21 zum Grundton wird, der bei allen anderen politischen Diskussionen, bei allen anderen Themen mitschwingt. In Stuttgart ist dieser Zustand längst erreicht, in dem alte Rechnungen beglichen und immer neue aufgemacht werden, in dem Dauerstreit das Prinzip ist und nicht mehr das Wohl der Stadt in der ersten Reihe steht. Wir erleben gerade, wie sich dieses Grundmuster, das fein säuberlich nach Gut und Böse sortiert, ins Land ausbreitet. Wenn wir nicht aufmerksam und konsequent sind und genau auf die Ursachen dieser Entwicklung achten, dann ist auch das Land insgesamt auf diesem Weg in eine tiefe Spaltung nicht aufzuhalten. Ich sage Ihnen: Manche Töne, sowohl von den Gegnern wie von den Befürwortern des Projekts, sind in dieser Debatte nicht dazu angetan, den Weg der Vernunft zu gehen.

(Beifall bei der SPD)

Die Diskussion über Stuttgart 21 weist aber viel tiefer, nämlich dahin, dass es ein abgrundtiefes Misstrauen gegen das Handeln der Politik gibt. Mit diesem Misstrauen ist die Politik, sind wir Politiker im Kern getroffen. Denn die Politik lebt davon, dass die Menschen vertrauen und nicht misstrauen. Ge-

rade für uns Abgeordnete gilt aber, dass die Menschen uns das Mandat in der Erwartung geben, dass wir uns nach bestem Wissen und Gewissen um ihr Wohl und Wehe kümmern. Sie geben uns einen Vertrauensvorschuss.

Wenn aber statt Vertrauen Misstrauen herrscht, wenn von vornherein der gute Wille, das Ringen um Argumente abgesprochen wird, wenn die Befürworter dieses Projekts mit dem unsäglichen Prädikat „Lügenpack“ beschimpft werden,

(Abg. Jörg Döpper CDU: Genau!)

wenn Gegner des Projekts dem Ministerpräsidenten vorwerfen, er wolle Blut sehen, dann steht mehr auf dem Spiel als die Auseinandersetzung um diesen Bahnhof.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CDU  
und der FDP/DVP)

Diese Entwicklung reiht sich ein in einen lang anhaltenden Prozess des Vertrauensverlusts in der Bevölkerung, der Desillusionierung der Menschen über Politik und ihre Fähigkeit, Probleme zu lösen. Dies wird jetzt durch die Debatte über S 21 beschleunigt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Deswegen sind Sie  
abgesprungen?)

Schon im vergangenen Jahr hat die Bertelsmann Stiftung festgestellt, dass 70 % der Bevölkerung im Hinblick auf ihr Vertrauen in die politischen Mandatsträger als „weitgehend resigniert“ eingeschätzt werden müssen. Die Untersuchung spricht von einem „breitflächigen Vertrauensverlust“. Offenbar bedarf es nur wenig, um von dort aus den Schritt zu jener unseligen Aggression zu tun, die in der Debatte über „Lügenpack“, „Demokratiefeinde“ etc. zum Ausdruck kommt.

Deshalb sage ich Ihnen ganz ernsthaft: Wir dürfen uns nicht darüber hinwegtäuschen, dass unsere Demokratie vom Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in das Verfahren lebt, das zu politischen Entscheidungen führt. Dieses Vertrauen ist gefährdet, wenn sich bei allzu vielen Bürgern der Eindruck festsetzt, dass sie mit ihren Argumenten, mit ihren Ängsten und Einwänden nicht ernst genommen werden.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sind Sie noch für  
Stuttgart 21?)

Deshalb wollen wir – das sollten wir alle tun – offensiv der Auffassung gegensteuern,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sind Sie dafür,  
oder sind Sie dagegen? Sagen Sie es doch einmal!)

dass die Leute über ihre Köpfe hinweg regiert werden. Gerade bei Stuttgart 21 hat sich bei vielen Bürgerinnen und Bürgern nicht nur in Stuttgart die Meinung verfestigt, sie seien nicht befragt worden, sie hätten angeblich keinen Einfluss auf die Entwicklung gehabt. Dabei geht es nach Ansicht vieler Menschen im Land nicht mehr nur um das Für und Wider dieses Projekts, sondern um ein grundlegendes Gefühl des Misstrauens, eine Vertrauensstörung nach dem Prinzip „Wir da unten, ihr da oben“. Deshalb geht es eben nicht nur um Stuttgart 21.

(Dr. Nils Schmid)

Ich will aber deutlich sagen: In der Sachfrage stehen wir als SPD weiter zum Projekt Stuttgart 21, zu der Neubaustrecke und den damit verbundenen großen Chancen.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU:  
Oh! Schön!)

Genauso deutlich sage ich Ihnen: Kein Bauvorhaben, kein Infrastrukturprojekt ist es wert, dass eine Gesellschaft ihren inneren Zusammenhalt verliert.

(Beifall bei der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Okay!)

Deshalb ist es höchste Zeit, dass die Regierenden einen Schritt auf die Regierten zugehen. Die demokratische Legitimation von S 21 steht außer Zweifel. Aber die Akzeptanz des Projekts bröseln und bröseln. Deshalb bedarf es einer zusätzlichen Legitimation für dieses wichtige Infrastrukturvorhaben.

(Zuruf des Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU)

Wir von der SPD haben deshalb den Vorschlag gemacht, dass wir mit Ihrer politischen Unterstützung, weil es um die gemeinsame Sache, um unser Land geht, schnellstmöglich eine landesweite, verbindliche Volksabstimmung über Stuttgart 21 und die Neubaustrecke und die Landesbeteiligung daran durchführen und dass bis dahin ein Baustopp erwirkt wird. Damit haben wir einen Weg aufgezeigt,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Eiertanz!)

wie dieser Volksentscheid möglich ist.

(Zuruf von der CDU: Das geht doch nicht!)

Vor allem haben wir einen Weg aufgezeigt, wie in diesem Land wieder Vernunft, Sachargumente und Versöhnung vorherrschen können.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Meine Erwartung an die Landesregierung – an Sie, Herr Mapus – ist, dass Sie sich nicht hinter juristischen Argumenten verschansen, sondern sagen, ob Sie eine Volksabstimmung wollen oder ob Sie sie nicht wollen. Es handelt sich in dieser Situation um eine eminent politische Entscheidung.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Auf dem Weg zu einer solchen Volksabstimmung ist neben einem Baustopp selbstverständlich jedes Dialogforum und jeder Schlichter willkommen. Insofern begrüße ich auch, dass sich Herr Geißler bereit erklärt hat, hier einzusteigen.

Es ist wichtig, dass Kosten, Argumente, Gutachten und Gegengutachten auf den Tisch kommen, dass man sie gemeinsam in Augenschein nimmt, dass sich die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes damit in der Sache auseinandersetzen können.

Ich sage aber genauso deutlich: Dies darf kein Scheinangebot und kein Placebo sein, sondern muss dazu führen, dass die Menschen auch das letzte Wort über diese Entscheidung bekommen. Denn wer gute Argumente hat, meine sehr verehr-

ten Damen und Herren, braucht sich vor dem Volk nicht zu verstecken.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Nach nüchterner Abwägung ist die SPD unverändert der Auffassung, dass es für Stuttgart 21 und die Neubaustrecke gute Argumente gibt. Der Herr Ministerpräsident hat sie in einem Kompendium dankenswerterweise dargestellt.

Ich will nur noch einmal deutlich machen, dass für uns Stuttgart 21 und die Neubaustrecke in ein Konzept eingebettet sind, bei dem es darum geht, den Schienenverkehr im gesamten Land voranzubringen, und zwar nicht nur durch S 21 selbst und die damit verbundene Verkürzung von Fahrzeiten, sondern auch durch den Ausbau der Rheintalschiene – drittes und viertes Gleis – und den schrittweisen Ausbau von Südbahn und Gäubahn.

Wir brauchen ein Gesamtkonzept für die Schieneninfrastruktur im gesamten Land. Wir von der SPD werden beim Bund auch deutlich machen: Ja, S 21 ist wichtig, die Neubaustrecke ist wichtig. Aber wir kämpfen genauso für die Rheintalschiene, für eine menschenfreundliche Trassenführung dort, für die Strecke Mannheim–Frankfurt, für die Südbahn und die Gäubahn. Unser Wirtschaftsstandort kann auf eine ausreichende Schieneninfrastruktur nicht verzichten, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Ich habe die Fahrzeitverkürzung schon als einen wesentlichen Punkt genannt, weshalb wir S 21 unterstützen. Die Kapazität des Bahnknotens Stuttgart wird nach unserer Überzeugung durch den Umbau des Bahnhofs verbessert. Der Kopfbahnhof ist schon aufgrund der Zahl der Zufahrtsgleise nicht so leistungsfähig. Wir glauben, dass der neue Bahnhof auf den Filndern für den Fernverkehr, aber vor allem auch für den Regionalverkehr eine wichtige Verbesserung bringt.

Schließlich sollten wir gerade auch in unserer Landeshauptstadt die Chancen für die Stadtentwicklung, die durch S 21 geboten werden, offensiv nutzen. Gerade hier offenbart sich das gesamte Versagen des Oberbürgermeisters Schuster; denn in den letzten Jahren haben viele Stuttgarterinnen und Stuttgarter den Eindruck gewonnen, dass die Neugestaltung von Stadtquartieren mehr von Großinvestoren als von den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt vorangetrieben wird. Dieser Eindruck führt auch dazu, dass die Chance von Stuttgart 21 für den Städtebau gar nicht gesehen wird. Vielmehr haben die Bürgerinnen und Bürger Angst davor, dass weiterhin Betonklötze in die Stadt hineingelegt werden.

Deshalb ist es unerlässlich, dass wir bei dieser Neuordnung des Stadtquartiers endlich auch die Bürgerinnen und Bürger zu Wort kommen lassen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Schließlich ist es auch für das Gesamtgefüge der Stadt gut, wenn der Schienenriegel, den das Bahnhofsvorfeld in die Stadt gelegt hat, aufgegeben wird.

(Dr. Nils Schmid)

Ich möchte aber auch deutlich sagen, dass wir die Alternativkonzepte, die in den verschiedenen Stadien diskutiert worden sind, ernst genommen haben. Aber wir müssen feststellen, dass sich die sogenannten K-21-Befürworter in Widersprüche verheddern und dass immer wieder unterschiedliche Varianten auf den Tisch gelegt worden sind.

Deshalb stellen sich z. B. die Fragen: Gibt es Schnellzüge zum neuen Flughafenbahnhof oder doch nur die S-Bahnen?

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Es gibt nur die S-Bahnen!)

Ist der Abstellbahnhof weiterhin in der Stadt, oder wird er doch in Untertürkheim sein? Diese beiden Beispiele sollen reichen. K 21 ist nicht ausgereift und hat den Status einer Bleistiftskizze nicht verlassen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU)

Aufgrund der Planungen ist inzwischen deutlich geworden, dass S 21 mit der Neubaustrecke Ulm–Wendlingen verknüpft ist. Ich bedaure es daher sehr, dass die Grünen von dem Projekt dieser Neubaustrecke inzwischen Abstand genommen haben. Denn noch im August vergangenen Jahres hieß es, dass die verkehrliche Notwendigkeit der Schnellbahntrasse nach Ulm unbestritten sei und dass sich die Grünen dazu bekennen. Inzwischen gibt es ein Gutachten, dessen Qualität sehr unterschiedlich eingeschätzt wird.

Die Grünen sind vom Konzept dieser wichtigen Neubaustrecke abgerückt. Daher müssen sie sich fragen lassen: Was wollt ihr denn? Wollt ihr weiterhin ICEs und weitere Züge über die alte Filstaltrasse fahren lassen? Wollt ihr eine neue Variante des Projekts der Neubaustrecke, und, wenn ja, wie? Oder wollt ihr nicht doch eine Neubaustrecke haben, die zugegebenermaßen Geld kostet, weil es bei uns nun einmal die Schwäbische Alb gibt und nicht die norddeutsche Tiefebene?

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Über all dies, über das Für und Wider, könnten sich, so meine ich, die Bürgerinnen und Bürger ein eigenes Bild machen. Wenn es uns gelingt, dass es nicht mehr um die Fragen geht, ob sich Menschen machtlos fühlen, ob über ihre Köpfe hinweg entschieden wird, sondern wenn es um Sachargumente geht und diese dann das letzte Wort haben, dann bin ich davon überzeugt, dass die Bühne frei für gute Argumente ist.

Dann müssen wir auch über den Bauzustand der Neubaustrecke und des Projekts S 21 abstimmen. Dann wird nicht über ominöse Alternativtrassen abgestimmt, sondern dann wird über den Ausstieg aus diesem begonnenen Projekt abgestimmt. Ich bin der Überzeugung, dass die Bürgerinnen und Bürger des Landes meinen, dass es besser ist, viel Geld – zugegeben – für einen neuen Bahnhof und eine Neubaustrecke auszugeben, als viel Geld für den Abbruch des Projekts auszugeben, dessen Kosten am Land hängen bleiben.

Deshalb meine ich: Wir sollten mit den Bürgerinnen und Bürgern in diesem Punkt ehrlich umgehen. Dies fordere ich auch von den Gegnern, auch von den Grünen ein.

Die Proteste haben ihre Legitimation und ihre Argumente. Aber die Grünen haben die Gegner ein Stück weit ins politi-

sche Niemandsland geführt, weil sie nicht deutlich gemacht haben, wie der Weg mit einer Bürgerbeteiligung aussieht, und nicht deutlich gemacht haben, dass ein Ausstieg natürlich mit Kosten verbunden ist. Auch haben sie nicht gesagt, wie ein Ausstiegsszenario konkret aussehen soll.

Deshalb sage ich Ihnen: Wenn wir eine Volksabstimmung veranstalten, muss all dies auf den Tisch. Dann müssen auch die Gegner die Karten auf den Tisch legen, genauso, wie die Befürworter für ihre Argumente kämpfen müssen. Ich bin der Überzeugung: Die Mehrheit des Landes wird dann sehen, dass es ein richtiges Projekt ist.

Ich bin auch überzeugt, dass alle im Land den Ausgang dieser Volksabstimmung akzeptieren werden und das Projekt dann mit verstärkter demokratischer Legitimation zu Ende durchgeführt werden kann.

(Beifall bei der SPD)

Diese Volksabstimmung ist also in der Tat dazu geeignet, die Situation zu befrieden.

Rückblickend auf die letzten Wochen und Aspekte dieser Debatte stelle ich fest, dass es auf beiden Seiten viele Denunziationen gab: Die einen wurden als „Berufsdemonstranten“ und „Demokratiefeinde“ geschmäht, und Abgeordnete dieses Hauses, die S 21 unterstützten, wurden als „Lügenpack“ beschimpft. Es gibt weder für das eine noch für das andere eine Rechtfertigung.

Diese Form der Auseinandersetzung hat zu genau der Konfrontation geführt, die wir jetzt beklagen. Genauso klar ist aber auch, dass eine Regierung gegenüber den demonstrierenden Bürgerinnen und Bürgern eine Bringschuld hat, die ihr unsere Verfassung auferlegt. Das Demonstrationsrecht gebietet den Regierenden Respekt und verlangt zugleich Schutz für diejenigen, die es in Anspruch nehmen. Wenn dann von „Berufsrevoluzzern“ und „Berufsdemonstranten“, von „Altlinken, die hier ihren letzten Kampf ausfechten“ gesprochen wird und Pflastersteine erfunden werden, wo es keine gab, dann ist das natürlich ein schwieriger Weg. Dann ist da aufseiten der Regierung auch ein fundamentales Missverständnis über das Demonstrationsrecht festzustellen.

(Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Unfug!)

Ich habe mir am Donnerstag und am Freitag selbst ein Bild gemacht und teile die Einschätzung derjenigen, die sagen: Das ist zum weit überwiegenden Teil eine friedliche Demonstrantenschar. Ich sage gerade auch an die Adresse der sogenannten liberal-bürgerlichen Partei hier im Hause: Das ist das Bürgertum dieser Stadt und dieser Gesellschaft, das dort unterwegs ist. Wir sollten das nicht gering schätzen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Die gestrige Innenausschusssitzung hat aber auch gezeigt: Es gab Provokation und Aggression vonseiten der Demonstranten. Dies war auch schon vor der Eskalation der Fall. Ich erinnere an die ausgespannten Drahtschnüre im Schlossgarten, um Polizeipferde zum Stolpern zu bringen.

(Zurufe von der CDU: Tierquälerei! – So eine Saurei!)

(Dr. Nils Schmid)

Deshalb sage ich genauso deutlich: Auch Demonstranten müssen sich an Recht und Gesetz halten. Aber wir haben es nicht nötig, in diesem Haus einzelnen Abgeordneten oder einzelnen Fraktionen Treueschwüre zum Rechtsstaat abzuverlangen. Diese Zeiten sind vorbei. Das will ich auch deutlich sagen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen  
– Abg. Albrecht Fischer CDU: Das hat niemand gefordert!)

Der massive Polizeieinsatz wurde im Innenausschuss aufgearbeitet. Wir sind der Meinung: Der Einsatz ist aus dem Ruder gelaufen. Ich weise aber vor allem darauf hin, dass dieser Einsatz nach unserer Auffassung völlig überflüssig war. Wir haben einen Baustopp gefordert, um eine Volksabstimmung durchzuführen. Deshalb sind auch diese Baumfällarbeiten nicht nötig gewesen.

(Oh-Rufe von der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Hans Heinz CDU)

Wir wollen gerade nicht, dass dieses Bauvorhaben durchgeknüpelt wird.

Sie, Herr Mappus und Herr Rech, haben diesen Vorschlag abgelehnt.

(Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Damit tragen Sie für die Eskalation am vergangenen Donnerstag die politische Verantwortung.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Gleichzeitig sind unsere Polizistinnen und Polizisten zum Prellbock für politische Fehlentscheidungen geworden. Auch das müssen wir ändern, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE – Abg. Dieter Hillebrand CDU: Wo sind politische Fehlentscheidungen?)

Schließlich hat am gestrigen Tag die Polizeiführung die Verantwortung für den Einsatz und den Ablauf des Einsatzes übernommen. Da bekennt sich also Herr Stumpf tapfer zu seiner Verantwortung, und daneben steht ein Innenminister, der so tut, als ginge ihn das alles gar nichts an.

(Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Er war nicht da!)

Entweder er hat wirklich nicht gewusst, was da abläuft, oder er verschleiert seine Rolle. Zur weißen Weste, Herr Rech, reicht es jedenfalls nicht.

(Beifall bei der SPD – Abg. Thomas Blenke CDU: Das ist unredlich, was Sie machen! Wenn er es gemacht hätte, hätten Sie ihm genau das vorgeworfen!)

Deshalb sage ich erneut: Herr Rech, Sie sind Ihrer politischen Verantwortung nicht gerecht geworden. Ich fordere Sie auf, selbst Konsequenzen daraus zu ziehen.

(Beifall bei der SPD – Oh-Rufe von der CDU – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Im Protokoll wird stehen: „Vereinzelt Beifall bei der SPD“!)

Zum Abschluss will ich auf eines hinweisen, meine sehr verehrten Damen und Herren: Wir freuen uns alle zu Recht Jahr für Jahr über viele Bürgerinnen und Bürger, die sich öffentlich engagieren. Sie haben bislang vergessen, zu sagen, wo Ihnen dieses Engagement angenehm und wo es Ihnen nicht angenehm ist. Jetzt wissen wir es: Solange es Ihnen in den Kram passt, ist das Engagement gut. Wenn es Ihnen aber nicht mehr passt, wird es stigmatisiert und teilweise auch kriminalisiert. So kann man mit den Bürgerinnen und Bürgern des Landes nicht umgehen, Herr Mappus.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Das stimmt doch gar nicht!)

Wir werden weiterhin dafür kämpfen, dass wir nicht vordeмократisch die Motive derjenigen hinterfragen, die sich politisch engagieren. Nein, in unserem Bürgerschaftsland Baden-Württemberg, dem Land des bürgerschaftlichen Engagements, ist ein Nützlichkeitsverständnis zu politischem Engagement fehl am Platze. Ich freue mich über jeden Bürger und jede Bürgerin, die sich für öffentliche Angelegenheiten interessieren und sich für unser Gemeinwesen engagieren.

Wir wissen doch aus der eigenen Erfahrung: Ein solches Engagement beginnt meist mit der direkten Betroffenheit. Da gibt es die jungen Leute, die sagen: „Das Jugendhaus ist gefährdet, weil die Finanzierung nicht stimmt.“ Da gibt es Anwohner, die eine Umgehungsstraße fordern, und andere, die eine Umgehungsstraße ablehnen. Es gibt Bürger, die in Sportvereinen engagiert sind und der Meinung sind, der Bürgermeister tue zu wenig für diese Vereine, und die sich deshalb vor Ort einbringen. Und es gibt Leute, die aus ihrem beruflichen Umfeld heraus den Weg zum gesellschaftlichen und politischen Engagement finden: die Betriebsrätin bei Schlecker, die mit den Arbeitsbedingungen dort nicht einverstanden ist, der Unternehmer, der sagt: „Die Politik vergisst meine Anliegen“, oder auch ein Zahnarzt wie Herr Dr. Noll, der sagt: „Die Politik vergisst das, was in der Zahnarztpraxis vor sich geht.“

Ich sage Ihnen: Ein jeder und eine jede ist gleich viel wert. Wir brauchen viel mehr Menschen, die sich für das öffentliche Wohl interessieren und engagieren, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE)

Der Ruf des Landes ist beschädigt. Landauf, landab wird gefragt, welche Zustände in Baden-Württemberg eingerissen sind, wie weit sich eine Regierung vom Volk entfernen kann, um so gegen Kinder und Jugendliche vorzugehen, wie es im Schlossgarten geschehen ist.

(Oh-Rufe von Abgeordneten der CDU – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das ist tief gegriffen! – Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Es ist genauso richtig: Der Ruf unseres Landes könnte auch darunter leiden, dass sich ein großes Zukunftsprojekt als undurchführbar erweisen könnte. Diese Sorge wäre aber unbegründet, wenn Herr Mappus und seine Amtsvorgänger es verstanden hätten, Stuttgart 21 wirklich offensiv zu kommunizieren und Überzeugungsarbeit zu leisten.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

(Dr. Nils Schmid)

Wir sind in Sorge um den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg. In einem Land, in dem der Verbrennungsmotor erfunden wurde, in dem der Zeppelin gebaut wurde und wird, in dem Hunderttausende in Entwicklung und Forschung arbeiten und tagtäglich erleben, was eine Gesellschaft voranbringt, in einem solchen Land ist es ohne Weiteres möglich, Pro und Kontra eines solchen Bahnprojekts zu vermitteln und die Menschen auch darüber abstimmen zu lassen. Dann würde auch nicht der Ruf entstehen, in Baden-Württemberg ginge es grundsätzlich technikfeindlich zu.

Wer aber zur Durchsetzung eines solchen Vorhabens Tränen gas in Kinderaugen gibt und Knüppel auch gegen alte Menschen freigibt,

(Widerspruch bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das ist unglaublich! Das ist nur peinlich!)

der hat schon davor politisch versagt, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf: Das ist unglaublich! – Abg. Thomas Blenke CDU meldet sich. – Unruhe)

Der Ministerpräsident und auch Herr Hauk haben in ihren Reden noch einmal deutlich gemacht: Sie haben die Dimension des Problems nicht erkannt.

(Oh-Rufe von der CDU und der FDP/DVP)

Sie haben nicht erkannt, dass es nicht allein um den Bahnhof geht, sondern um den Zusammenhalt der Gesellschaft.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Abg. Dr. Schmid, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Blenke?

(Zurufe von der SPD: Nein!)

**Abg. Dr. Nils Schmid** SPD: Nein, ich führe meine Rede zu Ende. Aber gern später.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Ich wollte Sie nur fragen, warum Sie keinen Untersuchungsausschuss wollen! So, wie Sie reden!)

Sie haben die Dimension völlig verkannt – auch Sie, Herr Blenke.

(Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Ist Herr Hauk überhaupt da?)

Es geht schon lange nicht mehr um das Pro und Kontra dieses Bahnhofs. Es geht um die Frage, wie wir in diesem Land miteinander leben wollen. Darum geht es.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Inzwischen hat Herr Mappus erreicht, was die militantesten Gegner von S 21 nicht erreicht haben: Er hat erreicht, dass viele Befürworter daran zweifeln, dass es richtig ist, dieses

Projekt so durchzuführen. Das ist der Zustand, in dem sich dieses Projekt jetzt befindet.

Deshalb sage ich: Der Ministerpräsident hat heute keinen Weg aufgezeigt, wie er das Land aus der Konfrontation herausführen wird.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Was? – Abg. Jörg Döpper CDU: Sie haben nicht zugehört!)

Wir haben das gemacht. Wir haben einen Weg aufgezeigt, der auf Vernunft setzt, der auf sachliche Auseinandersetzung mit den Pros und Kontras setzt und der die Bürgerinnen und Bürger ernst nimmt.

(Abg. Werner Raab CDU: Zuhören!)

Hinter diesem Misslingen der Regierungserklärung steckt ein Grundproblem des Herrn Mappus. Er hat gewusst, dass er unbedingt Ministerpräsident werden will. Er weiß aber bis heute nicht, weshalb er Ministerpräsident sein will.

(Abg. Albrecht Fischer CDU: Aber Sie wissen es! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Wenn Sie so weiterreden, reicht es Ihnen nicht einmal zum Finanzminister unter Herrn Özdemir!)

Herr Mappus, Sie haben sich in Ihrer bisherigen Amtszeit keinen Begriff davon gemacht, was es heißt, Baden-Württemberg zu regieren. Sie haben kein Bild davon, wie das Land regiert werden soll.

(Unruhe bei der CDU)

Sie haben den Willen zur Macht gezeigt, aber nicht deutlich machen können, wie Sie politische Macht zum Wohl des Landes einsetzen wollen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Lachen des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Das sagen ausgerechnet Sie!)

Dann kam Stuttgart 21, vermeintlich Ihr Thema – und jetzt haben wir einen Scherbenhaufen.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Sie reden aber nicht von unserem Wahlkreis!)

Das ist ein Scherbenhaufen, den Sie zu verantworten haben. Deshalb sage ich Ihnen: Wir haben die Chance zur Umkehr.

(Abg. Albrecht Fischer CDU: Dann kehren Sie doch um!)

Sie haben die Chance zur Umkehr. Der Weg der Versöhnung, der Weg der Vernunft steht Ihnen offen. Wir bieten ihn an. Wir bitten alle politischen Kräfte dieses Hauses, darauf hinzuwirken.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Rülke das Wort.



**Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke** FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Schmid hat behauptet, das Land befinde sich in einer Sackgasse. Meine Damen und Herren, das Land befindet sich nicht in einer Sackgasse.

(Zuruf von der CDU: Aber Herr Kollege Schmid!)

Wenn ich durch das Land gehe und mit den Menschen rede, dann stelle ich fest, dass die Menschen durchaus differenziert und überwiegend unemotional über das Thema Stuttgart 21 reden.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ja!)

Sie sind allenfalls darüber beunruhigt, was in Stuttgart vor sich geht, und darüber – da gebe ich Ihnen, Herr Kollege Schmid, recht –, dass das Bild, welches das Land Baden-Württemberg aufgrund der Ereignisse in Stuttgart nach außen abgibt, problematisch ist.

Deshalb müssen wir uns die Frage stellen, wie wir die Probleme, die sich auftürmen, lösen. Aber es ist falsch, zu behaupten, das Land Baden-Württemberg befinde sich in einer Sackgasse.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Ulrich Müller CDU: Nur die SPD!)

Es ist auch falsch, wenn Sie den Eindruck erwecken – so haben Sie es formuliert –, die Polizei würde Kinder und Rentner niederknüppeln. Ihr parlamentarischer Geschäftsführer Gall ist gestern nach der Innenausschusssitzung zu einer ganz anderen, zu einer realistischen, zu einer vernünftigen Einschätzung gekommen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Thomas Blenke CDU: Genau!)

Sie sollten Abstand davon nehmen, solche Verleumdungen an diesem Pult vorzubringen, um das Land und unsere Polizei schlechtzumachen, Herr Kollege Schmid.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Reinhold Gall SPD: Sie waren doch gar nicht dabei! Sie wissen doch gar nicht, was ich gesagt habe!)

Es ist völlig richtig: Diese Bilder, die entstanden sind, schaden uns allen und dürfen sich nicht wiederholen. Aber wir dürfen bei diesen Bildern auch nicht Ursache und Wirkung verwechseln und vergessen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Zurufe von der CDU: So ist es!)

Es ist völlig richtig: Die meisten Demonstranten sind friedlich, und kein Mensch in diesem Haus – übrigens gilt das auch bei der Bahn – bestreitet das Grundrecht auf Demonstrationsfreiheit. Da ist Herr Grube übrigens völlig falsch – wohl auch absichtlich falsch – interpretiert worden, als so getan wurde, als hätte er gesagt, es gebe kein Recht auf Widerstand und er würde das Demonstrationsrecht in Abrede stellen. Das ist überhaupt nicht richtig. Niemand bestreitet die Freiheit, zu demonstrieren,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Friedliche Demonstrationen!)

und niemand nimmt den Bürgern in unserem Land das Recht, auch gegen dieses Projekt Stuttgart 21 zu sein und diesem Protest auf der Straße Ausdruck zu verleihen.

(Zuruf des Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP)

Aber es gibt im Sinne des Grundgesetzes kein Widerstandsrecht. Dieses Widerstandsrecht gibt es dann, wenn ein Anschlag auf die Demokratie vorbereitet wird, wenn versucht wird, die Demokratie in diesem Land auszuhebeln.

Meine Damen und Herren, eines ist klar: Diese Seite des Hauses, Herr Kollege Kretschmann, hat bestimmt nicht vor, die Demokratie in Baden-Württemberg auszuhebeln. Deshalb gibt es gegen die Regierungsentscheidung auch kein Widerstandsrecht in diesem Land.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Wir begrüßen den Vorschlag, den auch die FDP am vergangenen Wochenende in die Diskussion gebracht hat, in ein Mediationsverfahren einzutreten. Es ist richtig und sinnvoll, einen möglichst neutralen Dritten zu finden, der versucht, die unterschiedlichen Interessen auszugleichen und – wie das auch sonst im Land der Fall ist – die Emotionen herunterzubringen. Man sollte wenigstens gesprächsbereit sein.

Der Ministerpräsident, Herr Kollege Kretschmann, ist der Bewegung der Gegner dieses Projekts weit entgegengekommen, indem er einen Personalvorschlag aufgegriffen hat, der von Ihrer Seite formuliert wurde. Es ist ja schon mehr Ihr Vermittler als der Vermittler, der vom Ministerpräsidenten vorgeschlagen wurde. Deshalb, Herr Kollege Kretschmann, sollten Sie mit diesem Vorschlag einverstanden sein und nicht weitere, neue Hürden auftürmen, die den Mediations- und Vermittlungsprozess gefährden.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Sie haben gesagt, man müsse den Protest ernst nehmen. Das tun wir. Wir akzeptieren die Meinung dieser Menschen. Aber, Herr Kollege Kretschmann, Sie müssen auch demokratisch zustande gekommene Entscheidungen ernst nehmen. Auch das muss in diesem Land ernst genommen werden.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es! – Abg. Thomas Blenke CDU: Genau!)

Denn sonst können wir uns von der repräsentativen Demokratie verabschieden und in die Stimmungsdemokratie hinübergleiten. Ich glaube, damit ist niemandem in diesem Land gedient – außer Sie streben das an.

Das Projekt Stuttgart 21 bringt – das ist vielfach geäußert worden – eine hochleistungsfähige Infrastruktur für unser Land. Flughafen und Messe sowie die Neubaustrecke nach Ulm werden angebunden an die europäische Magistrale, die Baden-Württemberg von Kehl bis Ulm zum Teil dieser Magistrale Paris–Bratislava werden lässt. Diejenigen, die dieses Projekt jahrelang politisch und juristisch bekämpft haben – das ist ihr gutes Recht; sie dürfen es juristisch und politisch bekämpfen –, haben allerdings wesentlich dazu beigetragen, dass es sich verzögert hat. Und heute beklagen sie die Kostensteigerung

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

gen, die dadurch eingetreten sind, dass es diese Verzögerung gegeben hat, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: So ist es!)

Es ist ein ökologisches Projekt. Es entstehen 20 ha zusätzliche Parkfläche mit 5 000 Bäumen – statt diesen 283, die man für das Projekt fällen muss. Das kommt in der öffentlichen Debatte viel zu kurz, ebenso die Vermeidung von 1 Milliarde Pkw-Kilometern, womit jährlich 175 000 t CO<sub>2</sub> gespart werden. Sie müssten eigentlich jubeln, Herr Kollege Kretschmann, wenn Sie bei dieser ganzen Diskussion nicht andere Hintergedanken hätten.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Genau! So ist es!)

Dasselbe gilt für 80 ha frei werdende innerstädtische Fläche zur Stadtgestaltung. Sie haben die Landesregierung immer wieder kritisiert, dass der Flächenverbrauch zu hoch sei, dass zu wenig für die Innenentwicklung getan werde, die vor der Außenentwicklung kommen müsse.

(Abg. Jörg Döpper CDU: Genau!)

Das ist richtig: Es ist ein ökologisches Projekt, Innenentwicklung vor Außenentwicklung zu setzen, und es ist ein ökologisches Projekt, Flächen zu sparen. Hier wird dies sogar aktiv betrieben, und nun sind Sie auch wieder dagegen, weil Sie grundsätzlich dagegen sind, wenn die Landesregierung Entscheidungen trifft.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: So ist es!)

Dasselbe gilt für die ganzen Zuschüsse von Bahn und Bund. Auch von der EU gibt es für das Gesamtprojekt Zuschüsse, was in der gesamten Diskussion immer wieder bestritten wird. Der Landesanteil – der Ministerpräsident hat das angesprochen – ist etwa so hoch wie der Betrag, den wir in einem Jahr in den Länderfinanzausgleich einzahlen, und zwar in einem schlechten Jahr. Es werden wieder bessere Jahre kommen, und dann werden wir wieder mehr zahlen, wenn es uns nicht gelingt, diesen Länderfinanzausgleich endlich einmal auf ein vernünftiges Maß zurückzustutzen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Auch das wird ein Thema sein.

Durch das Projekt entstehen 10 000 Arbeitsplätze, 11 000 Wohnungen, 500 Millionen € an zusätzlicher Wertschöpfung. Das alles sind gute Argumente für Stuttgart 21. Sie, Herr Kollege Kretschmann, werfen uns immer vor, wir würden die Argumente der Gegner nicht zur Kenntnis nehmen. Sie nehmen vielmehr die Argumente, die für dieses Projekt sprechen, nicht zur Kenntnis.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sie ignorieren sie!)

Sie ignorieren sie seit Jahren vollständig.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Jawohl!)

Am meisten wundert mich eines. Ich frage mich, Herr Kollege Kretschmann, wie denn grüne Verkehrspolitik in der Zukunft aussehen wird. Wir haben bekanntermaßen vier Verkehrswege: die Straße, die Luft, die Schiene und dann noch das Wasser. So, wie Sie argumentieren, bleibt nur noch das Wasser.

(Heiterkeit bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Thomas Blenke CDU: Wahrscheinlich sind sie dann für Tretboote!)

Von Kaiser Wilhelm stammt der Satz: Automobile werden wieder verschwinden; die Zukunft gehört dem Pferd. In dieser Tradition sagt Kretschmann: Flugzeug, Auto und Eisenbahn werden verschwinden; die Zukunft gehört dem Floß.

(Lebhafte Heiterkeit und Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Oje, oje, oje!)

Das ist die Logik der grünen verkehrspolitischen Argumentation, die wir im Ergebnis dieser Debatte feststellen dürfen.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

1,4 Milliarden € nach konservativen Schätzungen – die Bahn schätzt mittlerweile 3 Milliarden € – an Schadensersatzzahlungen werden fällig, wenn wir die Politik, die die Grünen uns vorschlagen, durchsetzen, und zwar – Kollege Hauk hat es deutlich gemacht – für nichts. Dann steht hier eine Bauruine, wir fangen den ganzen Diskussionsprozess von vorn an und diskutieren hier darüber, ob wir die entsprechenden Schadensersatzleistungen aus dem Landeshaushalt finanzieren.

Da liegt auch der Hase im Pfeffer, Herr Kretschmann. Da bekommen Sie auch Angst vor der eigenen Courage. Deshalb sagen Sie auch bei jeder Gelegenheit, wenn Sie danach gefragt werden: Ich kann nicht versprechen, dass ich dieses Projekt nach der Landtagswahl noch stoppen kann. Sie wissen nämlich genau, dass das nicht geht und dass auch Sie es nicht verantworten könnten, wenn Sie in Regierungsverantwortung kämen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Aber persönlich ist er in Ordnung, der Kretsch!)

Die Frage ist jetzt – ich habe es schon einmal angedeutet; Kollege Hauk hat ausführlich darüber gesprochen –, wie man das mit einer möglichen Koalition aus Grünen und Linken überhaupt angehen will. Kollege Kretschmann weiß natürlich, dass es dazu nicht kommt.

Die Dinge liegen wesentlich tiefer. Es geht grundsätzlich um die Frage der repräsentativen Demokratie. Sie stellen die repräsentative Demokratie nämlich grundsätzlich infrage. Es wird den Parlamentsbeschlüssen, den Beschlüssen in der Stuttgarter Regionalversammlung und im Stuttgarter Gemeinderat immer die Legitimität abgesprochen. Entgegengesetzt wird nicht einmal die direkte Demokratie, wie Kollege Schmid sie einfordert. Entgegengesetzt wird die Stimmungsdemokratie, werden Umfragen. Wenn nach der Umfrage von forsa oder von wem auch immer angeblich ein bestimmter Anteil der Bevölkerung gegen das Projekt ist, müsse es nach Ihrer Auffassung gestoppt werden. Es geht Ihnen darum, dass diese Form

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

der Stimmungsdemokratie an die Stelle der repräsentativen Demokratie treten soll. Bekennen Sie es doch ehrlich.

Deshalb missachten Leute wie Ihr Fraktionskollege Wölffe das Parlament. Er hat schon während der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Radiointerviews gegeben, weil es ihm nur um Stimmungsmache geht und nicht um ernsthafte Diskussion in diesem Parlament.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! – Zuruf des Abg. Jörg Döpper CDU)

Dann erklären Sie, Herr Kollege Kretschmann, man könne in der Demokratie auch umkehren; das beweise der Energiekonsens, der in Berlin beschlossen worden ist. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, akzeptieren Sie den ja auch.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Was?)

Man kann in einer Demokratie umkehren. Sie haben gesagt, Sie akzeptieren es demokratisch – nicht inhaltlich; das behaupte ich nicht. Dann frage ich mich aber: Was soll dann die Demonstration heute? Warum fliegt dann nach Özdemir auch Claudia Roth mit dem Hubschrauber bei uns ein, um den Landtag zu umzingeln? Ich traue es ihr zu. Sie schafft es wahrscheinlich allein.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Zuruf von der CDU: Ich dachte, sie kommen mit dem Floß!)

Aber was soll das Ganze? Warum soll der Landtag von Baden-Württemberg jetzt umzingelt werden? Was Sie machen, ist das Ersetzen der Politik durch Straße und Barrikade. Es wird ständig gegen Stuttgart 21 demonstriert. Es wird gegen den Energiekonsens demonstriert.

(Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

In Gorleben soll demonstriert werden. Gegen den Castortransport haben Sie auch schon wieder zu Demonstrationen aufgerufen.

(Abg. Jörg Döpper CDU: Da bleibt keine Zeit mehr zum Regieren!)

Was Kollege Hauk vorhin angedeutet hat, ist völlig richtig: Sie sind in den letzten 35 Jahren einen weiten Weg gegangen.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Der Gründungsmythos der Grünen mit Joschka Fischer und dem Stein ist an der Barrikade entstanden. Seither sind Sie in diesen 35 Jahren einen weiten Weg gegangen.

(Abg. Jörg Döpper CDU: In Turnschuhen!)

Zwischendurch sah es auch durchaus einmal gut aus. Jetzt sind die 35 Jahre vorbei, und Sie sind wieder genau am Anfang: auf der Straße und an der Barrikade. Das ist die Politik, die Sie uns hier zumuten.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Jörg Döpper CDU: Im Kreis laufen!)

Von ähnlicher Qualität sind andere Einwendungen gegen dieses Projekt. Wenn Frei Otto ankündigt, der Tiefbahnhof werde wie ein U-Boot aus dem Untergrund steigen,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

frage ich mich: Was ist mit den U- und S-Bahnschächten, die sich schon lange in Richtung der Mineralbäder bewegen? Das müsste er einmal erklären. Aber hier gilt vermutlich etwas anderes.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Da müssen Sie Frei Otto fragen, nicht uns!)

Ebenso gibt es weitere etwas eigenartige Argumente, wie beispielsweise den Juchtenkäfer. Ich bin durchaus dafür, dass der Juchtenkäfer nicht ausstirbt, meine Damen und Herren, aber ich bin auch der festen Überzeugung, dass all die Baumfällarbeiten nicht einmal ansatzweise so viele Juchtenkäfer das Leben kosten wie die sogenannten Parkschützer, wenn sie durch den Park trampeln, um ihn zu besetzen.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bodenverdichtung! – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Sie sind ein niveauloser Kerl! Ab ins Bierzelt! – Gegenruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Das habt ihr ja zerstört!)

K 21 ist Ihre Alternative. Keine Planung, kein Geld, Streckenführung durch dicht besiedeltes Gebiet im Neckartal mit entsprechenden Bürgerprotesten. Meine Damen und Herren, wie soll das in der Praxis gehen? Wie soll dieses Projekt K 21 in der Praxis umgesetzt werden?

(Zuruf von der CDU: Gar nicht!)

Da müssten wir – das wäre dann ein vielleicht ansatzweise realistischer Weg – zunächst einmal erklären: Wir stoppen das Projekt Stuttgart 21. Wir müssten die Bauruine stehen lassen und dem Bund und der Bahn mitteilen: Wir verzichten auf diese ganzen Zuschüsse, die uns bewilligt wurden. Ich erinnere mich noch gut, welch harte Verhandlungen das waren

(Abg. Martin Rivoir SPD: Allerdings! Sozialdemokraten an der Spitze! Ute Vogt!)

und wie viele erklärt haben: „Bekommt unser Ministerpräsident Günther Oettinger das hin? Er wird es wahrscheinlich gar nicht schaffen, die Bahn und den Bund dazu zu veranlassen, diese Verträge zu unterschreiben und so viel Geld in den deutschen Südstetten zu bringen. Die Baden-Württemberger kennen wir doch nur als Zahler; das Geld fließt nämlich in die anderen Bundesländer. Das schafft er nicht, dass wir auch einmal etwas bekommen.“ Doch, er hat es geschafft. Doch, die Verträge wurden unterschrieben. Aber jetzt wollen Sie das alles zurückgeben, meine Damen und Herren. Das ist Ihre Politik.

Wie ginge es weiter, wenn wir jetzt zu einer Planung von K 22 kommen wollten?

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Wie nennt er das? K 22?)

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Wer soll denn das verhandeln? Wollen Sie dann ernsthaft der Bahn und dem Bund erklären?: „Jetzt geben wir die Milliarden zurück, weil wir es nicht hinkommen. Aber für das Alternativprojekt K 21 dürft ihr uns bitte schön wieder auf die Warteliste setzen.“ Glauben Sie, Bahn und Bund sagen dann?: „Jawohl, ihr seid ja so zuverlässige Verhandlungspartner. Das machen wir gern.“

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der FDP/  
DVP)

Dann würden wieder der Planungsprozess und die politischen Prozesse beginnen. Dann hätten wir wieder die ganzen Prozesse durchzufechten, Bürgerprotest inklusive, und irgendwann würde es dann gebaut. Nein, meine Damen und Herren: Wenn Sie ehrlich sind, dann geben Sie diesem Projekt den Namen, den es auch verdient: nicht K 21, sondern K 22. Das ist nämlich der frühestmögliche Zeitpunkt, zu dem Sie es umsetzen könnten.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der FDP/  
DVP und der CDU)

Was heißt denn das in der Praxis? Zwischen Bad Cannstatt und dem Hauptbahnhof gäbe es unter dem Rosensteinpark zwei neue Gleise für den Regionalverkehr. Haben Sie sich schon einmal die Frage gestellt, wie viele Bäume im Rosensteinpark gefällt werden müssten, wenn Sie das umsetzen?

(Heiterkeit des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP –  
Abg. Albrecht Fischer CDU: Hört, hört! – Abg.  
Thomas Blenke CDU: Da sind wohl keine Juch-  
tenkäufer!)

Sind nur die Bäume im Schlosspark wertvoll, die im Rosensteinpark aber nicht? Was sagen Sie denn dazu? Sie behaupten immer, wir würden uns mit Ihren Argumenten nicht auseinandersetzen. Sie sind nur immer in Ihrem eigenen hermeneutischen Zirkel eines Argumentationsstrangs verwoben, wobei Sie sich ständig im Kreis drehen und nicht mehr herausfinden, anstatt dass Sie sich einmal mit diesen Argumenten auseinandersetzen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU  
– Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Vorgeschlagen ist ein sechsgleisiger Ausbau zwischen Bad Cannstatt und Obertürkheim, bei dem die Strecke teilweise aufgeständert verläuft. Da wünsche ich Ihnen viel Vergnügen, das der Bevölkerung zu erklären.

(Abg. Albrecht Fischer CDU: Die kommen nicht an  
die Macht!)

Ich würde Ihnen auch empfehlen, dass Sie Vieregg-Rößler einmal beauftragen, die Kosten hierfür auszurechnen.

(Lachen des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP – Abg. Jür-  
gen Walter GRÜNE: Rechnen wir einmal die Kosten  
für 300 Kleine Anfragen aus!)

Da würden Sie Ihr Geld wahrscheinlich besser anlegen, als wenn Sie immer neue Gutachten zu Stuttgart 21 in Auftrag geben.

Meine Damen und Herren von der SPD, nach Ihrer Ansicht soll also eine Volksabstimmung den Ausweg bringen. Es ist, glaube ich, hinreichend deutlich geworden, wie schwierig und wie problematisch es wäre, die Verfassung so zu beugen, dass ein solcher Prozess möglich wäre.

(Abg. Stephan Braun SPD: Also jetzt!)

Wir müssen uns das schon einmal auf der Zunge zergehen lassen: Da haben eine Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen – übrigens mit Ihrer Unterstützung – ein Projekt parlamentarisch beschlossen, zu dem diese Landesregierung nach wie vor steht. Dann soll dieselbe Landesregierung ein Gesetz gegen dieses Projekt, für das sie ja ist, ins Parlament einbringen,

(Abg. Albrecht Fischer CDU: Laut SPD!)

um dann anschließend gegen dieses Gesetz, das sie eingebracht hat, zu stimmen,

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Das ist Missbrauch der  
Verfassung!)

und dann gäbe es eine Volksabstimmung.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Missbrauch der Ver-  
fassung!)

Wollen Sie das der Bevölkerung ernsthaft erklären? Glauben Sie ernsthaft, das würde einer Verfassungsklage standhalten?

Meine Damen und Herren, ich bin gern bereit, mit Ihnen darüber zu reden, wie wir die Hürden für Volksabstimmungen niedriger setzen.

(Abg. Katrin Altpeter SPD: Reden wir morgen ein-  
mal darüber! – Zuruf des Abg. Peter Hofelich SPD)

Wir werden in dieser Legislaturperiode zu keiner anderen Lösung kommen als zu der, die auf dem Tisch liegt. Da würde es auch nichts nützen, meine Damen und Herren, wenn wir bereit wären, mit wechselnden Mehrheiten mit Ihnen zusammen dieses Gesetz zu machen: Es geht nun einmal – das ist der Wille des Wählers – nicht, ohne dass die CDU-Fraktion zustimmt. Ohne deren Zustimmung können Sie die Verfassung des Landes Baden-Württemberg nicht ändern.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: So gescheit sind hier  
drin alle!)

Wir werden vorschlagen, das Quorum für die Unterschriftensammlung auf 10 % abzusenken. Wir werden auch vorschlagen, dass ein Fünftel der Stimmberechtigten zur Annahme eines zur Volksabstimmung gestellten Gesetzes genügen wird. Das wird in unserem Wahlprogramm stehen. Dafür werden wir bei der Landtagswahl werben.

(Zuruf des Abg. Thomas Knapp SPD)

– Es mag ja sein, dass das die CDU nicht kratzt. Aber das wird unser Vorschlag sein.

(Abg. Peter Hofelich SPD: Oha!)

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Nach der Landtagswahl wird man sehen, wer mit wem regiert, und dann wird man über diese Dinge verhandeln können.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Wollen Sie mit der SPD regieren? Ist das ein Schwenk nach links?)

Was wir aber ablehnen, ist, mitten in einem Prozess die Spielregeln zu ändern, so, wie Sie das auch vorgeschlagen haben, und zu sagen: Die Landesverfassung taugt im Moment nicht für diese Form der Volksabstimmung, die wir wollen, also ändern wir schnell einmal die Landesverfassung, um für Stuttgart 21 noch die Lösung zu bekommen, die wir wollen. Das, meine Damen und Herren, machen wir nicht mit; das ist nicht im Geiste der Verfassung dieses Landes.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Ein Letztes, meine Damen und Herren von der SPD: Sie sind ziemlich zuversichtlich, dass ein Volksentscheid, wenn er denn zustande käme, die Gräben zuschüttet, dass dadurch eine Lösung gefunden wird und diejenigen, die dabei unterliegen, sich damit abfinden.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Ja! – Zuruf des Abg. Thomas Knapp SPD)

Was macht Sie denn aber so sicher, meine Damen und Herren? Wir haben doch 15 Jahre lang erlebt, wie das geht. In diesen 15 Jahren gab es immer wieder demokratische Entscheidungen für dieses Projekt. Diese demokratischen Entscheidungen wurden immer wieder mit der Begründung infrage gestellt, die Mehrheit habe nicht gewusst, was sie macht, die Mehrheit sei schlecht informiert,

(Abg. Thomas Blenke CDU: Und immer wurde die Mehrheit wiedergewählt!)

deshalb brauche man diese Mehrheitsentscheidungen nicht zu akzeptieren. Aber es würde doch dasselbe stattfinden; die Rädelsführer des Protests würden doch wieder genauso argumentieren. Wenn dieser Volksentscheid gewonnen würde, würden sie behaupten, die Mehrheit der Bevölkerung wisse nicht, was sie tut. Sie würden sagen: „Wir akzeptieren diese Entscheidung nicht, der Kampf geht weiter.“

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Das sind doch die Realitäten in diesem Land, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Deshalb gibt es keine Alternative zu dem Weg, den der Ministerpräsident aufgezeigt hat, nämlich zu versuchen, die Emotionen herunterzukühlen,

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Wie wollen Sie das denn machen?)

den Versuch zu unternehmen, die Menschen an einen Tisch zu bringen – die Projektbefürworter und die Projektgegner –, und zwar unter einer Moderation bzw. einer Mediation.

Ich empfehle Ihnen sehr, den Vorschlag des Ministerpräsidenten aufzugreifen und nicht neue Hürden aufzubauen, um diesen Mediationsprozess zu verhindern.

Aber für die Landesregierung von Baden-Württemberg und für die sie tragenden Fraktionen ist eines klar: Dieses Projekt ist richtig, dieses Projekt ist zukunftsweisend; dieses Projekt ist im Interesse des Landes Baden-Württemberg, und dieses Projekt ist in jeder Hinsicht demokratisch und juristisch legitimiert. Dieses Projekt wird im Interesse unseres Landes kommen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Zuruf von der CDU: Jawohl!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Landesregierung erteile ich der Ministerin für Umwelt, Naturschutz und Verkehr Gönner das Wort.

**Ministerin für Umwelt, Naturschutz und Verkehr Tanja Gönner:** Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will die Gelegenheit nutzen, um auf einige Punkte, die im Laufe der Debatte – insbesondere von Ihnen, Herr Kretschmann, und von Ihnen, Herr Schmid – aufgeworfen worden sind, noch einmal einzugehen. Denn ich glaube, wesentlich und wichtig für den heutigen Tag ist, dass das deutliche Signal nach außen geht: Die Landesregierung reicht die Hand zum Dialog.

Herr Kretschmann, ich widerspreche Ihnen ausdrücklich: Wir wissen, dass auch Bürgerliche an diesen Protesten beteiligt sind. Wenn Sie uns dies absprechen, dann muss ich das von uns weisen. Ich glaube, dass man auch immer wieder deutlich machen muss, dass wir diese Protestbewegung sehr genau beobachten. Aber, lieber Herr Kretschmann, ich glaube, zur Wahrheit gehört auch, dass es zwischenzeitlich auch eine große Bewegung für dieses Projekt aus der Bürgerschaft heraus gibt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie der Abg. Thomas Knapp und Peter Hofelich SPD – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Ich finde, gerade wenn wir in einem Parlament über Bürgerschaftlichkeit reden, muss man beide Seiten akzeptieren und respektieren. Deswegen halte ich es nicht für richtig, wenn Sie uns hier Realitätsverweigerung vorwerfen.

Sie sprachen davon, dass Kommunikationskonzepte notwendig seien, und sagten, man müsse sich ernsthaft mit Argumenten auseinandersetzen. Ich teile diese Einschätzung. Ich finde aber, dass jeder, der dies vorträgt, selbst auch bereit sein muss, genau dies zu tun.

Herr Kretschmann, ich kann Ihnen von einem Erlebnis berichten, das ich gestern Abend auf dem Volksfest hatte und das mich nachdenklich gestimmt hat. Zu mir kam ein Bürger, der sagte: „Bleibt standhaft, dieses Projekt ist wichtig für Baden-Württemberg. Macht nichts anderes.“ Ich habe ihn gefragt, ob er denn bereit sei, einen Button zu tragen und sich so sichtbar für Stuttgart 21 einzusetzen. Seine Antwort war: „Nein, ich habe Angst.“

Lieber Herr Kretschmann, genau das ist das Problem, das wir in dieser Stadt seit August erleben. Es gibt eine nicht unerhebliche Anzahl von Menschen, die bereit sind, für dieses Projekt

(Ministerin Tanja Gönner)

zu stehen. Aber wir haben mittlerweile in dieser Stadt in Teilen auch die Gefahr, dass es Ängste auf der Seite der Befürworter gibt in diesem Sinn: Wir dürfen uns gar nicht dazu bekennen. Das ist etwas, was mir Sorge macht, und das ist der Grund, warum ich sage: Wir brauchen diese Dialogbereitschaft, aber bitte auf beiden Seiten.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der SPD und der FDP/DVP – Abg. Albrecht Fischer CDU: Sehr richtig!)

Wenn der Ministerpräsident nicht nur bereit ist und Ihren Vorschlag, Heiner Geißler die Aufgabe des Moderators zu übertragen, aufgreift, dieser im Übrigen mitteilt, dass er auch bereit sei, diese Aufgabe zu übernehmen – ich kann Ihnen sagen, dass die Landesregierung in den vergangenen Wochen mit manchen Gesprächen darüber geführt hat, ob sie bereit sind, diese Moderatorenrolle zu übernehmen; es gibt viele in diesem Land, die genau wissen, was für eine Herausforderung dies darstellt –, dann bin ich schon etwas erstaunt darüber, wenn man – obwohl es zugleich heißt: die Zuhörbereitschaft muss gegeben sein, wir wollen den Dialog – die Hürden so hoch aufbaut, dass es gar nicht möglich ist, in diesen Dialog einzutreten. Ich finde, zum Respekt vor einer Person, die bereit ist, diese Aufgabe zu übernehmen, gehört, nicht weitere Hürden aufzubauen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Herr Kretschmann, die Hürden, die Sie aufgebaut haben, was Sie vorgetragen haben, was Sie sich vorstellen, nämlich der gutachterliche Prozess, in dem alles noch einmal aufgeführt werden muss, ist auf gut Deutsch nichts anderes als ein Aufrollen des gesamten Planfeststellungsverfahrens. Sagen Sie mir bitte, warum wir bisher ein Planfeststellungsverfahren durchgeführt haben, in dem alle Dinge abgewogen worden sind, wenn ich dieselben Fragen noch einmal alle auführen und abwägen soll. Sollen wir dann für diesen Prozess auch noch einmal 15 Jahre in Anspruch nehmen?

Ich glaube, es gehört zu den Tatsachen – der Ministerpräsident hat es dargestellt –, dass wir uns über die Aspekte der Geologie und den Schutz der Mineralquellen unterhalten müssen, dass technische Fragen und Sicherheitsthemen entscheidend und wichtig sind, dass die Frage der Optimierung des künftigen Nahverkehrs wichtig ist, dass Baustellenmanagement und Anwohnerschutz wichtig sind, dass das Kostenmanagement und auch das Thema Barrierefreiheit wichtig sind. Herr Kretschmann, ich beschäftige mich mit diesem Thema noch nicht so lange wie Sie. Aber das sind die Themen, bei denen die Menschen mir gegenüber ihre Ängste artikulieren, und wir nehmen diese Ängste ernst.

Deswegen muss es im Dialog um das Darstellen von Fakten gehen, die von Experten getragen werden – indem im Übrigen Experten durchaus miteinander diskutieren, um zu sehen, was alles dahintersteckt. Ich glaube, das ist die Aufgabe desjenigen, der die Moderation übernehmen soll. Ich würde mir deswegen wünschen, dass man bereit ist, diesen Weg entsprechend zu gehen.

Lassen Sie mich noch ein paar Aspekte ansprechen. Sie sagten: „wenn neue Erkenntnisse vorliegen“. Für mich ist interessant, dass sich die Diskussion darüber, welche neuen Erkenntnisse vorliegen, zum Schluss einzig und allein auf das

Kostenthema fokussiert. Zur Geologie wurde im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens all das, worüber heute diskutiert wird, vorgetragen, geprüft, abgewogen und so in den Planfeststellungsbeschluss aufgenommen. Zu den Mineralquellen wurde alles vorgetragen. Das Amt für Umweltschutz der Stadt Stuttgart hat eine über 100-seitige Stellungnahme zu dieser Frage vorgelegt, die dem Vorhabenträger auch nicht nur gefallen hat. Aber genau dafür gibt es diese Aufgabe. Es wurde alles abgewogen. Ich finde, dass wir an diesem Punkt schon sehr stark aufpassen müssen, dass wir den Rechtsstaat und seine bisherigen Möglichkeiten, wie Projekte in diesem Land gemacht werden, nicht infrage stellen.

Deswegen wünsche ich mir, dass Sie, wenn wir auf Sie zugehen, indem wir denjenigen akzeptieren, den auch Sie vorgeschlagen haben, nicht schon wieder anfangen, weitere Hürden aufzubauen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Herr Kretschmann, mich beschäftigt die Tatsache – da gibt es keine neuen Aspekte –, dass es, nachdem es drei unterschiedliche Anträge gegeben hat, die im Verkehrsausschuss besprochen wurden, einen gemeinsamen Antrag aller Fraktionen im Deutschen Bundestag aus dem Jahr 2005 gibt.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Auf Initiative von Rot-Grün!)

– Auf Initiative von Rot-Grün. Aber – es tut mir leid, Herr Schmiedel – es gab einen Antrag

(Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD – Gegenruf des Abg. Klaus Herrmann CDU: Ihr habt auch etwas Gutes gemacht!)

der Grünen, es gab einen Antrag der SPD, und es gab einen Antrag der CDU/CSU. Diese hat man dann zusammengeführt.

(Abg. Peter Hofelich SPD: Rot-Grün-Schwarz!)

– Genau. Ich wollte gerade sagen: eine große gemeinsame Leistung. Ich hoffe, dass Sie damit jetzt zufrieden sind.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Mir ist schon wichtig, noch einmal klarzustellen, was in dem gemeinsamen Antrag steht. Ich zitiere:

(Zuruf von der SPD – Gegenruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Zuhören!)

*An der Modernisierung des Bahnknotens Stuttgart beteiligt sich der Bund in Höhe der „Sowiesokosten“ von bis zu 453 Millionen €.*

(Zuruf des Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE)

Genau das – und nicht mehr – ist die Kostenbeteiligung, die der Bund am Bahnknoten trägt.

(Zuruf von den Grünen – Gegenruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Insofern finde ich es schwierig, dass Sie hier den Eindruck erwecken, als wären Sie schon immer dagegen gewesen.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Nein, Quatsch!)

(Ministerin Tanja Gönner)

– Ich komme gleich noch einmal darauf, Frau Lösch. – Aber Ihre Kollegen im Bund, die für die Finanzierung zuständig sind, tun genau etwas anderes und beschließen sogar ausdrücklich mit, dass eine Beteiligung des Bundes stattfindet.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Aber, Frau Ministerin, wo war bei dem Beschluss denn die FDP? War sie dagegen?)

– Herr Schmiedel, mir geht es heute darum, dass wir uns darum bemühen, in einen Dialog mit der Bevölkerung zu kommen und die bisherigen Positionen deutlich zu machen.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Das war uns zu wenig! Wir wollten mehr Geld! – Gegenruf des Abg. Claus Schmiedel SPD: Ganz ruhig! Ihr wart dagegen! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich glaube, dass es wichtig ist, dies auch immer wieder deutlich zu sagen.

Lieber Herr Kretschmann, Sie haben gesagt, Sie hätten sich vor 15 Jahren zum ersten Mal mit diesem Projekt beschäftigt. Sie haben Ihre Vorschläge gemacht. Aber es gehört auch zur Wahrheit, dass Sie sich im Rahmen der demokratischen Debatte in diesem Haus, im Regionalparlament

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Regionalversammlung!)

– in der Regionalversammlung, vielen Dank –

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Nein, „Regionalparlament“ ist schon gut!)

und im Gemeinderat mit dieser Argumentation nicht durchsetzen konnten. Auch da meine ich: Sie müssen sehen, dass das Ganze etwas mit demokratischen Prozessen zu tun hat. Sie konnten sich mit Ihren Argumenten im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens nicht durchsetzen. Insofern finde ich es schwierig,

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

dass Sie heute hier sagen, die anderen müssten Ihnen zuhören, die anderen müssten Ihre Argumente übernehmen, wir aber zugleich feststellen, dass es wenig Bereitschaft gibt, sich auch mit unseren Argumenten auseinanderzusetzen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Wer am Austausch interessiert ist, muss Interesse am wirklichen Zuhören haben.

Gestatten Sie mir die Bemerkung: Ich befürchte, dass sich derjenige, der auf der Straße „Lügenpack“ skandiert, mit dem Zuhören durchaus etwas schwertut.

Deswegen ist es für uns wichtig, in diesen Dialog zu kommen. Deswegen machen wir heute dieses Angebot. Ich würde mich freuen, wenn jeder in der Lage wäre, diesem Angebot auch einmal offen gegenüberzustehen. Geben Sie Herrn Geißler die Chance, diesen Dialog entsprechend zu beginnen.

(Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Herr Schmid, Sie sprachen davon: „Politik ist die Kunst, Konflikte friedlich zu lösen.“

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Diese Aussage teile ich.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Sehr gut!)

Ich vermute, dass Sie durchaus auch in Ihrer eigenen Fraktion schon einmal damit beginnen können, zu zeigen, wie so etwas funktionieren kann.

(Heiterkeit bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Claus Schmiedel SPD: Auch das ist eine Kunst! – Heiterkeit – Beifall bei der CDU, der SPD und der FDP/DVP – Abg. Klaus Herrmann CDU: Herr Schmiedel, sind Sie ein Künstler? – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Das war heute der beste Satz von Herrn Schmiedel! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Ein „Kunst-Schmiedel“!)

– Herr Schmiedel, wir werden bei Ihrer Berufsangabe ab sofort sagen, dass Sie auch Künstler sind.

Worum geht es mir? Ich glaube, wer sagt: „Wir wollen, dass die Bevölkerung Vertrauen hat und dass die Bevölkerung auch in Zukunft Vertrauen in die Politik hat“, sollte zuvorderst die Verfassung achten und sie verteidigen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Ich finde, kein Bauprojekt ist es wert, die Verfassung, die mühsam und in Kenntnis unserer Geschichte erarbeitet wurde, derart zu verdrehen, nur damit man zu dem Ergebnis kommt, das man haben will.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Sehr richtig!)

Herr Schmid argumentiert, dass es eine Spaltung in diesem Land gebe und diese nur durch eine Volksabstimmung aufzuheben sei. Ich garantiere Ihnen, dass zuvor eine weit tiefere Spaltung durch dieses Land geht. Denn wer zugleich sagt, er kämpfe für dieses Projekt, aber allein das Entstehen für dieses Projekt führe zu einer Spaltung und deswegen bräuchten wir die Volksabstimmung, der führt eine weitere Spaltung herbei.

Wir – auch als Verantwortliche in der Politik – müssen in der Lage sein, tiefer zu gehen, deutlich zu machen, um was es uns geht, und ganz bewusst sagen: Wir bieten den Dialog an und wollen, dass man sich gemeinsam dafür einsetzt und zu einem Konsens im Rahmen des Möglichen kommt.

(Abg. Peter Hofelich SPD: Das war jetzt aber nicht so schlüssig!)

Herr Kretschmann, ich teile Ihre Auffassung: Wenn es ein Konsens über Fakten wäre, wäre es ein erster Schritt und ein erster Erfolg. Aber dafür gilt auch, dass man bereit ist, das Entsprechend zu machen.

Ein Letztes will ich noch zu dem ansprechen, was Sie, Herr Kretschmann, sagten; denn diese Aussage halte ich gegenüber

(Ministerin Tanja Gönner)

den Kollegen hier im Haus für schwierig. Wenn Sie sagen, dass bei Projekten eine Durchwinkmentalität bestünde,

(Zuruf von der CDU: Genau!)

ist dies ein Angriff auf jeden Einzelnen, der gerade vor mir sitzt. Denn damit unterstellen Sie auch, dass diese Kollegen sich nicht so intensiv wie andere mit dem Projekt beschäftigt hätten.

(Zuruf von der CDU: So ist es! Genau!)

Bei diesem Projekt herrschte nie eine Durchwinkmentalität, sondern immer eine intensive Auseinandersetzung.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Thomas Blenke CDU: Sehr gut! – Abg. Martin Rivoir SPD: Genau!)

Deswegen gilt – auch im Respekt gegenüber Heiner Geißler – der Satz: Lassen Sie uns von heute, von diesem Tag an, das Signal aussenden, und zwar in die Stadt Stuttgart, zur breiten Bürgerschaft, zur breiten Protestbürgerschaft – das gilt sowohl für die Befürworter des Projekts Stuttgart 21 als auch für die Gegner –: Wir als diejenigen, die die demokratische Legitimierung dieses Prozesses bisher vorangebracht haben, sind in der Lage, diesen Prozess auch gemeinsam zu begehen.

Wir werden demjenigen, der sich dieser schwierigen Aufgabe stellt, keine weiteren Hürden in den Weg legen, sondern wir wollen, dass wir zu einem vernünftigen Ergebnis kommen, auch um sicherstellen zu können, dass es auch in Zukunft in diesem Land noch möglich ist, Investitionen zu tätigen und Zukunftsprojekte voranzutreiben. Denn ansonsten werden wir Gefahr laufen, das, was diejenigen vor uns geschafft haben, wieder herzugeben. Deswegen möchte ich dafür werben: Geben Sie Ihrem Herzen einen Stoß und sagen Sie: Heiner Geißler ist ein guter Vermittler.

(Abg. Reinhold Pix GRÜNE: Wir haben ihn doch vorgeschlagen!)

Wir sind bereit, ihm zu vertrauen. Wir glauben, dass er in der Lage ist, hier einen entsprechenden Vorschlag zu erarbeiten. Diesen Respekt hat er verdient.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Schmiedel das Wort.

(Abg. Jörg Döpfer CDU: Ein Künstler!)

**Abg. Claus Schmiedel SPD:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte jetzt nicht das wiederholen, was schon gesagt wurde. Aber ich darf etwas nicht stehen lassen, was jetzt schon mehrfach behauptet wurde, nämlich dass wir Sozialdemokraten die Verfassung nach unserem Gutdünken zurechtbiegen würden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, für die Sozialdemokraten ist die Verfassung ein hohes Gut. Bei der Entscheidung über

das Ermächtigungsgesetz haben Sozialdemokraten dagegen gestimmt, und diese waren es, die hinterher ins KZ gingen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Peter Hofelich SPD: So ist es!)

Deshalb möchte ich dies so nicht stehen lassen und muss dazu jetzt inhaltlich Stellung nehmen.

(Zuruf des Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE)

Herr Kirchhof sagt, Artikel 60 Abs. 3 der Landesverfassung verlange einen materiellen Gegensatz zwischen Regierung und Parlamentsmehrheit. Da müsse ein richtiger inhaltlicher Dissens vorliegen. Das sei keine reine Formvorschrift.

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Zunächst einmal ist das eine Behauptung. Es gibt ja auf den ersten Blick keinen Präzedenzfall. Also muss man genauer schauen: Welche Präzedenzfälle gibt es? Das ist mit der Vertrauensfrage im Bundestag vergleichbar.

(Zuruf von der CDU: Nein, nein, nein!)

Das Bundesverfassungsgericht hat sich zweimal mit diesem Thema befasst: einmal mit der Vertrauensfrage von Bundeskanzler Kohl und einmal mit der Vertrauensfrage von Bundeskanzler Schröder. Da spielte folgende Frage die zentrale Rolle: Muss das Vertrauen wirklich nicht mehr vorhanden sein, oder ist das eine reine Formvorschrift? Das Bundesverfassungsgericht kam zweimal zu dem Ergebnis

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Aber im Grundgesetz steht nichts von einem Gesetz, wohl aber in der Landesverfassung!)

– Moment! –, dass niemand in der Lage ist, die Motive von Abgeordneten, weshalb sie so oder so stimmen, zu prüfen. Aber nur dann kann man objektiv feststellen, ob es einen materiellen Gegensatz gibt oder nicht.

Aufgrund dieser Beschlusslage des Bundesverfassungsgerichts kommen unsere Gutachter eindeutig zu dem Ergebnis, dass es sich auch hier nur um eine Formvorschrift handeln kann, weil niemand objektiv in der Lage ist, die Motive eines Kabinetts oder eines einzelnen Abgeordneten festzustellen.

Deshalb sind wir auch ganz sicher, dass der von uns vorgeschlagene Weg verfassungskonform ist.

(Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, mir liegt keine weitere Wortmeldung vor.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Da wären noch viele Fragen an Herrn Kretschmann!)

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die beiden Entschließungsanträge, den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/6995, und den Entschließungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/6996.



(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

Da der Entschließungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/6996, der weiter gehende ist, lasse ich zuerst über diesen Antrag abstimmen. Wer diesem Entschließungsantrag der Fraktion GRÜNE zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/6995, abstimmen.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Namentliche Abstimmung!)

– Namentliche Abstimmung wird beantragt.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Von wem?)

– Von Herrn Kollegen Dr. Schüle.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Hat er überhaupt die notwendige Unterstützung? – Vereinzelt Heiterkeit)

– Ich gehe davon aus, dass die CDU-Fraktion die notwendige Unterstützung nach § 99 Abs. 1 der Geschäftsordnung aufbringt.

(Abg. Jörg Döpper CDU: Etwas mehr!)

Ich darf Herrn Schriftführer Buschle bitten, den Namensaufruf vorzunehmen. Der Namensaufruf beginnt mit dem Buchstaben Q.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie, Platz zu nehmen und Ruhe zu bewahren, damit jeder beim Namensaufruf hört, wenn er aufgerufen ist.

(Namensaufruf)

Ist noch jemand im Saal, der noch nicht abgestimmt hat? – Das ist nicht der Fall. Meine Damen und Herren, damit ist die Abstimmung geschlossen. Ich darf die Schriftführer bitten, das Ergebnis festzustellen.

(Auszählen der Stimmen)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf Sie bitten, wieder Platz zu nehmen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich bitte, die Türen zu schließen.

Ich gebe das Ergebnis der Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/6995, bekannt:

An der Abstimmung haben sich 129 Abgeordnete beteiligt.

*Mit Ja haben 47 Abgeordnete gestimmt,  
mit Nein haben 81 Abgeordnete gestimmt;  
es gab eine Enthaltung.*

Damit ist der Antrag der Fraktion der SPD abgelehnt.

\*

Mit Ja haben gestimmt:

SPD: Katrin Altpeter, Christoph Bayer, Stephan Braun, Dr. Tobias Brenner, Sabine Fohler, Reinhold Gall, Rosa Grünstein, Hans-Martin Haller, Rita Haller-Haid, Rudolf Hausmann, Ursula Haußmann, Helen Heberer, Walter Heiler, Peter Hofelich, Gunter Kaufmann, Gerhard Kleinböck, Walter Krögner, Georg Nelius, Margot Queitsch, Christine Rudolf, Nikolaos Sakellariou, Dr. Nils Schmid, Claus Schmiedel, Wolfgang Stehmer, Rainer Stickelberger, Johannes Stober, Andreas Stoch, Wolfgang Wehowsky, Alfred Winkler, Norbert Zeller.

GRÜNE: Theresia Bauer, Winfried Kretschmann, Siegfried Lehmann, Brigitte Lösch, Bärtl Mielich, Dr. Bernd Murschel, Ilka Neuenhaus, Thomas Oelmayer, Reinhold Pix, Renate Rastätter, Eugen Schlachter, Hans-Ulrich Sckerl, Edith Sitzmann, Dr. Gisela Splett, Franz Untersteller, Jürgen Walter, Werner Wölfl.

Mit Nein haben gestimmt:

CDU: Norbert Beck, Dr. Dietrich Birk, Thomas Blenke, Thomas Bopp, Monika Bormann, Elke Brunnemer, Jörg Döpper, Albrecht Fischer, Gundolf Fleischer, Manfred Groh, Friedlinde Gurr-Hirsch, Peter Hauk, Hans Heinz, Klaus Herrmann, Dieter Hillebrand, Bernd Hitzler, Andreas Hoffmann, Manfred Hollenbach, Karl-Wolfgang Jägel, Karl Klein, Wilfried Klenk, Rudolf Köberle, Joachim Köbler, Andrea Krueger, Jochen Karl Kübler, Sabine Kurtz, Dr. Bernhard Lasotta, Ursula Lazarus, Johanna Lichy, Paul Locherer, Dr. Reinhard Löffler, Ulrich Lusche, Winfried Mack, Stefan Mappus, Ulrich Müller, Paul Nemeth, Veronika Netzhammer, Christoph Palm, Günther-Martin Pauli, Werner Pfisterer, Werner Raab, Helmut Rau, Heribert Rech, Klaus Dieter Reichardt, Karl-Wilhelm Röhm, Karl Rombach, Helmut Walter Rüeck, Bernhard Schätzle, Volker Schebesta, Dr. Stefan Scheffold, Winfried Scheuermann, Peter Schneider, Dr. Klaus Schüle, Katrin Schütz, Marcel Schwehr, Willi Stächele, Dr. Monika Stolz, Gerhard Stratthaus, Peter Straub, Stefan Teufel, Karl Traub, Dr. Ilse Unold, Christa Vosschulte, Georg Wacker, Karl Zimmermann.

SPD: Fritz Buschle, Thomas Knapp, Dr. Rainer Prewo, Martin Rivoir, Ingo Rust.

FDP/DVP: Dr. Birgit Arnold, Dietmar Bachmann, Heiderose Berroth, Dr. Friedrich Bullinger, Monika Chef, Beate Fauser, Hagen Kluck, Dr. Ulrich Noll, Ernst Pfister, Dr. Hans-Ulrich Rülke, Dr. Hans-Peter Wetzel.

Der Stimme enthalten hat sich:

SPD: Wolfgang Drexler.

\*

Damit ist Punkt 1 der Tagesordnung beendet.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte die parlamentarischen Geschäftsführer der Fraktionen dringend, sich einmal zum Tisch der Verwaltung zu begeben; denn der Tagesordnungspunkt 1 hat die dafür vorgesehene Zeit bei Weitem überschritten, sodass wir, wenn wir heute Abend die drei parlamentarischen Abende von NABU und BUND, vom Baden-Württembergischen Handwerkstag und vom Anwaltsverband Baden-Württemberg besuchen wollen, den Veranstaltern Bescheid geben müssten, dass sich unsere Ankunft um mindestens zwei Stunden verzögert. Insofern ist die Frage, ob die par-

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

lamentarischen Geschäftsführer kurz zusammenkommen und entscheiden können, welche Tagesordnungspunkte wir verschieben,

(Zuruf von der SPD: Alle! – Vereinzelt Heiterkeit)

absetzen oder auf andere Plenartage verlegen.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

### Regierungsbefragung

Ich darf bekannt geben,

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

dass das Staatsministerium zur Vorbereitung der Regierungsbefragung folgende zwei zentrale Themen der Kabinettsitzung vom 4. Oktober mitgeteilt hat:

1. Aufbau eines Fachbereichs für Islamische Studien an der Universität Tübingen
2. Gründung des Technologie- und Innovationszentrums Umwelttechnik Baden-Württemberg

Für die einleitende Erklärung zum ersten Thema darf ich für die Landesregierung Herrn Minister Professor Dr. Frankenberg das Wort erteilen.

**Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst Dr. Peter Frankenberg:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Kabinett hat am Montag die Einrichtung eines Fachbereichs für Islamische Studien an der Universität Tübingen beschlossen. Für uns ist die Frage eines solchen Fachbereichs, die Frage der wissenschaftlichen Beschäftigung mit dem Islam an einer Universität, der Ausbildung von Imamen in deutscher Sprache und der Ausbildung von Religionslehrern, eine zentrale Frage der Integration. Die muslimischen Bürger gehören zu unserem Land. Wir sind eine Kulturnation, die sich über Sprache definiert. Die Frage, in welcher Sprache gepredigt wird, und die Frage, in welcher Sprache Religionsunterricht abgehalten wird, sind zentrale Fragen der Integration.

Wir hatten zwei Konzepte vorliegen, die auf einem Basiskonzept des Wissenschaftsrats beruhen, der sich mit dieser Frage beschäftigt und die Einrichtung eines solchen Studiengangs befürwortet hat. Es waren die Konzepte der Universität Tübingen und der Universität Heidelberg in Kooperation mit der Universität Freiburg. Wir haben dieselbe Arbeitsgruppe des Wissenschaftsrats, die das Gesamtkonzept empfohlen hat, gebeten, die beiden Konzepte zu prüfen; mit dabei waren zwei weitere Islamgelehrte aus Deutschland.

Diese Arbeitsgruppe hat sich einstimmig für den Standort Tübingen, das Tübinger Konzept, entschieden. Hintergrund war, dass in Tübingen zwei theologische Fakultäten, die katholische und die evangelische, den Rahmen bieten und dass vor allem ein zentraler Punkt, die Beiratslösung, in Tübingen wesentlich besser gelöst ist. Beiratslösung heißt, dass man die muslimischen Gemeinden einbezieht. Der Islam hat keine verfasste Kirchenstruktur. Die muslimischen Gläubigen müssen natürlich die Imame und die Religionslehrer akzeptieren; es gibt aber keine Kirche als Gegenüber. Es kann also nur einen Beirat als Gegenüber geben. Deshalb ist diese Beiratskonst-

ruktion wesentlich für das Gelingen – nicht für die Ausbildung, aber für die Akzeptanz von Imamen und Religionslehrern muslimischen Glaubens in den Moscheen und an unseren Schulen.

Wir werden diesen Antrag nun an den Bund weiterreichen. Der Bund hat die Länder aufgefordert, zwei bis drei Vorschläge zu machen. Unseres Wissens ist es der erste, jetzt auch vom Wissenschaftsrat geprüfte Vorschlag, der eingeht. Der Bund wird sich zu etwa einem Drittel an der Einrichtung dieses Fachgebiets beteiligen, das etwa sechs Lehrstühle mit Ausstattung umfassen wird. Diese sechs Lehrstühle umfassen Sachteile der Theologie des Islams und nicht verschiedene Glaubensrichtungen, also etwa Geschichte des Islams oder Korankunde. Etwa ein Drittel wird auch das Land beisteuern. Den übrigen Teil wird die Universität Tübingen selbst zu diesem Studiengang, zur Einrichtung des Fachgebiets für Islamische Studien beitragen. Ich glaube, dass dies für die akademische Seite, für die Universität eine Stärkung ist, aber auch für die akademische Breite in Baden-Württemberg.

Mir ist wesentlich, dass die Hochschule für Jüdische Studien, die sich in Heidelberg beteiligen wollte, ebenfalls offen ist für eine Beteiligung am Tübinger Konzept. Ich habe zweimal mit Herrn Korn vom Zentralrat der Juden gesprochen. Denn der Judentum ist natürlich genauso wie das Christentum eine Basis für den Islam. Das sind die drei Schriftreligionen. Insofern ist die Zusammenarbeit mit der Hochschule für Jüdische Studien in Heidelberg für einen Fachbereich Islamkunde wesentlich. Die Hochschule ist dazu bereit. Es finden entsprechende Gespräche statt. Diese Gespräche mit Herrn Korn zeigen, dass auch die jüdische Gemeinschaft in der Bundesrepublik die Einrichtung eines solchen Fachbereichs für Islamstudien begrüßt und unterstützt und mit ihrer Hochschule für Jüdische Studien auch einen entsprechenden wissenschaftlichen Beitrag leisten wird.

Dieser neue Fachbereich wird natürlich selbst erst einmal und dann auch weiter wissenschaftlich arbeiten, Wissenschaftler ausbilden, um damit auch die Basis für Islamwissenschaften in einem breiteren Kontext an unseren Universitäten zu bieten.

So weit meine Ausführungen zu diesem Punkt.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Vielen Dank, Herr Minister.

Gibt es dazu Fragen? – Frau Kollegin Rastätter von der Fraktion GRÜNE, bitte.

**Abg. Renate Rastätter GRÜNE:** Herr Professor Frankenberg, wir Grünen begrüßen natürlich sehr, dass der Wissenschaftsrat die Initiative ergriffen hat, in Deutschland zwei bis drei Institute bzw. Zentren für islamisch-theologische Studien einzurichten. Wir freuen uns natürlich, dass an einer Hochschule in Baden-Württemberg ein solches Institut für Islamische Studien und Religionspädagogik eingerichtet wird. Es ist auch sehr erfreulich, dass sich unsere drei großen Universitäten Freiburg, Heidelberg und Tübingen hierfür beworben haben.

Für uns Grüne stellt sich allerdings die Frage – wir hatten einen entsprechenden Antrag in den Landtag eingebracht –, wa-

(Renate Rastätter)

rum kein Verfahren gewählt worden ist, bei dem auch der Landtag mit einbezogen worden wäre. Das von uns beantragte Verfahren wäre sehr transparent. Es ging um die Konzepte der Universität Tübingen einerseits und der Universitäten Heidelberg und Freiburg in Kooperation andererseits. Jetzt hören wir, dass eine gemeinsame Lösung der Universität Heidelberg mit dem Institut für Jüdische Religionspädagogik vorgelegt wurde. Die Beiratslösung, die Sie als Grund für Tübingen angeführt haben, ist auch von Freiburg und Heidelberg vorgezogen worden.

Insofern leuchtet uns nicht ein, warum der Landtag nicht eingebunden wurde. Eine Einbindung des Landtags hätte die Transparenz des Verfahrens wesentlich gestärkt.

Die zweite Frage bezieht sich auf die Ausbildung von islamischen Religionslehrern. Es werden ja neben Imamen auch islamische Religionslehrer ausgebildet. Die Universität Tübingen hat den Nachteil, dass dort lediglich die Lehramtsausbildung für Gymnasiallehrer angesiedelt ist, während an den Universitäten Freiburg und Heidelberg jeweils eine enge Verzahnung mit den Pädagogischen Hochschulen bei der Ausbildung der Religionslehrer hätte stattfinden können,

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Ludwigsburg ist doch nicht aus der Welt!)

zumal die meisten islamischen Religionslehrer an Grundschulen und Hauptschulen benötigt werden.

Deshalb ist die Frage: Hat bei der Entscheidung die Tatsache, dass in Heidelberg und Freiburg alle Studiengänge für islamische Religionspädagogik für alle Schularten angeboten werden können, eine Rolle gespielt?

Vielen Dank für die Beantwortung der zwei Fragen.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Du bist so höflich!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Bitte, Herr Minister.

**Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst Dr. Peter Frankenberg:** Vielen Dank. – Ich glaube, wir haben mit der Beauftragung der Arbeitsgruppe des Wissenschaftsrats – die das gesamte Konzept erarbeitet hat –, die beiden Konzepte der Hochschulen zu prüfen, die größtmögliche Objektivität walten lassen. Denn es gibt keinen größeren Sachverstand als den Sachverstand derer, die das Gesamtkonzept erarbeitet haben. Diese sind einstimmig zu dem Votum für Tübingen gekommen.

Wir haben diese Gutachten zur Verfügung gestellt. Vielleicht sind sie bei Ihnen noch angekommen. Auch die beiden Hochschulen haben diese Gutachten, sodass auch sie nachvollziehen können, warum die Gutachter zu diesem Votum gekommen sind.

Wir haben dieses Gutachtergremium des Wissenschaftsrats noch um zwei professorale Islamgelehrte von zwei bundesdeutschen Universitäten angereichert. Es war also wirklich der größtmögliche Sachverstand, der diese Entscheidung gefällt hat.

Die Universität Heidelberg wollte eine Kooperation mit der Universität Freiburg eingehen, damit auch die beiden theologischen Fakultäten eingebunden wären. Aber daran sieht man

schon einen Nachteil. An einem einzigen Ort gelingt es natürlich leichter, als wenn es in Kooperation zwischen Heidelberg und Freiburg geschehen muss. Die Universität Heidelberg hat diese Entscheidung auch nachvollziehen können.

Die Empfehlung des Wissenschaftsrats zielt in erster Linie auf die Ausbildung von Imamen und dann auf die Ausbildung von Religionslehrern im Gymnasialbereich. Bei der Gymnasiallehrerausbildung ist es wichtig, dass an der Universität beide theologische Fakultäten, nämlich eine katholisch-theologische und eine evangelisch-theologische Fakultät, vorhanden sind. Das ist ein großer Vorteil von Tübingen; Tübingen ist der einzige Standort mit zwei theologischen Fakultäten.

Zur Lehramtsausbildung an den beiden Pädagogischen Hochschulen – hier geht es noch um eine Pilotphase, die wir jetzt verlängert haben und an der übrigens auch das Land Rheinland-Pfalz partizipiert –: Wenn wir in die breitere Lehramtsausbildung gehen, werden natürlich auch andere Standorte, die – Herr Kollege Kluck hat es angemerkt – zum Teil ebenfalls nahe an Tübingen liegen, in die Ausbildung von Religionslehrern für die Grund- und Hauptschule einsteigen. Sie könnten auch einen Verbund mit der Ausbildung für das gymnasiale Lehramt praktizieren.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Palm das Wort.

(Zurufe von der SPD)

– Ich darf das Verfahren zuvor noch einmal erläutern: Es geht immer der Reihe nach, aber nicht nach der Reihenfolge, in der sich die Abgeordneten, die reden möchten, melden. Die heutige Reihenfolge für die Regierungsbefragung sieht so aus: Grüne, CDU, SPD, FDP/DVP. So geht es immer im Kreis herum.

(Abg. Werner Pfisterer CDU: Es geht nach der Reihenfolge, nicht im Kreis herum!)

Bitte, Herr Abg. Palm.

**Abg. Christoph Palm CDU:** Vielen Dank. – Herr Minister, im Januar hat der Wissenschaftsrat empfohlen, an zwei bis drei deutschen Universitäten einen solchen Lehrstuhl für Islamische Studien einzurichten. Die CDU-Fraktion freut sich natürlich, dass es gelungen ist, einen dieser Lehrstühle nach Baden-Württemberg zu holen.

Könnten Sie uns bitte etwas über die Situation in den anderen Bundesländern und über den aktuellen Stand der Entwicklungen dort berichten?

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Bitte, Herr Minister.

**Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst Dr. Peter Frankenberg:** Wir sind natürlich mit dem zuständigen Bundesministerium in Kontakt. Denn zwei der sechs neu einzurichtenden Lehrstühle werden vom Bund über den Zeitraum von fünf Jahren und dann möglicherweise – nach positiver Evaluation – über fünf weitere Jahre finanziert. Derzeit liegt kein mit unserem Antrag vergleichbares Konzept vor. Es gibt einzelne Lehrstühle an drei deutschen Universitäten, zwei davon im Norden und einen in Frankfurt. Aber es gibt noch kein weiteres Konzept zur Einrichtung eines Fachbereichs für Islamische Studien.

(Minister Dr. Peter Franckenberg)

Ich denke, dass der Bund auch berücksichtigen wird, dass diese Zentren, diese Fachbereiche – ich habe gehört, es wird einen Antrag von Potsdam geben; der Bund will ja zwei bis drei solcher Zentren fördern –, möglichst dort eingerichtet werden sollten, wo möglichst viele Bürger islamischen Glaubens leben. Denn der Kontakt mit den Gemeinden ist wichtig, und die Imamausbildung sollte natürlich auch den Gemeinden vor Ort dienen. Wir denken in erster Linie daran, dass die dort ausgebildeten Imame im Beiratsmodell akzeptiert werden und dass diese Imame dann auch vor allem baden-württembergischen Gemeinden bzw. Moscheen vorstehen.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Vielen Dank. – Für die SPD-Fraktion erteile ich Frau Abg. Haller-Haid das Wort.

**Abg. Rita Haller-Haid SPD:** Herr Minister Franckenberg, als Tübinger Abgeordnete begrüße ich natürlich, dass die Universität Tübingen den Zuschlag bekommen hat. Gleichwohl mache ich mir Sorgen, wenn Sie sagen, die Gesamtfinanzierung erfolge nur zu einem Drittel durch das Land.

Vor diesem Hintergrund noch einmal meine Fragen: Wie viele Professuren werden denn finanziert, und wie werden die Finanzierung und die bauliche Unterbringung sichergestellt?

Meine zweite Frage bezieht sich auf Folgendes: Die Verbände, beispielsweise der Verband Islamischer Kulturzentren, haben mittlerweile damit begonnen, selbst Imame auszubilden. Mich interessiert, inwieweit eine Vergleichbarkeit sichergestellt werden kann und ob etwa daran gedacht wird, an der Universität Tübingen für diese Imame auch eine zusätzliche Weiterbildung anzubieten.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Minister, bitte.

**Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst Dr. Peter Franckenberg:** Vielen Dank, Frau Haller-Haid.

Die Finanzierung sieht so aus, dass dem Konzept des Wissenschaftsrats zufolge sechs Lehrstühle notwendig sind. Zwei davon samt der dazugehörigen Ausstattung werden für einen Zeitraum von maximal zehn Jahren – wahrscheinlich zweimal fünf Jahre – vom Bund finanziert. Wir werden, da es sich um zusätzliche Studienplätze handelt, zwei Professuren aus dem Programm „Hochschule 2012“ finanzieren. Eine Professur wird aus dem Landeshaushalt finanziert werden. Bei der Universität selbst bleibt dann noch eine Professur mitsamt der Ausstattung zu finanzieren. Das ist aber vereinbart, und die Finanzierung ist leistbar.

Die Fragen der Unterbringung müssen im konkreten Fall noch geklärt werden. Aber die Universität selbst hat sich um diesen Fachbereich beworben und wird diese Fragen entsprechend klären. Sie selbst sieht das auch als große Bereicherung für den Standort Tübingen an.

Die Frage der Akzeptanz der Imame ist eine Kernfrage, bei der es aber keine Garantie gibt. Ich kann also die Frage der Weiterbildung gern aufgreifen und auch in das Konzept der Universität Tübingen einbeziehen. Aber das Gelingen des Konzepts hängt davon ab, dass die Imame akzeptiert werden. Dafür ist das Beiratsmodell wesentlich. Dieses Modell ist weit gediehen. Es gibt aber keine Garantien. Der Islam hat keine Kirchenverfassung, schon gar keine römisch-katholische.

(Heiterkeit des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Ich bin in dieser Hinsicht selbst „rechtgläubig“, insofern kann ich das sagen. Wir sind also darauf angewiesen, dass das Beiratsmodell und die Ausbildung akzeptiert werden.

Das Gleiche gilt für die Frage: Was ist, wenn jemand im Grunde genommen nicht mehr tragbar ist? Ein solches Problem ist bei Kirchen leichter zu lösen, aber auch dort haben wir schwierige Fälle zu lösen gehabt. Hier müssen wir darum werben, dass dieses Modell akzeptiert wird. Wir müssen den Beirat so aufbauen, dass sich möglichst alle muslimischen Glaubensrichtungen darin wiederfinden. Wir müssen einfach die Akzeptanz herstellen.

Man muss auch immer bedenken, dass es inzwischen an unseren Universitäten viele integrierte Muslime, überwiegend türkischer Herkunft, gibt, die inzwischen nur noch so wenig Türkisch können, dass sie in der Moschee der türkischsprachigen Predigt gar nicht mehr folgen können. Denen geht es also ungefähr so wie früher manchem Katholiken bei der Lateinischen Messe. Man wusste zwar, wovon der Priester sprach, aber man wusste nicht genau, was gesagt wurde. Auch das müssen wir berücksichtigen. Diese Bürger werden dann – das ist ja nichts Negatives – in die Moschee gehen und in der einzigen Sprache, die sie wirklich beherrschen, nämlich in Deutsch, die Predigt hören können. Das ist dann für beide Seiten ein großer Gewinn.

Vielen Dank.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Kluck das Wort.

**Abg. Hagen Kluck FDP/DVP:** Herr Minister, wird die Landesregierung Kontakt mit der türkischen Religionsbehörde aufnehmen, die ja bisher, zumindest für diese DITIB-Moscheen, Imame geschickt hat?

Zweitens: Ich hatte schon einmal gefragt, ob das Wissenschaftsministerium meine Auffassung teilt, dass Tübingen der richtige Standort ist. Das brauchen Sie jetzt nicht mehr zu beantworten. Das hat der Wissenschaftsrat gut beantwortet. Aber ist die Landesregierung auch der Auffassung, dass die Pädagogische Hochschule Ludwigsburg, die eine Außenstelle in Reutlingen hat – Frau Kollegin Rastätter hat das Thema angesprochen –, im Fortgang des Verfahrens sehr gut kooperieren könnte?

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Bitte, Herr Minister.

**Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst Dr. Peter Franckenberg:** Zu der ersten Frage kann ich nur sagen, dass für die DITIB zunächst Tübingen im Gespräch ist. Man muss sagen, dass sich bei uns im Ministerium durch den ganzen Vorgang inzwischen ein wahres Expertentum in Sachen Islamwissenschaft herausgebildet hat; es gibt dabei einen herausragenden Experten, der diese Dinge nicht nur alle beherrscht, sondern auch die Kommunikation macht und zu allen Tagungen entsprechender Art geht.

Zu der zweiten Frage kann ich nur sagen: Ludwigsburg ist auch nach allen Evaluationen eine unserer wirklich guten pädagogischen Hochschulen – ohne andere als nachrangig zu würdigen.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Fraktion GRÜNE darf ich Frau Abg. Bauer um die nächste Frage bitten.

**Abg. Theresia Bauer GRÜNE:** Herr Minister Frankenberg, ich möchte an die Fragen von Frau Kollegin Rastätter anschließen. Erstens zur Transparenz des Verfahrens: Sie sagten, Transparenz sei dadurch hergestellt, dass der Wissenschaftsrat eine Gutachterkommission dazu bestellt hatte. Ich glaube, mit „Transparenz“ ist etwas anderes gemeint, nämlich die Einbindung der Expertise, die auch hier im Haus ist, die etwa im Schulausschuss und im Wissenschaftsausschuss versammelt ist, und der Expertise der muslimischen Organisationen.

Dazu kann ich Ihnen eine Rückmeldung geben. Wir hatten im Sommer ein Gespräch mit muslimischen Verbänden. Dabei mussten wir feststellen, dass mitnichten Transparenz hergestellt war, dass sie nicht über die verschiedenen Konzepte, die vorlagen, informiert waren, sondern nur eine Teilinformation erhalten hatten.

Das hat uns alarmiert. Wir haben festgestellt, dass sie überhaupt nicht darüber ins Bild gesetzt worden waren, dass das Thema „Ausbildung von islamischen Religionslehrern“ zum jetzigen Zeitpunkt als Entscheidungskriterium für die meisten Kinder, die in unsere Schulen gehen, ohne Relevanz ist. Denn in den Gymnasien ist derzeit nun einmal leider nur ein verschwindend geringer Anteil von muslimischen Kindern. Wenn man jetzt also ein islamisches Zentrum aufbaut und sagt: „Zunächst einmal beschränken wir uns auf die Gymnasiallehrerausbildung“, dann nützt das den muslimischen Kindern, die hier leben, relativ wenig.

Deswegen bitte ich Sie erstens darum, darzustellen:

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Wollen Sie die muslimischen Kinder vom Gymnasium fernhalten?)

Warum haben Sie nicht den Weg gewählt, im Dialog mit den Verbänden und dem Landtag zu einer Abwägung der verschiedenen Aspekte zu kommen?

Insbesondere interessiert mich die Antwort auf den zweiten Teil meiner Frage: Warum haben Sie sich dafür entschieden, beim Thema „Ausbildung von islamischen Religionslehrern“ zunächst die Gymnasiallehrerausbildung anzugehen und erst zu einem späteren Zeitpunkt die Ausbildung für all diejenigen Schularten, die für diese Kinder eigentlich relevanter wären, zu verstärken?

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Bitte, Herr Minister.

**Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst Dr. Peter Frankenberg:** Ich beantworte zunächst den zweiten Teil Ihrer Frage: Seit Jahren laufen nun die Modellversuche – sie werden ausgeweitet – für die Ausbildung von Religionslehrern an Grund-, Haupt- und Realschulen.

(Zuruf der Abg. Renate Rastätter GRÜNE)

– Grund- und Hauptschulen. – Das heißt, wir haben mit der Ausbildung für genau die Schularten begonnen, die Sie angesprochen haben. Es ist genau so, wie Sie es haben wollen. Es läuft schon so.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Aber nicht mit der regulären Lehrerausbildung!)

Das Zweite: Das Konzept des Wissenschaftsrats sieht vor, dass die Imamausbildung im Vordergrund steht. Dem folgt die Ausbildung von Religionslehrern an Gymnasien. Es hat auch eine gewisse inhaltliche Logik, wenn man den Aufbau der Islamwissenschaft eben als Aufbau eines wissenschaftlichen Bereichs sieht.

Was die Transparenz betrifft: Beide Seiten haben sich sehr umfangreich bemüht, alle muslimischen Gemeinschaften einzubeziehen. Das gilt besonders für Tübingen. Wir haben diese Gespräche auch geführt.

Diese Frage ist auch von den beiden Islamgelehrten und der Arbeitsgruppe des Wissenschaftsrats, die die Konzepte geprüft hat, in den Vordergrund der Prüfung gestellt worden. Die haben gesagt: In Tübingen ist die Einbeziehung so weit gediehen, dass man sich darauf wirklich verlassen kann und sie das beste Fundament für die Beiratslösung – darum geht es – ist.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Sehr richtig!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Vielen Dank. – Für die SPD-Fraktion Herr Abg. Kaufmann.

**Abg. Gunter Kaufmann SPD:** Herr Minister Frankenberg, ich komme auf die Frage der Ausbildung von Religionspädagogen zurück. Meine Vorrednerinnen haben in ihren Fragen schon zum Ausdruck gebracht, dass insbesondere der Bedarf an Grund-, Haupt- und Realschulen eine wichtige Rolle spielt und dass sowohl an den Pädagogischen Hochschulen Heidelberg und Freiburg als auch an der Pädagogischen Hochschule Karlsruhe seit vielen Jahren die entsprechenden Modellvorhaben und Ansätze vorhanden sind.

Ich muss daher noch einmal nachfragen: Inwieweit möchten Sie islamische Religionspädagogik in eine klassische Lehrerausbildung mit entsprechenden Prüfungen überführen, sodass diese Lehrkräfte dann auch an den genannten Schulen zur Verfügung stehen? Das ist meines Erachtens im Moment nicht der Fall.

Vorhin wurde schon angedeutet, dass Sie sich mit diesem Studiengang in Tübingen zunächst einmal auf die Ausbildung der Lehrer an den Gymnasien konzentrieren wollen. Deshalb ist es schon von Interesse, wie es an den von mir genannten Hochschulen weitergehen soll und wann dies tatsächlich Bestandteil der Lehrerbildung sein kann.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Minister, bitte.

**Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst Dr. Peter Frankenberg:** Herr Kaufmann, die Modellversuche laufen in einer Hinsicht sehr gut, in einer anderen Hinsicht aber eher unbefriedigend. Wir würden gern an mehr Pädagogischen Hochschulen ausbilden und auch den von Ihnen skizzierten Weg gehen. Wir haben aber zu wenig Bewerberinnen und Bewerber. Es gibt viele, die dieses Fach studieren wollen, aber nur wenige davon sind muslimischen Glaubens. Wenn wir nicht genügend Studierende muslimischen Glaubens haben, die Religionspädagogik studieren wollen, nützt eine Ausweitung nichts.

Wir wären heilfroh, wenn wir an den Standorten, die dies anbieten, die Plätze mit Lehramtskandidaten muslimischen

(Minister Dr. Peter Frankenberg)

Glaubens besetzen könnten. Denn natürlich wird kein protestantischer Religionslehrer, der islamische Religionspädagogik studiert hat, für den islamischen Religionsunterricht akzeptiert. Das ist die Hürde, die wir überwinden müssen. Wenn wir dies schaffen, sind wir auch in der Lage, die Ausbildung an den Pädagogischen Hochschulen auszuweiten und sozusagen in ein normales Fach zu überführen.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Vielen Dank. – Jetzt erteile ich Herrn Abg. Kluck für die FDP/DVP-Fraktion das Wort.

**Abg. Hagen Kluck FDP/DVP:** Herr Minister, Ihre soeben erfolgten Ausführungen sollen aber keine Aufforderung sein, zu konvertieren?

(Heiterkeit bei Abgeordneten der FDP/DVP und der SPD)

**Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst Dr. Peter Frankenberg:** Nein.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Frau Abg. Rastätter für die Fraktion GRÜNE, bitte.

**Abg. Renate Rastätter GRÜNE:** Ich möchte doch noch einmal eine Nachfrage zur Ausbildung von islamischen Religionslehrern für die Grund-, Haupt-, Werkreal- und Realschulen stellen. Bisher gibt es an den Pädagogischen Hochschulen lediglich einen zweisemestrigen Erweiterungsstudiengang. Die Pädagogischen Hochschulen haben ein großes Interesse daran, dass daraus eine ordentliche Lehramtsausbildung für islamische Religionspädagogik entwickelt wird. Das heißt, im Grunde genommen haben sie schon die Module entwickelt. Jetzt müsste die Umsetzung erfolgen.

(Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Dann könnte man auch das Problem der fehlenden Bewerber lösen. Denn jetzt haben wir die Situation, dass es in Baden-Württemberg Lehrkräfte muslimischen Glaubens gibt, die den Erweiterungsstudiengang absolviert haben und nicht in den Schuldienst eingestellt werden. Im Augenblick ist das ein größeres Problem. Die Bewerber sind da und würden sich auch gern für ein ordentliches Fach ausbilden lassen. Ich kenne aber das Beispiel zweier junger Lehrerinnen, die dann keine Einstellung bekommen haben.

Daher ist meine Frage: Wäre es nicht zielführend, jetzt mit der Lehramtsausbildung für islamische Religionspädagogik an den Pädagogischen Hochschulen zu beginnen und dies sofort mit der Universität zu verzahnen, anstatt sich auf die Lehramtsausbildung für Gymnasiallehrkräfte zu konzentrieren? Dort haben wir im Augenblick noch nicht den Bedarf – wir werden ihn hoffentlich irgendwann bekommen –, weil die Kinder eben schwerpunktmäßig nicht ins Gymnasium gehen, sondern in die Grund-, Haupt- oder Realschule.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Bitte, Herr Minister.

**Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst Dr. Peter Frankenberg:** Die Voraussetzung dafür, dass wir die Ausbildung an den Pädagogischen Hochschulen aufbauen und ausweiten, ist, dass es überhaupt genügend Islamwissenschaftler und Islamwissenschaftlerinnen gibt. Denn damit Studie-

rende in diesem Fach als Vollfach ausgebildet werden können, brauche ich Professorinnen und Professoren, die selbst in den Islamwissenschaften entsprechend wissenschaftlich ausgebildet sind.

Insofern steht am Anfang eigentlich weder die Frage nach einer Lehramtsausbildung für das Gymnasium noch die Frage nach der Imamausbildung, sondern an der Basis steht die Frage nach der Einrichtung eines islamwissenschaftlichen Fachbereichs, an dem Islamwissenschaft im Sinne universitärer Wissenschaft betrieben wird und an dem sich die nächste Generation von Wissenschaftlern qualifiziert, die dann eigentlich erst Islamwissenschaft an den Hochschulen zum Zweck der Religionslehrerausbildung ausüben können.

Denn in einem Beifach kann ich leichter ausbilden. Für ein volles Studienfach brauche ich dagegen natürlich auch an den Pädagogischen Hochschulen entsprechende Professorenstellen – das ist das Leichtere – und entsprechend qualifizierte Kandidaten. Dafür muss ich erst einmal die Islamwissenschaft ausbauen.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Vielen Dank, Herr Minister.

Damit ist der erste halbstündige Teil der Regierungsbefragung vorbei. Recht herzlichen Dank.

Für den zweiten Teil der Regierungsbefragung darf ich Herrn Abg. Dr. Prewo für die SPD-Fraktion nach vorn bitten.

**Abg. Dr. Rainer Prewo SPD:** Ich möchte die Landesregierung etwas zum Thema VOB fragen. Wir sind uns sicher einig, dass die Bedingungen für die Vergabe öffentlicher Aufträge im Zentrum des Wettbewerbsrechts und der Ordnungspolitik stehen. Die alte VOB ist reformbedürftig und zum Teil auch zu bürokratisch. Die Wertgrenzen sind nicht mehr aktuell. Dies fördert nicht gerade den Wettbewerb. In den verschiedenen Ländern gelten übrigens unterschiedliche Regelungen.

Seit über einem Jahr gibt es schon Bemühungen, eine bundeseinheitliche VOB umzusetzen. Abgesehen von Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt haben alle anderen 14 Bundesländer die neue VOB, die vom Bund und den Ländern anerkannt werden soll und anerkannt wird, umgesetzt.

Bereits im Frühsommer haben wir gefragt, warum die Landesregierung so zögere und nicht zu Potte komme. Wir wollen fragen, ob es zutrifft, was die Spatzen von den Dächern des Ministeriums pfeifen, nämlich dass die Landesregierung endlich dabei ist, ...

(Zuruf des Ministers Ernst Pfister – Gegenruf des Abg. Claus Schmiedel SPD: Vom Finanzministerium sitzt ja niemand da! Das müssen schon Sie machen!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Wer was macht, entscheide ich. – Bitte, Herr Abg. Dr. Prewo, fahren Sie fort.

**Abg. Dr. Rainer Prewo SPD:** ... die bundeseinheitliche VOB umsetzen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zurufe der Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU und Bärbl Mielich GRÜNE)

Ist das richtig?

(Dr. Rainer Prewo)

Wie sieht es mit der Erfüllung der zweiten SPD-Forderung aus? Soll die Verlängerung der Geltungsdauer der durch die Wirtschaftskrise bedingten Sonderregelung, die jetzt im Dezember ausläuft, ebenfalls möglich sein? In der Antwort auf die SPD-Anfrage hieß es noch sinngemäß: „Die Krise ist fast vorbei. Da brauchen wir die Geltungsdauer nicht zu verlängern. Wenn sich die Krise noch einmal verschlimmert, können wir reagieren.“ Aber wir hören jetzt, dass man doch reagieren will und etwas tun möchte. Das wollen wir jetzt verbindlich wissen, damit auch das Handwerk weiß, woran es ist, und der baden-württembergische Handwerker nicht von Aufträgen ausgeschlossen wird, weil er bestimmte Nachweise nicht liefern kann, während bei Bundesausschreibungen hier bei uns bereits die neue Regelung gilt und in anderen Bundesländern diese Erschwernisse nicht mehr bestehen. Dieses Durcheinander sollte man beseitigen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD:  
Sehr gut!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Beantwortung dieser Frage sind sowohl das Wirtschaftsministerium als auch das Finanzministerium zuständig.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Jetzt ist der Finanzminister da!)

Ich darf für die Landesregierung dem Herrn Finanzminister das Wort erteilen.

(Abg. Walter Heiler SPD: Er kann zu allem reden! – Abg. Reinhold Gall SPD: Egal, wozu! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Da ist ein völliges Durcheinander mit den Ministern! – Abg. Dr. Rainer Prewo SPD: Ich habe gedacht, der Wirtschaftsminister wäre zuständig!)

**Finanzminister Willi Stächele:** Wir zwei waren uns einig. Deswegen bin ich aus dem Saal gegangen, weil ich glaubte, die Frage ginge an das Wirtschaftsministerium.

Aber ich will zur VOB trotzdem sagen – ganz im Sinne der Frage, die ich nicht gehört habe –:

(Vereinzelte Heiterkeit)

Wir werden die Maßnahmen im Rahmen der Konjunkturprogramme zunächst um ein Jahr verlängern.

(Abg. Walter Heiler SPD: Da gibt es einen Dissens!  
– Abg. Reinhold Gall SPD: Falsche Baustelle!)

– Falsche Baustelle. – Dann beantworte du die Frage, Ernst.

(Zurufe von der SPD)

Aber Sie können bestätigen: Es war eine Anfrage an das Wirtschaftsministerium.

(Zuruf des Abg. Dr. Rainer Prewo SPD)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Jetzt beantwortet für die Landesregierung der Herr Wirtschaftsminister die Anfrage der SPD. – Bitte.

**Wirtschaftsminister Ernst Pfister:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das war jetzt ein Missverständnis.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Das passiert in dieser Regierung öfter!)

Für diese Frage ist das Finanzministerium federführend zuständig.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Wer jetzt?)

– Das Finanzministerium. Wir haben mitgezeichnet. Ich kann die Frage aber beantworten.

Herr Dr. Prewo hat klar formuliert, dass sich im Augenblick schon 14 Bundesländer zu einer bundeseinheitlichen VOB-Regelung bereit erklärt haben. Das Land Baden-Württemberg hat erklärt – ich erkläre das jetzt noch einmal –, dass auch wir aus den genannten Gründen daran interessiert sind, eine solche bundeseinheitliche Regelung zu erhalten. Gehen Sie davon aus, dass wir das bis zum Ende dieses Jahres auch geschafft haben werden.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Vielen Dank. – Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Frau Abg. Fauser das Wort.

**Abg. Beate Fauser** FDP/DVP: Herr Minister, wie wird diese bundeseinheitliche Vergabeordnung von der Wirtschaft kommuniziert, und können wir eine freihändige Vergabe bis zu einer Wertgrenze von 20 000 € beschließen?

**Wirtschaftsminister Ernst Pfister:** Das alles werden wir Ihnen rechtzeitig mitteilen, Frau Kollegin Fauser.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Warum nicht jetzt?)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Jetzt darf ich Frau Abg. Sitzmann für die Fraktion GRÜNE das Wort erteilen.

**Abg. Edith Sitzmann** GRÜNE: Herr Minister, es gab gerade noch einen zweiten Teil der Frage des Kollegen Prewo, nämlich die Frage, ob die erhöhten Wertgrenzen, die im Rahmen des Konjunkturpakets II beschlossen und auch angewendet wurden, zukünftig angewendet werden sollen. Wir hatten darüber eine Debatte in diesem Sommer. Damals bestand hier im Haus relativ viel Skepsis, würde ich einmal sagen. Auf jeden Fall war der Tenor, dass man zuerst eine Auswertung vornehmen müsse, ob sich diese erhöhten Wertgrenzen für die freihändige Vergabe und die beschränkte Ausschreibung bewährt haben, ob die Auftragsvergabe tatsächlich schneller gegangen ist. Das war ja eines der Ziele.

Deshalb die Frage: Wie sieht es in diesem Bereich aus? Wann kommt diese Auswertung? Wer wertet wie aus? Ist das Ergebnis dann eine Grundlage für eine Entscheidung?

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Bitte, Herr Minister.

**Wirtschaftsminister Ernst Pfister:** Es bleibt in der Tat dabei, dass wir diese erhöhten Wertgrenzen überprüfen wollen. Sie sollen evaluiert werden. Das ist im Augenblick noch nicht abgeschlossen. Ich kann Ihnen noch nicht sagen, wann das Ergebnis konkret vorliegen wird. Gehen Sie davon aus, dass wir spätestens im Frühjahr

(Abg. Norbert Zeller SPD: In welchem?)

(Minister Ernst Pfister)

– im kommenden Frühjahr – darüber entscheiden werden,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Im kommenden Frühjahr entscheiden wir! – Vereinzelt Heiterkeit)

wie wir in Zukunft verfahren werden.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Eine Zusatzfrage des Herrn Abg. Dr. Prewo für die SPD-Fraktion.

**Abg. Dr. Rainer Prewo SPD:** Zunächst einmal nehme ich mit Befriedigung zur Kenntnis, dass der Finanzminister, der federführend zuständig ist, erklärt hat, es werde verlängert. Sie haben meine Frage aber, glaube ich, nicht ganz verstanden. Ich habe nämlich nicht gefragt, ob und, wenn ja, wann Sie irgendetwas vorlegen.

**Wirtschaftsminister Ernst Pfister:** Doch.

**Abg. Dr. Rainer Prewo SPD:** Nein. – Ich habe gefragt: Trifft es zu, dass Sie – die Spatzen pfeifen es so von den Dächern – jetzt die bundeseinheitliche VOB umsetzen wollen, nachdem Sie sich lange dagegen gesträubt haben? Trifft das zu?

**Wirtschaftsminister Ernst Pfister:** Ja.

**Abg. Dr. Rainer Prewo SPD:** Ich habe noch eine weitere Frage: Trifft es auch zu, dass die Kommunen dabei eine flexible Sonderregelung erhalten sollen, und zwar dergestalt, dass die Wertgrenze für die freihändige Vergabe noch ein wenig höher gesetzt wird?

(Abg. Claus Schmiedel SPD: 20 000 €!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Bitte, Herr Minister.

**Wirtschaftsminister Ernst Pfister:** Die erste Frage ist eindeutig mit Ja zu beantworten.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Herr Prewo, zuhören!)

Wir werden dies, wie gesagt, noch in diesem Jahr vollziehen.

Die zweite Frage hängt mit der Frage zusammen, die Frau Kollegin Sitzmann gerade angesprochen hat. Wir werden die Frage, wie hoch die Sätze sein sollen, im Laufe dieses Jahres noch einmal überprüfen und dann im Frühjahr nächsten Jahres letzten Endes eine Entscheidung treffen.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Das macht der Finanzminister! Der kann das sagen!)

Das ist, wie gesagt, eine Angelegenheit, die im Finanzministerium ressortiert.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Das war nicht abgesprochen!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Gibt es weitere Fragen? – Herr Finanzminister, wollen Sie noch einmal etwas sagen?

(Minister Willi Stächele: Nein! Ich kann aber noch etwas ergänzen!)

– Er will noch etwas sagen.

**Finanzminister Willi Stächele:** Ganz klar, Verlängerung ist das eine. Das andere ist die Frage, inwieweit wir bei der generellen Regelung bundeseinheitlich verfahren. Da gab es bei uns einen Widerspruch. Meines Wissens haben alle Bundesländer die neue Regelung akzeptiert.

(Minister Ernst Pfister: 14!)

Bei uns gab es von Handwerksseite und vom Gemeindetag einen Widerspruch im Hinblick auf die freihändige Vergabe. Der derzeitige Stand lautet: Im Gespräch mit den kommunalen Landesverbänden hat man sich darauf geeinigt, die bundeseinheitliche Regelung zu akzeptieren, wenn man die Wertgrenze für die freihändige Vergabe von 10 000 € auf 20 000 € erhöht. Das ist der aktuelle Stand.

(Minister Ernst Pfister: Okay!)

Die anderen Zahlen, z. B. für die beschränkte Ausschreibung, habe ich nicht vor mir. Aber ich weiß sicher, dass die kommunalen Landesverbände auf dieser Grundlage die bundeseinheitliche Regelung akzeptieren werden.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Vielen Dank. – Gibt es noch eine weitere Zusatzfrage?

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Ja!)

– Zu diesem Thema?

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Ja!)

– Bitte, Frau Abg. Sitzmann.

**Abg. Edith Sitzmann GRÜNE:** Ich möchte jetzt noch einmal Minister Stächele fragen. Ihre Aussage zum Thema „Fortsetzung der erhöhten Wertgrenzen im Rahmen des Konjunkturpakets II“ hat mich eher verwirrt. Der Wirtschaftsminister hat nämlich gesagt, dass geprüft und evaluiert werde, ob die Erhöhung etwas gebracht hat. Bei Ihnen klang das so, als wäre die Fortsetzung bereits beschlossene Sache.

(Abg. Dr. Rainer Prewo SPD: Die Verlängerung!)

Die Verlängerung dieser Regelung ist also schon beschlossene Sache?

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Was gilt jetzt?)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Bitte, Herr Minister.

**Finanzminister Willi Stächele:** Gnädige Frau, ich wollte Sie nicht verwirren.

(Unruhe)

Ich kann jetzt nur den aktuellen Stand liefern. Das ist aber eine Angelegenheit, die unter 16 Bundesländern abgesprochen wird.

Mein Stand lautet, dass wir uns dafür einsetzen, dass die Geltungsdauer der im Rahmen der Konjunkturprogramme angehobenen Wertgrenzen um ein Jahr bis zum Ende des Jahres 2011 verlängert wird. Das ist eine klare Aussage. Ich müsste mich wirklich irren. Ich gehe davon aus, dass wir verlängern.



(Minister Willi Stächele)

Das Zweite war die allgemeine Regelung für die Zeit danach. Bei dieser allgemeinen Regelung gab es nur noch den Dissens mit dem Gemeindetag und dem Baden-Württembergischen Handwerkstag. Den Dissens mit der kommunalen Seite scheinen wir beigelegt zu haben, indem wir die Wertgrenze bei der freihändigen Vergabe auf 20 000 € erhöhen. Ich würde Ihnen all dies noch einmal schriftlich zukommen lassen.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Minister, es gibt noch eine Zusatzfrage des Herrn Abg. Heiler von der SPD-Fraktion.

**Abg. Walter Heiler SPD:** Die Frage hat sich vielleicht erübrigt, aber die Antwort hätte mich jetzt doch interessiert.

Herr Minister, können Sie differenziert mitteilen – unterteilt in Hochbau, Tiefbau und Ausbau –, wie die einzelnen Wertgrenzen sind, also für die freihändige Vergabe, die beschränkte Ausschreibung und die öffentliche Ausschreibung?

**Finanzminister Willi Stächele:** Ich würde es Ihnen gern sagen, aber ich habe die Angaben im Moment nicht parat. Ich glaube, bei der beschränkten Ausschreibung liegt die Grenze bei 150 000 €. Allerdings wird dann noch unterschieden zwischen Tiefbau und Hochbau.

(Abg. Walter Heiler SPD: Hochbau, Tiefbau und Ausbau!)

Ich lasse es Ihnen zukommen, bevor ich Ihnen falsche Zahlen sage.

(Abg. Walter Heiler SPD: Gut!)

– Gut, machen wir so.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Vielen Dank, Herr Minister.

Es liegen keine weiteren Fragen vor. Damit ist Tagesordnungspunkt 2 – Regierungsbefragung – beendet.

Bevor ich Tagesordnungspunkt 3 aufrufe, erkläre ich Ihnen, wie sich die Fraktionen in Bezug auf die weitere Tagesordnung untereinander abgesprochen haben.

Ich rufe zunächst **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

**Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum – Wald und Landwirtschaft in Baden-Württemberg – Drucksache 14/4339**

Tagesordnungspunkt 6 soll ohne Aussprache an den Ausschuss Ländlicher Raum und Landwirtschaft überwiesen werden.

Wer dafür ist, diesen Antrag ohne Aussprache an den Ausschuss Ländlicher Raum und Landwirtschaft zu überweisen, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Es ist so beschlossen.

Die Tagesordnungspunkte 7 und 8 werden heute abgesetzt. Es wird in einer der nächsten Präsidiumssitzungen entschieden, wann diese Tagesordnungspunkte erneut im Plenum aufgerufen werden. – Damit ist das Plenum einverstanden.

Ich rufe jetzt **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

**Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Architektengesetzes – Drucksache 14/6567**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Wirtschaftsausschusses – Drucksache 14/6915**

**Berichterstatteerin: Abg. Edith Sitzmann**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich Herrn Abg. Mack für die CDU-Fraktion das Wort. – Bitte, Herr Abgeordneter.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Guter Mann! – Gegenruf des Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist er nur, wenn er kurz spricht!)

**Abg. Winfried Mack CDU:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann es kurz machen. Es geht um die Umsetzung der EU-Berufsqualifikationsrichtlinie. Wir wollen, dass das Architekturstudium bei uns in ganz Europa anerkannt wird. Deswegen brauchen wir die vierjährige Gesamtregelstudienzeit. Daneben wird noch geregelt, dass sämtliche Rechtsformen einer Kapitalgesellschaft in Zukunft auch für Architekturbüros geöffnet sind. Das sind die wesentlichen Regelungsinhalte.

Wir haben bei den Ausschussberatungen festgestellt, dass wir dieses Gesetz einstimmig mittragen. Deswegen glaube ich, dass das auch hier so erfolgen kann.

Ich darf vielleicht noch einen Satz sagen. Stuttgart selbst ist eine Architektenstadt. An der Universität in Stuttgart gibt es eine ausgezeichnete, weltweit anerkannte Architekturausbildung. Auch an einigen Fachhochschulen in Baden-Württemberg gibt es eine sehr gute Architekturausbildung. Mit dem heutigen Tag kann man sagen: Man kann sich darauf freuen, was diese guten Architekten aus dem heutigen Gleisfeld im Rahmen von Stuttgart 21 in Zukunft machen werden.

(Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Wir freuen uns darauf und stimmen diesem Gesetz zu.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr gut!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Prewo für die Fraktion der SPD.

**Abg. Dr. Rainer Prewo SPD:** Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich kann es ausnahmsweise noch kürzer machen als Herr Kollege Mack. Denn mit dem Gesetz vollziehen wir eigentlich Regelungen auf anderen Rechtsfeldern nach, die sich z. B. durch den Bologna-Prozess und die Bachelor- und Masterausbildung ergeben haben: Einführung einer vierjährigen Regelstudienzeit für Architekten, Zulassung von Architekturbüros als Kapitalgesellschaften und eine Verstärkung der Regelungen zur Berufshaftpflicht.

(Dr. Rainer Prewo)

Darauf müssen wir nicht im Einzelnen eingehen. Das haben wir im Ausschuss behandelt, und wir sind uns alle einig, dass das sinnvoll ist.

Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Thomas Bopp CDU)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Sitzmann für die Fraktion GRÜNE.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Noch kürzer!)

**Abg. Edith Sitzmann GRÜNE:** Bei diesem Gesetz, Frau Präsidentin und liebe Kolleginnen und Kollegen, können wir als Landtag nach den Kontroversen am Vormittag Einigkeit demonstrieren. Meine beiden Vorredner haben bereits die Punkte genannt, um die es bei diesem Gesetzentwurf geht. Es handelt sich um eine Anpassung an bestehende Verhältnisse, nachdem das Architektengesetz jetzt elf Jahre alt ist und sich viele Punkte weiterentwickelt haben. Auch die Fraktion GRÜNE wird dem Gesetzentwurf zustimmen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erhält Frau Abg. Fauser für die Fraktion der FDP/DVP.

**Abg. Beate Fauser FDP/DVP:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Auch ich kann es recht kurz machen. Das Architektengesetz ist 1999 zum ersten Mal neu gefasst und neuen Entwicklungen angeglichen worden. Das Wichtigste ist selbstverständlich die europäische Berufsqualifikationsrichtlinie, die beinhaltet, dass sich unsere Architekten, Landschaftsplaner, Stadtplaner überall in Europa niederlassen können und überall arbeiten können. Damit sind auch die kleinen Fachrichtungen wie Innenarchitektur, Landschaftsarchitektur und Stadtplanung aufgewertet worden. Es ist erfreulich, dass eine Übergangsregelung für bereits Studierende vorgesehen ist, sodass da keine Probleme auftreten.

Ich möchte noch sagen: Wenn wir jetzt eine vierjährige Regelstudienzeit einführen, muss man vielleicht doch darauf hinweisen, dass dies die öffentliche Hand selbstverständlich Geld kostet – genauso wie die Studierenden, die erst ein Jahr später in den Beruf eintreten können.

Die Teilrechtsfähigkeit des Versorgungswerks der Architektenkammer halte ich für eine notwendige Regelung, da damit die Möglichkeit, Regressansprüche der Architektenkammer auf die Versorgungswerke zu übertragen, nicht mehr besteht. Außerdem wird der Abschluss einer Berufshaftpflichtversicherung gesetzlich festgeschrieben. Bisher war die Pflicht zum Abschluss nur in der Berufsordnung der Architektenkammer festgeschrieben. Ich hoffe, dass sich die Versicherung durch diese Änderung nicht insgesamt verteuert.

Die Öffnung des Architektengesetzes für alle Formen der Kapitalgesellschaften ermöglicht zukünftig größere Gestaltungsspielräume, während früher nur die Form der GmbH zur Verfügung stand. Damit aber weiterhin der Einfluss von Architekten gewährleistet ist, wird im Gesetz festgelegt, dass die

se nicht nur die Stimmenmehrheit unter den Gesellschaftern, sondern auch die Mehrheit des Kapitals halten müssen.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Minister Pfister für die Landesregierung.

**Wirtschaftsminister Ernst Pfister:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Wirtschaftsminister freut sich natürlich ungemein, dass alle vier Fraktionen diesem Gesetzentwurf zustimmen. Damit ist der Beweis erbracht: Es ist ein gutes Gesetz. Herzlichen Dank für die Zustimmung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP sowie des Abg. Claus Schmiedel SPD)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, in der Allgemeinen Aussprache liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Gesetzentwurf Drucksache 14/6567.

Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses, Drucksache 14/6915. Der Wirtschaftsausschuss empfiehlt Ihnen, dem Gesetzentwurf unverändert zuzustimmen.

Ich rufe auf

Artikel 1

Änderung des Architektengesetzes

Wer Artikel 1 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Artikel 1 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 2

Übergangsvorschrift

Wer Artikel 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Artikel 2 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 3

Neubekanntmachung

Wer Artikel 3 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Artikel 3 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 4

Inkrafttreten

Wer Artikel 4 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Artikel 4 ist einstimmig zugestimmt.

(Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte)

#### Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 6. Oktober 2010 das folgende Gesetz beschlossen:“.

#### Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Änderung des Architektengesetzes“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

#### S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Gesetz wurde einstimmig zugestimmt.

Damit ist Punkt 3 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

#### **Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Landespersonalausweisgesetzes – Drucksache 14/6695**

#### **Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses – Drucksache 14/6944**

#### **Berichterstatter: Abg. Hans-Ulrich Sckerl**

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich Frau Abg. Bormann für die Fraktion der CDU das Wort.

**Abg. Monika Bormann** CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zum 1. November, also in knapp einem Monat, soll das neue Gesetz zur Änderung des Landespersonalausweisgesetzes in Kraft treten. Das neue Gesetz wird notwendig, weil zum gleichen Zeitpunkt das Bundesgesetz über Personalausweise und zum elektronischen Identitätsnachweis in Kraft tritt.

Das Ausweiswesen ist im Zuge der Föderalismusreform zum 1. September 2006 in die ausschließliche Zuständigkeit des Bundes übergegangen. Deswegen muss das Landesgesetz an die bundesrechtlichen Vorschriften angepasst werden.

Im Bundesgesetz sind alle Regelungen zur Ausweispflicht, zum vorläufigen Personalausweis, zur örtlichen Zuständigkeit, zu den Pflichten des Ausweisbewerbers, zur Ungültigkeit von Personalausweisen und vorläufigen Personalausweisen, zu den Pflichten des Ausweisinhabers sowie zur Einziehung von Personalausweisen und vorläufigen Personalausweisen geregelt. Des Weiteren regelt das Bundesrecht außerdem die Vorgaben zur Antragstellung, zur Verlustanzeige und zu den Informationspflichten von Personalausweisbehörden und Polizeistellen.

Die bisherigen landesrechtlichen Regelungen sind damit obsolet geworden und müssen aufgehoben werden.

Zu dem neuen Personalausweisgesetz wurden die kommunalen Landesverbände angehört. Das Gesetz ist im Wesentlichen auf breite Zustimmung gestoßen, da sich an den Zuständig-

keiten der Behörden nichts ändert. Die Personalausweisbehörden bleiben weiterhin bei den Ortspolizeibehörden und bei den Verwaltungsgemeinschaften. Der Städtetag ist mit den Gesetzesänderungen einverstanden. Lediglich der Gemeindetag hat Bedenken angemeldet, da es durch die neue Funktion des Personalausweises vermutlich zu erheblich längeren Bearbeitungszeiten bei den Pass- und Ausweisbehörden kommen kann.

Wie Sie alle wissen, wird der altbekannte Personalausweis zum 1. November 2010 zu einem biometriegestützten Identitätsnachweis. Der Gemeindetag befürchtet nun aufgrund dieser zusätzlichen Funktionen höhere Personalkosten. Der Bundesrat hat sich bereits mit dem Thema befasst und festgelegt, dass die Kosten in zwei Jahren evaluiert und gegebenenfalls berichtigt werden sollen.

Meine Damen und Herren, das neue Landespersonalausweisgesetz erfüllt alle nötigen Voraussetzungen. Daher bitte ich Sie um Ihre Zustimmung.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP – Zuruf von der CDU: Prima!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erhält Herr Abg. Heiler für die Fraktion der SPD.

**Abg. Walter Heiler** SPD: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! In der Tat werden auch wir diesem Gesetz zustimmen. Diese Gesetzesänderung ist konsequent und folgerichtig. Es gibt eine Bundeszuständigkeit. Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf wird die Zuständigkeit als Ausweisbehörde und als Ordnungswidrigkeitsbehörde geregelt.

Sie haben es angesprochen: Der Gemeindetag hat u. a. geäußert, dass die Ersatzleistungen, die die Kommunen, die Ausweisbehörden, erhalten sollen, nicht auskömmlich sind. Deshalb sei der Hinweis gestattet, wie es bislang lief: Jeder hat einen Personalausweis. Die Ausstellung geht relativ einfach. Man geht zu seinem Amt. Dort wird die Identität festgestellt und die Staatsangehörigkeit geklärt. Dann wird die Größe gemessen, die Augenfarbe festgestellt, das Kontrollblatt ausgedruckt, unterschrieben, das Bild aufgeklebt, eingescannt und die Gebühr kassiert. Bislang sind das 8 €.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Langsam, sonst kommt man nicht mit!)

Wenige Tage oder Wochen später bekommen Sie eine Nachricht. Dann gehen Sie hin und holen den Ausweis ab. Die Identität wird nochmals festgestellt, der alte Ausweis wird abgegeben, der neue herausgegeben. Damit ist es erledigt.

Das neue Verfahren sieht folgendermaßen aus: Sie gehen zu Ihrem Amt. Dort wird wie bisher die Identität festgestellt. Dann gibt es mithilfe eines Gesprächsleitfadens eine Erstinformation des Antragstellers zum neuen Personalausweis. Danach wird geklärt, ob die deutsche Staatsangehörigkeit besteht. Hierzu ist eine schriftliche Erklärung des Antragstellers erforderlich. Dann werden die nicht biometrischen Daten und das Lichtbild erfasst. Die Verfahren sind jetzt identisch mit dem E-Pass-Verfahren. Dann werden die Fingerabdrücke erfasst. Das ist freiwillig. Dazu gibt es einen Gesprächsleitfaden. Es folgt die schriftliche Erklärung des Antragstellers zur

(Walter Heiler)

Aufnahme der Fingerabdrücke unter Zuhilfenahme eines Erklärungsblatts. Dann folgt der Ausdruck des Kontrollblatts, die Prüfung der Angaben und die mündliche Information des Antragstellers zur Online-Ausweisfunktion.

(Heiterkeit)

Als Nächstes folgt die Aushändigung einer Informationsbroschüre. Der Antragsteller muss den Erhalt dieser Broschüre schriftlich bestätigen. Dann gibt es eine Information über die Zusendung. Ich stelle mir vor, es gibt Menschen – vornehmlich betrifft dies die Älteren –, die mit dem Computer nichts zu tun haben. Sie werden dann über die Zusendung des Briefes mit dem Sperrkennwort sowie der Geheim- und der Entsperrnummer informiert. Dann wird die Gebühr in Höhe von 28,80 € erhoben. Es folgt die Übermittlung der Daten an den Ausweishersteller, die Bundesdruckerei. Jetzt kommt die Ausgabe des neuen Personalausweises.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Gott sei Dank!)

Der Ausweishersteller teilt der Ausweisbehörde elektronisch mit, dass die Dokumente versandbereit sind, und übermittelt das Sperrkennwort. Die Personalausweisbehörde quittiert den Empfang des Dokuments beim Frachtdienstleister und den Empfang des Sperrkennworts gegenüber dem Ausweishersteller. Dann erfolgt das Speichern des jeweiligen Sperrkennworts im Ausweisregister, die Prüfung der Funktionsfähigkeit des Chips und die Identifizierung des Antragstellers. Der Antragsteller erklärt den Erhalt des Briefes mit dem Sperrkennwort sowie den Erhalt der Geheim- und der Entsperrnummer schriftlich.

Es folgt die schriftliche Erklärung des Antragstellers, ob er die Onlinefunktion des Ausweises nutzen will. Bei Ablehnung der Onlinefunktion erfolgt die Ausschaltung der Onlinefunktion und die Dokumentation im Ausweisregister. Visualisierung der im Chip gespeicherten Daten erfolgt auf Wunsch des Antragstellers.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Mit Gesprächsleitfaden!)

Dann wird der Personalausweis ausgehändigt, und es muss – jetzt kommt etwas Neues – nicht nur das Datum, sondern auch die Uhrzeit dokumentiert werden. Dann werden die Fingerabdrücke im Einwohnerverfahren gelöscht, und der alte Ausweis wird eingezogen.

Was will ich damit sagen?

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich könnte jetzt einen alten Witz bringen und sagen: Wiederholen Sie einmal, Herr Kluck.

(Heiterkeit des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Das mache ich natürlich nicht.

Nun wieder ernsthaft. Dies bedeutet: Dieses Verfahren ist deutlich aufwendiger als das bisherige Verfahren. Die Stadt Düsseldorf, die hierzu eine Erhebung gemacht hat, ist zu dem Ergebnis gekommen, dass mindestens das Dreifache an Bearbeitungszeit gegenüber dem bisherigen Verfahren anfällt.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Ja toll!)

Wir sind der Auffassung – das ist übrigens auch im Ausschuss übereinstimmend von den Fraktionen so gesehen worden –, dass die 6 €, die die Ausweisbehörden dafür pro Vorgang erhalten, nicht ausreichend sein werden. Aber es wird ja eine Evaluierung geben. Dann werden wir feststellen, dass den Kommunen mehr Geld gegeben werden muss, damit dieser Mehraufwand abgedeckt ist. Ich verweise hierzu auf das Konnexitätsprinzip.

Jetzt zum zweiten Punkt. Mit der Beschreibung dieses Verfahrens will ich auch auf eines hinweisen: Das Verfahren ist sehr kompliziert. Hierzu gibt es Informationsveranstaltungen und Seminare des Innenministeriums für alle in den Behörden beschäftigten Mitarbeiter, die mit diesen Dingen zu tun haben. Aber in vielen kleinen Kommunen und Teilorten, in denen Rathäuser bzw. Verwaltungseinheiten nur ein paar Stunden pro Tag geöffnet sind, wird dies nicht mehr zu leisten sein.

Deshalb befürchten wir, dass bei der Umsetzung ein Stück Bürgernähe verloren gehen wird. Wir haben hier heute nicht darüber zu entscheiden, weil dies auf Bundesebene entschieden wurde. Aber man muss darauf hinweisen. Wir bedauern natürlich den drohenden Verlust von Bürgernähe und hoffen, dass es nicht so kommen wird.

Lassen Sie mich meine Rede mit einem Zitat des damaligen Bundesinnenministers Dr. Schäuble beenden. Als das Gesetz im Bundestag verabschiedet wurde, hat er gesagt:

*Der neue Personalausweis macht den elektronischen Geschäftsverkehr sicherer und einfacher für Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaft und Verwaltung. Er trägt zum Bürokratieabbau bei*

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Oje!)

*und bringt ein enormes Einsparpotenzial mit sich.*

Schön wäre es.

Wir stimmen, wie gesagt, dem Landesgesetz zu – mit den Bedenken, die ich vorgetragen habe.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Günther-Martin Pauli CDU)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Sckerl für die Fraktion GRÜNE.

**Abg. Hans-Ulrich Sckerl** GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das Landesbegleitgesetz ist kein strittiges Thema, auch bei uns nicht. Es regelt das Notwendige. Die Kompetenz liegt beim Bund.

Wesentlich ist – Kollege Heiler hat es richtig gesagt – die Abdeckung des kommunalen Mehraufwands. Wir würden heute gern hören, Herr Minister, dass die Landesregierung vom Grunde her hier die Gültigkeit des neuen Konnexitätsprinzips anerkennt – ohne Festlegung auf die damit verbundenen kostenmäßigen Folgen in der Zukunft, die erst einmal evaluiert werden sollen. Ich glaube, das wäre eine wichtige Aussage für die Kommunen.

(Hans-Ulrich Sckerl)

Mehr muss man, glaube ich, zu diesem Landesbegleitgesetz nicht sagen.

Ich will aber die Gelegenheit nutzen, um noch einmal deutlich zu machen, dass nicht umsonst von vielen bürgerrechtsbewegten Gruppierungen – Humanistische Union, Anwaltsvereine und andere – schwerwiegende Bedenken gegen die Einführung des elektronischen Personalausweises geltend gemacht worden sind. Dieser wird am 1. November kommen; das wissen wir. Aber wir sollten uns schon darüber im Klaren sein, dass das ein weiterer Schritt hin zum gläsernen Bürger sein wird, insbesondere durch die Speicherung biometrischer Daten, auch wenn der Fingerabdruck nur freiwillig genommen werden wird.

Wir haben uns noch einmal das Gesetzgebungsverfahren angeschaut und festgestellt: Selbst das Bundeskriminalamt hat im Vorfeld zum Ausdruck gebracht, dass es mit dem bisherigen Dokument Personalausweis eigentlich keine Sicherheitsprobleme gibt und dass Fälschungen von ihrem Umfang her eine vernachlässigbare Größe sind. In diesem Zusammenhang ist aus unserer Sicht bei dem Pflichtdokument Personalausweis nicht dargetan, warum es genau diese Art von Ausweis mit genau diesen biometrischen Daten sein soll.

Es gibt Sicherheitsprobleme, Herr Minister. Wir würden es, auch wenn die gesetzgeberische Beratung im Bundesrat inzwischen abgeschlossen ist – das wissen wir –, sehr begrüßen, wenn Sie sich auf der nächsten Innenministerkonferenz nochmals um die Themen „Sicherheitslücken bei den Lesegeräten“, „Raub der PIN-Nummer“ und „Missbrauch mit den künftigen PIN-Daten des Bürgers“ beschäftigen würden. Da gab es in der Fachdiskussion Ende September Sicherheitsbedenken, die nach unserem Dafürhalten aufgeklärt werden müssen.

Die richtige und wichtige Idee bei diesem elektronischen Personalausweis ist die Schaffung einer optionalen Identifikationsfunktion für die Onlinetätigkeit. Wenn der Bürger also Onlinebanking betreibt, dann soll er künftig die staatlich garantierte und zertifizierte Sicherheit dafür haben. Aber muss es – die Frage muss erlaubt sein – wirklich das Pflichtdokument Personalausweis sein, oder hätte dafür nicht eine Identifikationskarte genügt, die der Bürger zusätzlich erwerben kann, ohne dies mit dem Personalausweis verbinden zu müssen? Insofern bleibt ein schaler Beigeschmack.

(Ein Handy klingelt.)

Wir können dies vonseiten des Landes nicht beeinflussen; der Bundesgesetzgeber hat so entschieden. Ich möchte aber an dieser Stelle auch an Sie adressiert, lieber Herr Kollege Kluck, auf dieses Manko des Gesetzes im Hinblick auf die Bürgerrechte ausdrücklich hinweisen. Dieses Gesetz ist schließlich durch die Bundesregierung unter Mitwirkung der FDP bestätigt und letztlich umgesetzt worden.

Dem Landesgesetz stimmen wir zu.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, Handys nur außerhalb des Plenarsaals zu benutzen.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kluck für die Fraktion der FDP/DVP.

(Abg. Claus Schmiedel SPD zu Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Herr Kluck, jetzt wird es schwer!)

**Abg. Hagen Kluck** FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Dass dieses Gesetz nicht das Gelbe vom Ei ist, haben wir von Herrn Heiler sowie auch von Herrn Kollegen Sckerl bereits gehört. Herr Kollege Sckerl hat hier jedoch – für Herrn Heiler gilt das sowieso – den falschen Eindruck zu erwecken versucht, dieses Gesetz sei von Schwarz-Gelb gemacht worden.

(Abg. Walter Heiler SPD: Das habe ich nicht behauptet!)

Nein, es ist ein Restant aus der schwarz-roten Koalition.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Kassieren! Sofort kassieren!)

Alles, was daran schlecht ist, hat sicherlich die SPD in das Verfahren eingebracht.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Worum es bei diesem Gesetzentwurf geht, hat Frau Kollegin Bormann freundlicherweise schon erläutert. Es handelt sich lediglich um eine Anpassung an die Rechtsetzung auf Bundesebene. Die Fraktion der FDP/DVP wird diesem Landesausführungsgesetz deshalb zustimmen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Aha!)

Die saftige Gebührenerhöhung stört uns auch. Ebenso stört uns der Bürgerrechtsaspekt. Aber dies können wir von hier aus nicht heilen,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: „Heilern“!)

obwohl wir Heiler und Wunderheiler bei uns haben. Die CDU hat gute Drähte zu Herrn de Maizière in Berlin. Vielleicht kann man da noch schauen, dass die Sache nicht ganz so teuer wird. Lassen wir diese Verbindung ruhig einmal spielen.

Herr Kollege Sckerl sagte eben, man bräuchte es so nicht. Ich selbst habe das Glück, dass mein Ausweis noch bis 2019 gültig ist. Da stellt sich die Frage, ob ich überhaupt noch einen neuen Ausweis brauche.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Sicher! Das sind ja noch zwei Legislaturperioden! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sicher, Hagen, bei deinem Lebenswandel!)

– Ja, dieser Lebenswandel hat mich bislang bis in mein hohes Alter glücklich gemacht, und das soll auch so bleiben. Aber vielleicht gibt es bis dahin auch schon wieder eine Vereinfachung, wenn ich 2019 aufs Amt gehe.

Der neue Ausweis hat ergänzende elektronische Funktionen. Manche Leute brauchen sie vielleicht nicht, andere wiederum brauchen sie. Wenn man z. B. über das Internet eine Fahrkarte kauft, muss man dem Schaffner zu dem Fahrkartenausdruck

(Hagen Kluck)

immer ein Dokument zur Identifikation vorzeigen. Ich weiß nicht, ob Herr Kollege Heiler schon einmal Zug gefahren ist.

(Abg. Walter Heiler SPD: Ich fahre fast immer Zug!)

Der Schaffner hält sein Lesegerät an diese seltsame Grafik, dann klickt es, und dann weiß er: Das ist genau dieser Mensch. Das wird zukünftig mithilfe des Ausweises möglich sein, so dass man nicht immer seine Kreditkarte bei sich führen muss – was die Sicherheit zumindest der eigenen Geldreserven erhöhen könnte.

(Heiterkeit der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Man braucht also nicht immer zu schauen, ob man das richtige Dokument dabei hat. Den Personalausweis pflegen der deutsche Mann und die deutsche Frau bei sich zu führen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Zeigen Sie ihn einmal!)

– Man muss ihn ja nicht dabei haben. Aber die meisten haben ihn dabei.

Mich stört mehr, dass man einen Fehler schon des bisherigen Ausweises mit dem neuen nicht geändert hat. Schauen Sie sich einmal Ihren Ausweis an. Seit man die biometrischen Kennzeichen hat, dürfen Sie nicht mehr lächeln, sondern Sie werden immer mit einem grimmigen Gesicht abgebildet. Ich meine, es würde dem Sicherheitsbedürfnis der Bundesbürgerinnen und Bundesbürger durchaus entsprechen, wenn man Leute mit lächelndem Antlitz auf dem Ausweis abbilden könnte.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Hagen, du machst wieder Freude!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Für die Landesregierung erhält Herr Minister Rech das Wort.

**Innenminister Heribert Rech:** Verehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Kollegen! Lieber Kollege Heiler, Kompliment, dass man über ein so kurzes Gesetz so lange reden kann, zumal wenn es die Zustimmung aller Fraktionen erfährt.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Frau Kollegin Bormann, Sie haben das Wesentliche gesagt. Es handelt sich um ein Ausführungsgesetz.

Herr Kollege Heiler, ich sage Ihnen voraus: Dieses biometrische elektronische Identitätsdokument wird zu einer Vereinfachung führen. Im Geschäftsverkehr und im Wirtschaftsverkehr wird es zu einer Entbürokratisierung in großem Umfang führen – wenn man es hat. Davor sind natürlich einige Hürden zu überwinden, die Sie dargelegt haben. Aber diese muss man halt mit einem bürokratischen Aufwand nehmen, den Nichtverwaltungsmenschen wie wir beide nicht so ohne Weiteres verstehen können.

Aber das ist ein Bundesgesetz. Das können wir beklagen oder nicht.

(Abg. Walter Heiler SPD: Obwohl wir es nicht verstehen, können wir doch dazu reden!)

– Auch wenn man es nicht versteht, kann man dazu reden. Deswegen habe ich mich gewundert, wie lange Sie dazu geredet haben.

Aber jetzt ernsthaft, meine Damen und Herren. Wir haben natürlich noch ein Thema miteinander zu bearbeiten. Wenn ich in der ersten Lesung gesagt habe, die Anpassung des Landespersonalausweisgesetzes an das Bundesrecht habe keine finanziellen Auswirkungen, dann ist das natürlich richtig. Das will ich noch einmal betonen.

Aber genauso richtig ist, Herr Kollege Heiler, dass wir feststellen müssen – wie wir das im Innenausschuss auch getan haben –, dass der neue Ausweis bei den Gemeinden zu höheren Fallbearbeitungszeiten – das ist absehbar – und damit natürlich auch zu höheren Kosten gegenüber dem alten Personalausweis führen wird. Dem hat der Bund – so sagt er – dadurch Rechnung getragen, dass er die Gebührenordnung entsprechend angepasst hat, und zwar nicht unwesentlich. Der Verwaltungskostenanteil der Kommunen wurde dabei von 76 Cent auf jetzt 6 € heraufgesetzt. Aber es ist nicht sicher, dass das auskömmlich sein wird.

Sie befürchten, wie die Bürgermeister das in solchen Fällen immer tun – das kann ich auch nachvollziehen –, dass dies nicht ausreichen wird. Das soll nach zwei Jahren Praxiserfahrung überprüft werden. So ist es jedenfalls zwischen dem Bund und den kommunalen Landesverbänden vereinbart worden. Ich halte dieses Vorgehen für richtig.

Herr Kollege Sckerl, nehmen Sie es mir nicht übel, wenn ich die Frage nach dem Konnexitätsprinzip heute nicht ex cathedra beantworten will. Das wird exakt zu prüfen sein. Es ist ein Bundesgesetz. Da will ich mich jetzt nicht gleich ins Obligo begeben. Aber darüber, dass es zu einem Kostenausgleich kommen muss und wir fragen müssen, wer letztlich die Mehrkosten trägt, wenn die 6 € nicht auskömmlich sein sollten, müssen wir in der Tat diskutieren. Das können wir machen. Aufgrund der Erfahrungen haben wir dann mehr gute Gründe für die Forderungen – oder auch nicht. Das werden wir sehen. Ich denke, das handhaben wir sehr praxisnah. Dann kommen wir auch zu guten Ergebnissen.

Herr Kollege Sckerl, Sie haben über Sicherheitsfragen beim Dokument selbst gesprochen. Sie haben gesagt, dass die Größenordnung der Fälschungen bisher vernachlässigbar sei. Aber möglicherweise sind schon fünf oder zehn oder auch nur zwei perfekt gemachte Fälschungen eine Sicherheitsfrage, je nachdem, wer die Fälschungen dann nutzt und in der Hand hat.

Schauen wir also, ob es da Sicherheitsdefizite gibt. Das kann ich von hier aus nicht beantworten. Der Bundesinnenminister hat, soweit ich es in Erinnerung habe, einmal öffentlich geäußert, das sei nicht der Fall. Aber ich bin kein Techniker. Ich bin schon froh, wenn ich mein neues I-Pad aufmachen kann, Herr Kollege Hoffmann.

Ich bedanke mich für die Zustimmung.

Vielen Dank.

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, in der Allgemeinen Aussprache liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur Abstimmung über den Gesetzentwurf Drucksache 14/6695.

Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Innenausschusses, Drucksache 14/6944. Der Innenausschuss empfiehlt Ihnen, dem Gesetzentwurf zuzustimmen.

(Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte)

Ich rufe auf

Artikel 1

Änderung des Landespersonalausweisgesetzes

Wer Artikel 1 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Artikel 1 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 2

Neubekanntmachung

Wer diesem Artikel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Artikel 2 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 3

Inkrafttreten

Wer Artikel 3 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Artikel 3 ist einstimmig zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 6. Oktober 2010 das folgende Gesetz beschlossen.“

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Änderung des Landespersonalausweisgesetzes“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Herr Abg. Untersteller, ich denke, Sie wollen dem Gesetz auch zustimmen.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Ja, klar!)

Damit ist dem Gesetz einstimmig zugestimmt.

Punkt 4 der Tagesordnung ist erledigt.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

**a) Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Kindertagesbetreuungsgesetzes – Drucksache 14/6696**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Schule, Jugend und Sport – Drucksache 14/6946**

**Berichterstatter: Abg. Dr. Frank Mentrup**

**b) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Verbindliche Einführung des Orientierungsplans für die Kindertageseinrichtungen erfordert Qualitätsoffensive – Drucksache 14/4633**

**c) Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Implementierung des Orientierungsplanes und Sicherung der Qualität – Drucksache 14/4807**

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich Herrn Abg. Hoffmann für die Fraktion der CDU das Wort.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ich darf Sie bitten, die Unterhaltungen nach draußen zu verlegen.

**Abg. Andreas Hoffmann** CDU: Werte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich versuche, es kurz zu machen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das wäre mir recht!)

Wir haben über dieses Thema schon einige Male debattiert – u. a. in der letzten Plenarsitzung und sehr ausführlich im Schulausschuss. Ich glaube, wir können die jetzige Debatte abkürzen.

Es geht entscheidend um zwei Punkte, die auch in den Anträgen der Opposition umrissen werden. Zum einen geht es um die Frage der Verbindlichkeit der Umsetzung des Orientierungsplans. Ich weiß nicht, ob der Kollege Mentrup, von dem der betreffende Änderungsantrag wohl initiiert wurde, im Saal ist.

(Abg. Dr. Frank Mentrup SPD: Ja!)

– Wunderbar. Ich sehe Sie, lieber Herr Kollege Mentrup. – Wir haben gesagt: Wir wollen den Orientierungsplan. Ich habe der Begründung Ihres Änderungsantrags die Aussage entnommen, Baden-Württemberg sei eines der letzten Bundesländer, die den Orientierungsplan einführen. Lieber Herr Mentrup: Bereits in der Zeit, in der Sie noch nicht dem Landtag von Baden-Württemberg angehörten, gab es eine Modellphase. Daran haben mehrere Hundert Kindergärten teilgenommen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Habt ihr etwas daraus gelernt? Ihr habt überhaupt nichts daraus gelernt!)

Mehrere Tausend Kindergärten haben gesagt, auch sie wollten mitmachen, und sie haben mitgemacht. Es kann also nicht die Rede davon sein, Baden-Württemberg sei eines der letzten Bundesländer, die den Orientierungsplan einführen. Im Übrigen ist der Orientierungsplan fachlich wohl unbestritten.

Wenn Sie, Herr Mentrup, mit Fachleuten reden – das tun Sie, lieber Herr Mentrup; ich schätze Sie auch als Fachmann –, dann wissen Sie, dass unser Orientierungsplan bundesweit als einer der besten gilt. Er ist also umgesetzt, und er wird auch eingesetzt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Nun kann man darüber streiten, ob wir den Orientierungsplan gleich verbindlich machen müssen oder ob wir den Kommunen die Chance geben können, den Orientierungsplan verbind-

(Andreas Hoffmann)

lich umzusetzen, ohne dass der Landtag dies vorschreibt. Wir haben uns für den zweiten Weg entschieden. Ich sage auch klar, warum wir das getan haben – den Grund darf man offen benennen –: Mit dem Orientierungsplan teilen sich Kommunen und Land die Kosten. Das Land trägt zwei Drittel, die Kommunen übernehmen ein Drittel.

Wenn wir mittags über mehr Geld diskutieren – entweder für das Land oder für die Kommunen – und an einem anderen Tag morgens alle die Haushaltslage des Landes oder die finanzielle Lage der Kommunen bejammern, dann passt die Diskussion über die sofortige Umsetzung der Verbindlichkeit eben nicht so richtig in den Raum. Wir müssen uns entscheiden, ob wir den Kommunen Spielräume lassen und sagen: freiwillige Umsetzung. Wenn es dann nicht klappt, kann man meinetwegen nachlegen. Auch ich will, dass der Orientierungsplan irgendwann verbindlich ist; das sage ich ganz offen. Aber ich finde, wir sollten den Kommunen und den Trägern jetzt die Chance geben, den Orientierungsplan von selbst anzuwenden. Die meisten tun das ohnehin und brauchen nicht den Landtag von Baden-Württemberg, der ihnen sagt, was man machen soll.

Auch ich möchte eine Evaluation des Orientierungsplans – das ist kein Geheimnis –, und ich glaube, wir tun gut daran, wenn wir – die, die nach dem 27. März 2011 noch da sind – uns in der nächsten Legislaturperiode noch einmal mit diesem Thema beschäftigen und nach zwei Jahren schauen, was dabei herausgekommen ist. Unsere Kinder werden deswegen nicht schlechter ausgebildet bzw. nehmen deswegen nicht schlechter an der frühkindlichen Bildung teil.

Zweiter Punkt: Die Grünen beziehen sich in ihrem Antrag auf die Frage, ob die Kommunen die Gelder, die sie vom Land bekommen, weitergeben müssen, ob sie diese verrechnen können oder nicht. Dazu habe ich schon beim letzten Mal etwas gesagt.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Das waren zwei SPD-Anträge!)

– Ja. Aber so, wie ich Sie kenne, werden Sie es anbringen, liebe Frau Lösch. Ich kenne Sie doch.

(Heiterkeit der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Die Kommunen können das verrechnen, müssen es aber nicht. Wir haben kommunalisiert; das will ich noch einmal in Erinnerung rufen. In der letzten Wahlperiode des Landtags haben wir den Kommunen und den Trägern die Kompetenz gegeben, ihre Regelungen selbst zu treffen. Wir haben rund 400 Millionen € im Jahr an die Kommunen übertragen und ihnen gesagt: Einigt euch selbst. Das war ein großer Wunsch der Kommunen und übrigens auch ein Wunsch der Träger.

Jetzt kommt zum allerersten Mal ein Punkt, an dem wir wieder Geld übertragen. Jetzt wollen wir von hier aus nicht ernsthaft einschreiten und festlegen, wer bei Kommunen und Trägern was zu zahlen hat.

Im Gesetz ist die Mindestförderung festgelegt. Alles, was bisher darüber hinaus gefördert worden ist, kann bleiben. Wenn eine Kommune meint, sie müsse dieses Geld nicht weitergeben, dann bin ich sehr gespannt, wie unsere Gemeinderäte hinsichtlich der schnellen Umsetzung vor Ort darauf reagieren. Die Praxis braucht uns hier nicht. Wir im Landtag müssen

auch hier unsere Grenzen beherrschen. Kommunale Selbstverwaltung wird sich hier, glaube ich, ganz gut rechnen. Ich glaube auch nicht, dass es zu Ärger kommt. Wenn es zu Ärger kommt, würde ich den freien Trägern gute Karten einräumen, dass sie die Möglichkeit haben, ihre Ansprüche durchzusetzen.

Kurzum: Ich glaube, die Praxis in den Kindergärten, die Zusammenarbeit zwischen Kommunen und freien Trägern ist besser, als Sie sie in Ihren Anträgen unterstellen. Ich glaube, wir könnten noch ein bisschen abwarten, ob sich die Dinge nicht von selbst klären. Bei diesem Punkt geht es wirklich um nichts; die Differenzen sind minimal. Die Frage danach, ob verrechnet werden kann oder muss, ist nicht weltbewegend. Unsere Kinder werden nicht darunter leiden, wenn wir uns bei dieser Gelegenheit etwas zurücknehmen und die Sache vor Ort klären.

Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Ich erteile Herrn Abg. Dr. Mentrup für die SPD-Fraktion das Wort.

**Abg. Dr. Frank Mentrup SPD:** Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Das heute zur Abstimmung stehende und schon vor längerer Zeit vorgelegte Gesetz zur Änderung des Kindertagesbetreuungsgesetzes ist ein weiterer trauriger Zwischenakt in dem seit Jahren andauernden Drama, in dem es um Folgendes geht: Wie führen wir den Orientierungsplan in Baden-Württemberg in die Kindertagesstätten ein,

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Och!)

und – darum geht es ja eigentlich – wie übernehmen wir auch für die Bildung in den Kindertagesstätten eine landespolitische Verantwortung? Letztlich steht dieser Punkt dahinter. Dieser war ursprünglich Auslöser, sich überhaupt auf diesen Weg zu begeben.

Ich möchte noch einmal ein bisschen in die Historie gehen, wenn auch nicht besonders arg weit. Es ist interessant, dass Sie auf Seite 3 in der Stellungnahme zu dem Antrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/4807, schreiben – immerhin ist dies eine Stellungnahme vom 29. Juli 2009 –:

*Das Land hält an der Absicht fest, den weiterentwickelten Orientierungsplan im Laufe des Kindergartenjahres 2009/2010 für verbindlich zu erklären.*

Sie wissen, dass das – Herr Hoffmann, Sie haben es gesagt – von einer langen Modellphase und von einer Überarbeitungsphase begleitet war. Ich gebe Ihnen völlig recht, was die Qualität des Orientierungsplans betrifft. Es war auch mit der bundesweiten Anerkennung verbunden, dass wir einen der zwei oder drei besten Bildungspläne für den Kindertagesstättenbereich haben.

(Abg. Andreas Hoffmann CDU: Den besten!)

Das ist etwas, was uns sehr guttut und noch einmal zeigt, dass dieser ganze Prozess hinsichtlich der Fachlichkeit außerordentlich gut gelaufen ist und wir mit dem Ergebnis sehr zufrieden sein können.



(Dr. Frank Mentrup)

Nun ist im Juli vor einem Jahr angekündigt worden, dass wir den Orientierungsplan zu dem erwähnten Kindergartenjahr verbindlich einführen würden. Schon zu diesem Zeitpunkt Anfang Juli 2009 wusste man, dass dazu eine Einigung mit den kommunalen Landesverbänden nötig gewesen wäre, weil das Ergebnis all dieser Pilotuntersuchungen und Modellphasen lautete, dass man mit dem bisherigen Rahmen für die Personalbetreuung nicht hinkommt, um den Orientierungsplan wirklich qualifiziert einzuführen.

Frau Ministerin, auch wenn Sie damals noch nicht mit an Bord waren, wissen Sie es, weil es Ihnen erzählt worden ist: Es war eine peinliche Veranstaltung, dass man angekündigt hat, man führe den Orientierungsplan bis September ein, und im September sagen musste: „Wir müssen es verschieben, weil wir uns erst mit den Kommunen einigen müssen.“ Das hat sowohl bei den Eltern als auch bei den Erzieherinnen und Erziehern vor Ort zu erheblichem Unverständnis geführt.

Im Herbst gab es die Einigung mit den kommunalen Landesverbänden, die aus unserer Sicht zunächst einmal nicht besonders befriedigend war, obwohl wir es natürlich immer lieber sehen, wenn es eine solche Vereinbarung gibt, als wenn es keine gibt. Wir sind mit dieser Vereinbarung eines allmählichen Anstiegs des Personalschlüssels um 0,3 Personalstellen pro Gruppe noch immer weit von den international anerkannten Personalschlüsseln entfernt, die für eine adäquate Betreuung vorgesehen sind und die uns aus der Modellphase aus dem eigenen Land als benötigt kommuniziert wurden.

Für mich ist die Erfüllung des Konnexitätsprinzips im Rahmen dieser Vereinbarung noch immer nicht recht ersichtlich. Denn wenn man davon ausgeht, dass es sich um eine Landaufgabe handelt, nämlich die Bildung in der Kleinkindphase, dann ist mir nicht ersichtlich, wie man dann zu einem solchen Finanzierungsschlüssel kommen kann. Weil die Kommunen diesem aber zugestimmt haben, soll es jetzt zunächst einmal so sein.

Außerdem ist für uns sehr unbefriedigend, dass überhaupt nicht absehbar ist, wann man von diesen 1,8 allmählich aufsteigt, und vor allem, wann und wie die Betreuung in den Kleinkindgruppen der unter Dreijährigen in diesen Prozess mit hineinkommt. Denn wir alle sind uns einig – auch der Orientierungsplan sieht das vor –, dass wir auch für die unter Dreijährigen eine Aufgabe in der Bildung und eine Orientierung in der Bildung brauchen.

Nachdem diese Einigung im Herbst erzielt worden war, begann die nächste, wie ich finde, etwas peinliche Veranstaltung. Zum 1. September dieses Jahres sollte das umgesetzt werden, ist es auch umgesetzt worden, aber die gesetzliche Regelung kommt jetzt erst nachträglich. Da muss ich mich natürlich schon fragen: Warum gelingt es im Schulbereich meist gerade noch kurz vor knapp, die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen – ich erinnere an die Werkrealschuldiskussion in der letzten Julisitzung vor der Sommerpause –, und warum geht es im Kindergartenbereich offensichtlich irgendwie nicht? Möglicherweise haben Sie es hier mit mehr Partnern zu tun; das sind Sie nicht gewöhnt. Ich weiß es nicht. Jedenfalls finde ich es wiederum sehr ärgerlich, dass jetzt seit 1. September schon neue Personalschlüssel gelten, die wir aber im Grunde erst heute in eine endgültige gesetzliche Form kleiden.

Jetzt beginnen die Punkte, bei denen wir mit dem vorgelegten Gesetzentwurf nicht zufrieden sein können. Man hat sich auf eine gemeinsame Linie mit den Kommunen und den kommunalen Landesverbänden verständigt, und man legt jetzt einen Gesetzentwurf zur Abstimmung vor, der von diesen so nicht mitgetragen wird. Mit geht es gar nicht darum, Herr Hoffmann, jetzt als Landtag zu beurteilen, ob das nun „müssen“ oder „können“ heißen muss oder ob man es ganz herausnimmt. Ich finde, es ist ein Strickfehler, wenn man eine gesetzliche Umsetzung eines gemeinsamen Beschlusses offensichtlich nur dann hinbekommt, wenn einer der wichtigsten Partner bei diesem ursprünglichen Beschluss dann sagt: „Wir fühlen uns nicht im Rahmen der Vereinbarung bei diesem Gesetzentwurf berücksichtigt.“

Deshalb appellieren wir heute noch einmal erneut an Sie, sich mit den kommunalen Landesverbänden zu einigen. Wir haben es bei der Einschulungsuntersuchung schon einmal erlebt, dass es der Sache und der Umsetzung nicht guttut, wenn es dann solche Konfrontationen gibt. Ich hätte es für wichtig gefunden, dass man solchen Konfrontationen aus dem Weg geht.

Der gravierendste Punkt, warum wir auch heute diesen Gesetzentwurf ablehnen, ist der Verzicht darauf, den Orientierungsplan als Verpflichtung hereinzunehmen und damit auch die Sicherheit zu schaffen, dass wir es dann mit allen Trägern evaluieren können. Denn nur das ergibt Sinn, Herr Hoffmann. Wir geben hier doch erhebliche zusätzliche Landesmittel aus. Das muss mit einem Ziel verbunden sein, sonst ergibt es keinen Sinn. Nur die Verpflichtung auf dieses Ziel gibt uns das Recht, anschließend zu kontrollieren, ob dieses Ziel erreicht wurde. Sie geben zu wenig Geld aus und bringen nicht einmal die Verpflichtung hinein, wofür es ausgegeben werden soll, und können es dann – das ist für mich Bedingung – im Nachhinein auch nicht verpflichtend kontrollieren.

Daher ist das leider ein trauriger Zwischenschritt, aber es ist noch nicht der Schritt, den wir brauchen. Insofern können wir heute dem Gesetzentwurf nicht zustimmen – es sei denn, Sie stimmen unserem Änderungsantrag zu, womit ich aber nach Ihrem Beitrag leider nicht rechnen kann.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Lösch für die Fraktion GRÜNE.

**Abg. Brigitte Lösch GRÜNE:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei der ersten Lesung im Juli vor der Sommerpause hat Herr Staatssekretär Wacker die Bedeutung des Orientierungsplans ganz besonders hervorgehoben und ihn als Fundament der frühkindlichen Bildung bezeichnet.

(Abg. Georg Wacker CDU: Dazu stehe ich!)

– Ah, da ist er. – Da geben wir Ihnen recht.

Das Ergebnis der wissenschaftlichen Begleitung zeigt auch, dass Akzeptanz und Freude der Fachkräfte, mit dem Orientierungsplan zu arbeiten, vorhanden sind, dass aber der Druck in den Kindertageseinrichtungen gleichzeitig sehr zugenommen hat.

(Brigitte Lösch)

Wenn Ihnen die Umsetzung des Orientierungsplans tatsächlich wichtig ist, wenn er für Sie, wie Sie das ausgeführt haben, den roten Faden und Bildungskompass der frühkindlichen Bildung darstellt, dann erwarten wir von Ihnen aber auch, dass Sie eine gesetzliche Grundlage schaffen, um die Verbindlichkeit zu gewährleisten. Alles andere sind sonst nur leere Versprechungen und viel heiße Luft.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Andreas Hoffmann CDU: 140 Millionen €!)

Die jetzt ausgehandelten Verbesserungen – den Betreuungsschlüssel in einem Stufenplan von 1,6 auf 1,8 zu erhöhen – sind letztendlich viel zu wenig, um den Orientierungsplan in Gänze umzusetzen.

Die individuelle Förderung durch Beobachtung und Dokumentation sowie die verpflichtenden Elterngespräche, die ein Kernstück des Orientierungsplans sind, bleiben auf der Strecke. Mit diesem „Orientierungsplan light“ wird die jahrelange Arbeit der Erzieherinnen mit Füßen getreten.

Ich möchte nicht, dass nur Teile des Orientierungsplans umgesetzt werden, wie Herr Kollege Hoffmann das bei der ersten Lesung des Gesetzentwurfs gesagt hat. Ich möchte, dass das Gesamtkonzept des Orientierungsplans umgesetzt wird. Deshalb unterstützen wir auch die Forderung, den Orientierungsplan verbindlich einzuführen.

Der vorliegende Gesetzentwurf ist nur ein sehr kleiner Schritt hin zur Weiterentwicklung der Qualität in Kindergärten, aber eine sehr große Enttäuschung, weil er weit hinter den Erfordernissen zurückbleibt.

In dem Gesetzentwurf, den wir heute verabschieden, wird die verpflichtende Festlegung eines Mindestpersonalschlüssels in einer Ermächtigungsgrundlage zum Erlass einer Rechtsverordnung geregelt. Nicht nur, dass diese Rechtsverordnung viel zu spät kommt – sie hätte am 1. September dieses Jahres schon in Kraft treten sollen –, sondern auch inhaltlich gibt es in der Zwischenzeit viele Widersprüche, was sowohl von der 4-K-Konferenz, also von den vier Kirchen, als auch vom Paritätischen Wohlfahrtsverband festgestellt worden ist.

Die Personalberechnung im Bereich von Ausfallzeiten, Verfügungszeiten, Leistungsfreistellung und Hauptbetreuungszeiten ist nicht geklärt. Ich zitiere aus einer Stellungnahme der 4-K-Konferenz vom 16. September 2010:

*Sollte diese Entwurfsfassung in unveränderter Form Rechtsgültigkeit erlangen, könnte das politisch und fachlich notwendige Vorhaben einer Anhebung der Mindestpersonalschlüssel sogar einen Rückschlag erleiden.*

Deshalb muss diese Rechtsverordnung, für die wir heute die Ermächtigungsgrundlage verabschieden, dringend überarbeitet werden. Denn sie ist fachlich bisher einfach Murks.

Auch die kommunalen Landesverbände haben große Kritik an dem Gesetzentwurf geäußert; der Kollege hat es vorhin schon erläutert. Der Hauptkritikpunkt ist, dass für die Kommunen nur eine Kannbestimmung für die Anrechnung des Beitrags im Gesetz verankert ist. Dabei sind die kommunalen Landesverbände im Konsens mit dem Land davon ausgegangen, dass die Kommunen, die bereits jetzt eine bessere Perso-

nausstattung haben, ihre entsprechenden Leistungen voll anrechnen können. Im vorliegenden Gesetzentwurf wurde dies jedoch nur mit einer Kannregelung berücksichtigt. Das hat gravierende Folgen.

Ich möchte nun aus dem Brief des Städte- und des Gemeindetags vom 26. Juli 2010 zitieren, denn solche Aussagen liest man nicht oft in Stellungnahmen von kommunalen Landesverbänden:

*Damit setzt das Land das Vertrauen aufs Spiel, das Voraussetzung für die Regelung wesentlicher Fragen zwischen Land und Kommunen durch Vereinbarung ist.*

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es kann doch nicht sein, dass in einer Augen-zu-und-durch-Mentalität ein Gesetzentwurf verabschiedet werden soll, den weder die kommunalen Landesverbände noch die freien Träger so umsetzen können und wollen.

(Der Rednerin wird das Ende ihrer Redezeit angezeigt.)

Lassen Sie mich zum Schluss noch den letzten strittigen Punkt ansprechen. Das ist die Kritik daran, dass die Mindestpersonalstandards nicht auf Kinder unter drei Jahren angewendet werden. Kollege Hoffmann, in Ihren Aussagen in der ersten Lesung kam ganz klar zum Ausdruck, dass Sie davon ausgehen, dass der Orientierungsplan auch für Kinder unter drei Jahren Gültigkeit hat. Sie sprachen von den altersgemischten Gruppen, in denen auch Kinder unter drei Jahren sind. Dann wäre doch die richtige Feststellung, dass sich auch hier der Personalschlüssel verändern muss. Gerade für Sie, Herr Kollege Hoffmann, müsste das doch ein wichtiges Ansinnen sein, da gerade wissenschaftliche Erkenntnisse der Bindungs- und Hirnforschung konstatieren, dass es, je schlechter der Personalschlüssel für die Kleinkindbetreuung ist, umso schwieriger für kleine Kinder ist, eine Bezugsperson zu haben und Bindungen aufzubauen.

(Abg. Andreas Hoffmann CDU: Der Satz könnte von mir sein!)

Sie stellen das fest, aber konsequent sind Sie nicht. Denn sonst müssten die zukünftigen Mindestpersonalstandards auch für Kinder unter drei Jahren gelten. Deshalb muss man leider feststellen, dass die Landesregierung mit diesem Gesetzentwurf weit hinter ihren Ankündigungen zurückgeblieben ist. Das ist ein Armutszeugnis für die frühkindliche Bildung und konterkariert alle Ankündigungen von Frau Ministerin Schick, die einen besonderen Schwerpunkt auf die frühkindliche Bildung setzen wollte.

(Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Frau Abgeordnete, bitte kommen Sie zum Ende Ihrer Rede. Ihre Redezeit ist weit überschritten.

**Abg. Brigitte Lösch GRÜNE:** Deshalb, sehr verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, werden wir den Änderungsanträgen der SPD zustimmen und, wenn Sie die Änderungsanträge ablehnen, den Gesetzentwurf ablehnen.

(Beifall bei den Grünen)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Dr. Arnold für die Fraktion der FDP/DVP.

**Abg. Dr. Birgit Arnold** FDP/DVP: Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich kann es kurz machen. Kollege Hoffmann hat aus unserer Sicht die wichtigen Themen in diesem Bereich angesprochen. Herr Hoffmann, ich freue mich sehr über Ihre Aussage, dass auch Sie sich wünschen, dass es verbindlich wird. Halten wir an diesem Ziel fest, und versuchen wir, dieses Ziel wirklich gemeinsam zu erreichen. Denn es ist in der Tat sinnvoll, dass wir unser ursprüngliches Bemühen, die Elemente des Orientierungsplans wirklich überall in die Fläche zu geben, nicht aus den Augen verlieren und weiterhin bemüht sein werden, das anzustreben und umzusetzen.

Für die SPD und auch für die Grünen spielt Geld nie eine Rolle. Das wissen wir.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Typisch! – Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Dieser erste Schritt, den wir gehen, kostet uns schon 200 Millionen €. Wir sind froh, dass wir diesen ersten Schritt gehen können. Es ist für uns ein erster Schritt, und wir werden, soweit es die Finanzlage gestattet, hier weitere Schritte gehen, wobei ich mir auch nicht verkneifen möchte, hier noch einmal darauf hinzuweisen, wie ich es schon oft an dieser Stelle getan habe: Jeder Euro, den wir in den frühkindlichen Bereich investieren, bringt eine hohe Rendite. Dieser Bereich muss wirklich so ausgestattet werden, dass wir uns später viele Reparaturmaßnahmen sparen können.

Zum Thema Ausführungsverordnung: Die Probleme haben auch uns erreicht, und an der einen oder anderen Stelle wird man sicherlich noch etwas genauer hinschauen müssen. Aber jetzt geht es erst einmal um die Novellierung des Gesetzes. Wir vonseiten der FDP/DVP-Fraktion werden dem vorgelegten Gesetzentwurf natürlich zustimmen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erhält Frau Ministerin Professorin Dr. Schick.

**Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Marion Schick:** Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin mit Ihnen, Herr Mentrup – wie manchmal –, einer Meinung, dass es sich heute um einen Zwischenschritt handelt. Allerdings kann ich das Adjektiv „traurig“ beim besten Willen nicht unterstützen, denn für mich ist es ein freudiger Zwischenschritt; aber es ist ein Zwischenschritt bei der Erledigung einer Jahrhundertaufgabe, und nicht weniger als dieses ist der Hintergrund.

Wir sind dabei, die Bedeutung der frühkindlichen Bildungsphase anzuerkennen und dafür die richtigen Schritte zu tun, in einem Tempo, das vertretbar und wahrnehmbar ist und deutliche Zeichen setzt, aber nicht in einem Tempo, das einem Stoppschild entspricht, bei dem wir sagen würden, wir wären fertig. Meine Damen und Herren, ja, es ist ein Zwischenschritt, aber ein freudiger.

Verehrte Frau Lösch, ich fühle mich in meinen Ankündigungen, hier einen Schwerpunkt zu setzen, nicht konterkariert, sondern ganz im Gegenteil unterstützt. Was passiert mit der Gesetzesvorlage, die wir hier zu beraten haben? Wir setzen Zeichen für die Verbesserung der Bildungssituation unserer kleinen, jungen Menschen in dem Maße, wie es verhandelt worden, wie es machbar und wie es finanzierbar ist, ohne zu behaupten, dass dies in den nächsten 100 Jahren nicht weiterentwickelt werden dürfte.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Deswegen lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, dafür auch die Prioritätensetzung hinzubekommen. Meine Unterstützung, nächste Schritte folgen zu lassen, haben Sie dabei.

Ich würde vorschlagen, dass wir die Diskussion über die Verbindlichkeit des Orientierungsplans mit Fakten untermauern, anstatt sie auf formalen Regelungen basierend zu führen. In der Praxis ist der Orientierungsplan verbindlich umgesetzt. Es gibt kaum einen Kindergarten oder eine Kindertagesstätte, die nicht nach diesen Schwerpunkten des Orientierungsplans arbeiten oder dabei sind, sich in ihrer Arbeit zu diesen Schwerpunkten hinzuentwickeln.

Auch die Sorge, dass die späte Behandlung des Gesetzes die Kinder von den notwendigen Verbesserungen des Personalschlüssels sozusagen verschonen würde, ist ungerechtfertigt; denn Sie haben bereits bei der Verabschiedung des Haushaltsbegleitgesetzes im Februar dieses Jahres die finanziellen Voraussetzungen dafür geschaffen. Das heißt, die Umsetzung läuft, und die Kinder profitieren von diesem aus meiner Sicht wichtigen Zwischenschritt der Verbesserung des Personalschlüssels und der inhaltlichen Neukonzeptionierung der frühkindlichen Bildung.

Wir gehen hier den Weg weg von der Betreuungsorientierung zur Bildungsorientierung. Das wird in den nächsten Jahren noch sehr, sehr viel deutlicher der Fall sein müssen.

Ich habe auch angekündigt, dass wir gegen Ende dieses Jahres ein Gesamtkonzept zur frühkindlichen Bildung vorlegen werden; da werden sich dann die nächsten Schritte andeuten. Ich hoffe, dass Sie dann nicht mehr ganz so traurig über die Schritte sein müssen, die wir jetzt getan haben.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch ein abschließendes letztes Wort zu der unendlichen Diskussion über die Handlungsfähigkeit und Lösungsfähigkeit vor Ort sagen. Es geht um das Kann oder Soll in der Diskussion zwischen den freien Trägern und den Kommunen.

Ich bin immer wieder ein bisschen irritiert darüber, dass gerade aus den Fraktionen, die ansonsten in der Bildungspolitik die Zuständigkeits- und Verantwortungsverlagerung auf die kommunale Ebene fordern, immer wieder die Kritik kommt, wir dürften doch hier gerade dieses eine nicht tun, nämlich Verantwortung auf die kommunale Ebene delegieren und sagen: Ihr müsst euch vor Ort in einem Diskussionsprozess einigen. Meine Damen und Herren von der Opposition, gestatten Sie mir, jetzt ein bisschen flapsig zu sagen: Gehen Sie doch den beiden nicht auf den Leim, die sich da gern vor einem lokalen und kommunalen Diskussionsprozess drücken wollen und die nun zum großen Bruder und zur großen Schwester ge-

(Ministerin Dr. Marion Schick)

laufen kommen und sagen: Bitte ändert doch das Gesetz, damit ich nicht vor Ort diskutieren muss.

Seien Sie uns doch bitte dankbar, dass wir das nicht tun. Denn sonst hätten wir einen Beweis dafür geliefert – entgegen Ihrer Strategie –, dass man sich nicht vor Ort einigen kann. Das entspricht nicht einmal unserer Haltung, obwohl wir ansonsten sehr für klare Vorgaben sind.

Meine Damen und Herren, die Verbesserung findet ab dem 1. September 2010 statt. Die frühkindliche Bildung erhält einen nachhaltigen Schub, sowohl qualitativ als auch quantitativ, und damit setzen wir die richtigen Zeichen.

Deswegen bitte ich um Zustimmung und freue mich über diesen wichtigen positiven Zwischenschritt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, in der Allgemeinen Aussprache liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Gesetzentwurf Drucksache 14/6696.

Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Schule, Jugend und Sport, Drucksache 14/6946. Dazu liegen zwei Anträge vor, die ich an den entsprechenden Stellen zur Abstimmung stellen werde.

Ich rufe auf

#### Artikel 1

##### Änderung des Kindertagesbetreuungsgesetzes

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/6997-1.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag der Fraktion der SPD ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über Artikel 1 des Gesetzentwurfs Drucksache 14/6696. Wer Artikel 1 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Artikel 1 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

#### Artikel 2

##### Inkrafttreten

Wer Artikel 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Artikel 2 ist mehrheitlich zugestimmt.

##### Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 6. Oktober 2010 das folgende Gesetz beschlossen:“.

#### Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Änderung des Kindertagesbetreuungsgesetzes“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

#### S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Gesetz wurde mehrheitlich zugestimmt.

Ich stelle nunmehr den hierzu vorliegenden Entschließungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/6997-2, zur Abstimmung. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Entschließungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir haben nun noch über den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/4633, und den Antrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/4807, abzustimmen.

Ich lasse zuerst über den Antrag der Fraktion der SPD abstimmen. Abschnitt I dieses Antrags ist ein Berichtsteil, der durch die Aussprache erledigt ist.

Die Antragsteller haben mitgeteilt, dass Abschnitt II für erledigt erklärt werden kann. – Sie stimmen zu. Es ist so beschlossen.

Die Fraktion GRÜNE hat beantragt, ihren Antrag Drucksache 14/4807 – –

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Vielleicht wissen Sie es ja schon!)

– Wollen Sie ihn an den Ausschuss überweisen?

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Nein!)

– Abstimmen?

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Abschnitt II Ziffer 2 ist schon erledigt, und Abschnitt II Ziffer 1 betrifft die gesetzliche Grundlage für die Verbindlichkeit des Orientierungsplans! Das war ja schon in dem Antrag der SPD enthalten!)

– Das heißt, wir können diesen Antrag für erledigt erklären?

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Ja!)

– Sie stimmen dem zu. Es ist so beschlossen.

Meine Damen und Herren, damit ist Punkt 5 der Tagesordnung erledigt.

Nach Übereinkunft der Fraktionen sind wir damit am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt. Die nächste Sitzung findet morgen, Donnerstag, 7. Oktober 2010, um 9:30 Uhr statt.

Ich danke Ihnen, wünsche Ihnen einen angenehmen Abend und schließe die Sitzung.

**Schluss: 17:55 Uhr**